

# Teilhabe

von Menschen mit geringem  
Einkommen  
- am Beispiel Jenas



V.i.S.i.d.P.:  
Menschen ohne bezahlte Beschäftigung – Hilfe und Selbsthilfe e.V.  
Unterm Markt 2  
07743 Jena  
Email: [info@mobb-jena.de](mailto:info@mobb-jena.de)  
Internet: [www.mobb-jena.de](http://www.mobb-jena.de)

# Inhalt

Vorwort	5
<b>Einleitung I</b>	
Teilhabe : Begriff und Verständnis	7
Beginn der Diskussion: Teilhabe und Armut	8
Teilhabeforschung / Soziologie	9
Teilhabe durch Erwerbsarbeit	10
Teilhabe durch politische/bürgerliche Recht	12
Teilhabe durch soziale Nahbeziehungen	12
Kulturelle Teilhabe	15
Teilhabe als Beschreibung gesellschaftlicher Zustände	16
Teilhabeforschung / Teilhabe behinderter Menschen	17
<b>Einleitung II</b>	
Theorie der Teilhabe	19
Teilhabe (Partizipation) als wissenschaftlicher Begriff	22
Kritik der Teilhabediskussion	23
Was also tun?	25
Eine Alternative: Der dritte Arbeitsmarkt	30
Dritter Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik	32
<b>Auswertung der Befragung</b>	
Das soziologisches Profil	35
Lebensweise I: Gewohnheiten	37
Lebensweise II: Aktivitäten	30
Lebensweise III: Geselligkeit	43
Teilhabe I: öffentliches Leben	44
Teilhabe II: Kultur	46
<b>Nachbetrachtung</b>	
<b>Literatur / Quellen</b>	52
	57

# Vorwort

In unserem im Jahr 2010 abgeschlossenen Interview-Projekt „Mensch sein ohne Arbeit?“<sup>1</sup> lautete eine Frage, ob mit den Hartz-IV-Regelsätzen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich sei. Dies war von der Mehrzahl der Interviewten verneint worden.

In gleichen Jahr mussten die Regelsätze aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes überprüft werden. Ein zentrale Forderung der Richter lautete, dass die Regelsätze ein „menschwürdiges Existenzminimum“ ermöglichen sollen, welches nicht nur die „physische Existenz des Menschen, also „Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit“ umfasst, sondern „auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“.<sup>2</sup>

Diese Forderung führte uns zu der Frage, was ein Mindestmaß an Teilhabe eigentlich bedeutet. Außerdem wollten wir wissen, wie es gegenwärtig um die Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen in Jena bestellt ist.

Dies wollten wir mit Hilfe einer Befragung untersuchen. Der dazu von uns erarbeitete Fragebogen umfasste insgesamt 54 Fragen, da wir uns auch einen Gesamteindruck vom Leben der Befragten verschaffen wollten. So ging es uns nicht nur um Geschlecht, Alter, Familienstand, Schulabschlüsse und Erwerbsstatus, sondern auch um den Fernsehkonsum, das Leseverhalten und die Nutzung des Internets. Neben Fragen zum Besuch von Theater und Konzerten gab es auch solche nach Hobbys, Haustieren, den Besuch von öffentlichen Veranstaltungen sowie der Mitarbeit in Vereinen.

Von März bis Juni 2011 lagen die Fragebögen im Verein aus und die Besucher/innen wurden gebeten diesen auszufüllen. Insgesamt konnten wir auf 141 ausgefüllte Bögen mit ca. 7600 Einzeldaten zurückgreifen.

Dabei gab es bei der Frage der Teilhabe am kulturellen Leben ein erstes, für uns unerwartetes Ergebnis: beim Vergleich mit der bundesweiten Statistik zum Besuch von Theater und Konzerten ergab sich, dass die von uns befragten Menschen mit geringem Einkommen nicht weniger Kultur genießen als der durchschnittliche Deutsche.

Ähnliches zeigte sich beim Lesen von Büchern und Periodika oder der Nutzung der Abbe-Bücherei. Die Umfrage ergab außerdem bei Hobbys und Interessen ein ausgesprochen vielgestaltiges Bild. Wo ein statistischer Vergleich möglich war – etwa bei Haustieren – zeigte sich, dass sich das Leben der von uns Befragten auch hier nicht wesentlich vom Durchschnitt unterscheidet. Eine Ausgangsthese für das Projekt war jedoch, dass der Bezug der Sozialleistung Hartz IV keine ausreichende Teilhabe ermöglicht, so wie das auch in den Stellungnahmen zum Beispiel der Wohlfahrtsverbände zum Ausdruck kommt.

Wir überprüften daraufhin noch einmal den Fragebogen und stellten fest, dass wir Teilhabe sehr eng gefasst und im Wesentlichen auf Kultur bezogen hatten.

Wir hatten – zum Beispiel – nicht gefragt, wie oft die Befragten eine Gaststätte besuchen, wie viel Geld sie für Kleidung ausgeben oder wann sie das letzte Mal Einrichtungsgegenstände für ihre Wohnung gekauft haben oder in den Urlaub gefahren sind.

Das führte uns schließlich zu der Frage, was Teilhabe eigentlich ist. Dabei mussten wir feststellen, dass wir uns im Wesentlichen auf die Aussagen zur Teilhabe im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Regelsätzen bezogen hatten, während der Begriff Teilhabe sehr stark auch in anderen Kontexten (Teilhabe von behinderten Menschen, politische Partizipation) genutzt wird und eine sehr differenzierte Diskussion zur Teilhabe existiert.

---

<sup>1</sup> Mensch sein – ohne Arbeit? Haltungen berufstätiger Menschen in Jena zu Erwerbslosen. Hrsg. MobB e.V., Jena 2010.

<sup>2</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10.02.2010.

Obwohl wir zu Beginn des Projektes zu wissen glaubten, was Teilhabe ist, mussten wir feststellen, dass es sich insgesamt um einen sehr unbestimmten Begriff handelt.

Um die Diskussion einzugrenzen, beschlossen wir zunächst, uns auf die heutigen Verhältnisse in Deutschland zu beschränken, wobei uns dann die Frage beschäftigte, ob sich Teilhabe in irgendeiner Weise messen lässt. Bedeutet sie – zum Beispiel – am Wohlstand der Gesellschaft beteiligt zu sein? Gibt es eine absolute Teilhabe oder sollte sie relativ zu den gegebenen Verhältnissen betrachtet werden?

Einige Antworten fanden wir in den Veröffentlichungen zum Thema, vor allem in soziologischen Arbeiten. Wir waren bei ersten Überlegungen von einer Unterscheidung in „ökonomische“ und „nichtökonomische“ (ohne Geld realisierbare) Teilhabe ausgegangen, beschäftigten uns aber mit der in der Soziologie üblichen Unterteilung in vier Teilhabeformen (Erwerbsarbeit, soziale Nahbeziehungen, politische und soziale Rechte sowie Kultur). Diese Teilhabeformen weisen deutliche Unterschiede auf, da es sich zum einen um allen Bürger/innen garantierte Rechte (Wahlrecht, Grundsicherung u.a.) handelt, zum anderen um Möglichkeiten, die nicht alle Menschen wahrnehmen können, weil sie nicht gesetzlich garantiert sind (Erwerbsarbeit) oder finanzielle Mittel erfordern (Kunstgenuss). Außer dieser objektivierbaren Teilhabe gibt es die mehr subjektive, individuelle Teilhabe (soziale Nahbeziehungen, informelle Arbeit und anderes mehr).

Daraus ergibt sich, dass die Teilhabe in der Gesellschaft, in der wir leben, unterschiedlich sein muss. Worin bestehen die Unterschiede und wie werden sie empfunden? Dies war jedoch nicht Gegenstand der Befragung und könnte in einer möglichen späteren Untersuchung erfragt werden.

Durch die Lektüre unterschiedlichster Arbeiten und die intensiven Diskussionen gelangten wir zu sehr interessanten Erkenntnissen zur Teilhabe, von denen sich einige in den nachfolgenden Kapiteln wiederfinden.

Die Darstellungen zum Thema erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sollen vor allem zur Einführung dienen. Daher ist der Auswertung der Befragung eine „doppelte“ Einleitung vorangestellt: zunächst geht es um den Begriff der Teilhabe, die Geschichte seiner Nutzung in Politik und Wissenschaft, vor allem aber um die Bedeutung des Teilhabebegriffes in der soziologischen Forschung. Im zweiten Teil der Einführung wird die Diskussion kritisch betrachtet und mit dem Abschnitt zum „Dritten Arbeitsmarkt“ die Darstellung einer Alternative angeboten.

Die Auswertung unserer Befragung beginnt mit dem Profil der Befragten (Geschlecht, Alter, Familienverhältnisse, Berufsabschluss, Erwerbstatus), gefolgt von Gewohnheiten und Aktivitäten. Die Teilhabe ist unterteilt in die Teilnahme am öffentlichen sowie am kulturellen Leben und das bürgerschaftliche Engagement.

Zur Auswertung wurden vorhandene bundesweite Statistiken sowie Angaben der Stadt Jena herangezogen. Zugleich wurden die Ergebnisse mit den von uns im Vorfeld der Befragung aufgestellten Thesen verglichen.

Den Abschluss des Buches bildet der Versuch, die Ergebnisse des Projektes zusammenzufassen.

Beate Jonscher  
Sabine Müller  
Helmut Lange

Jena, im November 2013

Beate Jonscher  
Einleitung I

Das Bundesverfassungsgericht forderte im Februar 2010, dass die Hartz-IV-Regelsätze ein „menschwürdiges Existenzminimum“ ermöglichen sollen, das nicht nur die physische Existenz des Menschen, also „Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit“ umfasst, sondern „auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“.<sup>1</sup>

Das oberste Gericht hatte damit jedoch nicht die *Höhe* der Regelsätze kritisiert, sondern deren *Herleitung*. Aufgrund der erneuten Berechnung<sup>2</sup> kam es zu einer geringfügigen Erhöhung der Grundsicherungsleistungen sowie zur Einführung des so genannten Bildungs- und Teilhabepakets.

Zwei Jahre später entschied das Sozialgericht Berlin, die Regelsätze erneut dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen. In der Urteilsbegründung hieß es unter anderem, der Gesetzgeber habe die „Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ nicht ausreichend gewürdigt.<sup>3</sup>

Die Verfassungsmäßigkeit des Existenzminimums ist also eng mit der Frage nach den Möglichkeiten der Teilhabe verbunden. Aber weder bei Befürwortern noch bei Kritikern des Hartz-IV-Gesetzes findet sich eine genauere Bestimmung dessen, was Teilhabe überhaupt ist.

Hinzu kommt, dass der Begriff der Teilhabe derzeit in drei unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet wird: Außerhalb der Teilhabe durch Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts wird Teilhabe im Zusammenhang mit behinderten Menschen verwendet sowie als Synonym für (politische) Partizipation gebraucht.

### **Teilhabe: Begriff und Verständnis**

Der Begriff *Teilhabe* ist auf das Wort *Teilhaber* zurückzuführen, das im 18. Jahrhundert als Eindeutschung von ‚Kompagnon‘<sup>4</sup> in Gebrauch kam. Es bedeutet einen Teil von etwas zu besitzen. Im Laufe der Zeit erfolgte eine Begriffserweiterung – von der Person (*Teilhaber*) zur Möglichkeit (*teilhaben* – *Teilhabe*).

Aus Teilhabe(r) am Besitz von Gütern, eines Unternehmen etc. wurde Teilhabe am „Besitz“ von bürgerlichen Rechten, aber auch an Kultur und Kunst sowie am Wohlstand der Gesellschaft.

Das Selbstverständnis *allen* Menschen der Gesellschaft Teilhabe zu ermöglichen, hat sich allerdings erst im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelt.

Betrachtet man die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und nimmt als Ausgangspunkt das Grundgesetz, so wurden zunächst die bürgerlichen und sozialen Rechte und danach die besonderen Rechte behinderter Menschen gesetzlich verankert.

Am deutlichsten formuliert wird die Teilhabe durch politische / bürgerliche Rechte, wenngleich der Begriff selbst noch nicht gebräuchlich war. Die politische Partizipation wird durch das Wahlrecht, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch Meinungs- und Versammlungsfreiheit, aber auch durch die Möglichkeit der Religionsausübung oder der Tätigkeit in Vereinen gewährleistet.

Nimmt man zum Beispiel das Wahlrecht, so gibt es dieses schon sehr lange, aber erst im vergangenen Jahrhundert wurde der Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen aufgehoben.

Die Auffassung, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und so behandelt werden müssen, bezieht sich jedoch nicht auf die *soziale* Ungleichheit.

---

<sup>1</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10.02.2010.

<sup>2</sup> Eine kritische Einschätzung dazu im Sonderheft „Soziale Sicherheit“. Zeitschrift für Arbeit und Soziales, September 2011.

<sup>3</sup> Urteil des Sozialgerichts Berlin (S 55 AS 9238/12) vom 23.04.2012.

<sup>4</sup> ‚Kompagnon‘ wiederum ist synonym zu Begleiter, Gefährte u.ä.

Dennoch hat sich auch der Umgang mit Armut und den Armen im Laufe der Zeit verändert. Vereinfacht gesagt, entwickelte er sich von der Gabe von Almosen über die staatliche Armenfürsorge bis zum gesetzlich garantierten Existenzminimum.

Im Grundgesetz war von diesem jedoch noch nicht die Rede: Dort heißt es im Artikel 20 sehr allgemein: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Während sich die demokratische Ausrichtung des Staates also in zahlreichen Artikeln widerspiegelt, existiert der Aspekt des Sozialen nur als Begriff „sozialer Bundesstaat“ bzw. „sozialer Rechtsstaat“ (Art. 28).<sup>5</sup> Aufgrund dessen stellte das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1954 fest, dass es einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen geben müsse. Die Teilhabe durch Leistungen zum Lebensunterhalt wurde in den sechziger Jahren durch die Einführung der Sozialhilfe umgesetzt. Diese existiert seit 2005 als „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (SGB II) und als „Sozialhilfe“ (SGB XII).

Die spezielle Teilhabe behinderter Menschen lässt sich aus dem Artikel 3 des Grundgesetzes ablesen, wonach kein Mensch aufgrund „seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen“ bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Der Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ wurde erst 1994 eingefügt. Daraus wurde das SGB IX entwickelt, das den Titel „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ trägt.<sup>6</sup>

In das als Hartz-IV-Gesetz bezeichnete SGB II geriet der Teilhabebegriff erst nach der Neuberechnung der Regelsätze im Jahr 2010 als so genanntes Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche. Im Zusammenhang mit den Erwachsenen heißt es, dass der Regelbedarf „in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft“ ermöglichen soll. In der ursprünglichen Fassung des SGB II war von einer „Teilnahme am kulturellen Leben“ die Rede (jeweils § 20 Abs. 1 SGB II).

Die Frage, ob das staatliche Existenzminimum Teilhabe im gewünschten, als „vertretbaren“ Umfang ermöglicht oder das „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“, ist damit noch nicht beantwortet.

### **Beginn der Diskussion: Teilhabe und Armut**

Warum das „schöne deutsche Wort Teilhabe“<sup>7</sup> in politischen Diskussionen sowie im wissenschaftlichen Diskurs anstelle von Partizipation verwendet wird, kann damit zusammenhängen, dass diese als politische Teilhabe (formal) durch das Wahlrecht umgesetzt wurde, während das Versprechen „Wohlstand für alle“ nicht eingelöst werden konnte<sup>8</sup>.

Die Verwendung des Teilhabebegriffes in diesem Zusammenhang ist insofern nachvollziehbar, da Teilhabe in seiner ursprünglichen Bedeutung Besitz bzw. Eigentum zur Voraussetzung hat, *Besitzlosigkeit* bzw. das Fehlen von Eigentum demzufolge Armut bedeutet.

Armut steht daher einer Teilhabe entgegen. Die Frage, ob das staatliche Existenzminimum Teilhabe im gewünschten, also „vertretbaren“ Umfang ermöglicht oder das „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“, ist damit noch nicht beantwortet.

Denn die sozialen Unterschiede blieben erhalten und verstärkten sich, so dass spätestens zu Beginn der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts deutlich wurde, dass Armut im reichen Deutschland kein Randphänomen darstellt.

---

<sup>5</sup> Das Grundgesetz beinhaltet in der jetzt gültigen Fassung außerdem Aussagen zur Sozialversicherung, zur Sozialgerichtsbarkeit sowie zur sozialen Wohnraumförderung.

<sup>6</sup> Die Teilhabeproblematik kann auch auf weitere Bevölkerungsgruppen ausgedehnt werden – etwa Migranten.

<sup>7</sup> Fuchs, Max, „Menschenrechte in Deutschland am Beispiel kultureller Teilhabe“, Vortrag bei der Jahrestagung „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung – für Kultur und Teilhabe“ des Paritätischen Hessen am 27. 10. 2010 in Gießen, S. 1.

<sup>8</sup> Fuchs, Max: Ausgrenzung – auch eine Frage der Kulturpolitik? In: Kulturpolitische Mitteilungen, 130/2010; S. 37.

Die „Wohlstandsteilhabe“<sup>9</sup> musste in Frage gestellt werden – der Zusammenhang zwischen Armut und Teilhabe wurde deutlich. Darauf verweist der 2008 veröffentlichte Sammelband „Armut und Teilhabe“ über die Situation in Deutschland und die Auswirkungen von Armut auf die verschiedenen Lebensbereiche.<sup>10</sup>

Auch Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen machen auf die Probleme aufmerksam. Einig sind sich alle darüber, dass Armut Teilhabe verhindert oder zumindest erschwert. Aber was ist Armut? Verwendet man die Definitionen Internationaler Organisationen, so wird zunächst zwischen absoluter und relativer Armut unterschieden, innerhalb der relativer Armut außerdem zwischen Armut und Armutsgefährdung.

In den Ländern der Europäischen Union gilt als armutsgefährdet, wer über weniger als 60% des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens<sup>11</sup> verfügt und als arm, wem weniger als 50% dieses Betrages zur Verfügung stehen.

Der Median des jährlichen Nettoäquivalenzeinkommens betrug 2010 in Deutschland 18.979 €. Das Statistische Bundesamt kam daher zu dem Ergebnis, dass 15,6% der Bevölkerung als armutsgefährdet gelten müssen. Rein rechnerisch beginnt diese Gefährdung für einen alleinstehenden Menschen bei einem monatlichen Einkommen unter 940 €. Bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern liegt diese Grenze bei 1692 €.

Aufgrund einer solchen Berechnungsgrundlage ist es nicht verwunderlich, wenn einzelne Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich betroffen sind: die höchste Gefährdung weisen Alleinerziehende auf, Rentnerinnen im Osten sind dagegen aufgrund ihrer Erwerbsbiographien weniger betroffen als gleichaltrige Frauen in den alten Bundesländern.

Direkte Vergleiche zwischen Menschen, die aufgrund mangelnden Einkommens auf die Grundsicherung angewiesen sind, sind aus mehreren Gründen schwierig. Nicht nur, weil sich das staatliche Existenzminimum aus dem für alle gleichen Regelsatz und den konkreten Kosten für die Miete ergibt, sondern auch, weil die finanzielle Ausstattung einen wesentlichen, aber eben nur einen Teil des Lebens ausmacht.

Armut schränkt Teilhabe ein, wenn diese als eingeschränkte Möglichkeiten, schlechtere Chancen und höhere Lebensrisiken begriffen wird. Auf letzteres verweist zum Beispiel die Kampagne „Armut macht krank“ der Caritas<sup>12</sup>. Statistisch belegt ist, dass in Armut lebende Menschen nicht nur ein höheres Risiko aufweisen krank zu werden, sondern auch eine geringere Lebenserwartung haben.<sup>13</sup>

### **Teilhabeforschung / Soziologie**

In dem Maße, in dem der Begriff der Teilhabe gängig wurde und Eingang in die Diskussionen fand, gelangte er auch in den wissenschaftlichen Diskurs. Dabei lassen sich grob zwei Forschungsrichtungen bestimmen – die allgemeine, auf die Gesellschaft insgesamt ausgerichtete soziologische Forschung und die spezifische, wenngleich zunehmend fachübergreifende, auf Menschen mit Behinderungen gerichtete Forschung, wobei letztere sich wiederum erweitert, wenn neben Behinderungen auch weitere Einschränkungen (durch Krankheit oder Alter) einbezogen werden.

---

<sup>9</sup> Zacher, Hans F.: Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1, Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden, S. 666, zit. nach: P. Bartelheimer, Politik der Teilhabe, S. 14.

<sup>10</sup> Armut und Teilhabe. Analyse und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit. Wiesbaden 2008

<sup>11</sup> Als Nettoäquivalenzeinkommen wird das Einkommen des Einzelnen bezeichnet, das sich aus der Größe des Haushalts ergibt. Der Median bedeutet, dass 50% der Bevölkerung über weniger und 50% über mehr als dieses Einkommen verfügen

<sup>12</sup> <http://www.caritas.de/kampagne2012/jederverdientgesundheit>

<sup>13</sup> Der Unterschied beträgt bis zu 11 Jahren. Vgl. Trabert, Gerhard: Krankheit macht arm, Armut macht krank. Vortrag auf dem Workshop des Arbeitskreises Frankfurter Armutsforscher und der Nationalen Armutskonferenz, 18. Dezember 2012 in Berlin, S. 17.

Die soziologische Forschung nutzt den Begriff der Teilhabe, um die Sozialstruktur der Gesellschaft zu beschreiben, wobei soziale Ungleichheit als ungleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aufgefasst wird. Teilhabe erscheint dann als „anspruchsvolles Minimalziel des Sozialstaates“<sup>14</sup> und soll „Ausgrenzung“ verhindern.<sup>15</sup>

Im Vergleich zu den „bloßen Verteilungsinformationen“<sup>16</sup> der Armutsforschung handelt es sich bei der Teilhabe um komplexe Prozesse. Vorhandene und vorauszusetzende Bedingungen und Ressourcen ergeben allgemeine, aber auch individuell zu nutzende Chancen, die zu einem Teilhabeergebnis – der Lebensweise – führen.

Diese Überlegungen beruhen auf einem Konzept des indischen Wissenschaftlers Amartya Sen, der Möglichkeiten und Fähigkeiten des Menschen untersucht, was als „Verwirklichungschancen“ übersetzt wird. Wenn Unterschiede im Teilhabeergebnis auf ungleiche Verwirklichungschancen zurückzuführen sind, muss „das Ziel sozialstaatlicher Intervention“ darin bestehen, diese Ungleichheit zu reduzieren.<sup>17</sup> Allerdings wird inzwischen weniger nach dem Ergebnis der Teilhabe, sondern nach den Teilhabechancen gefragt.<sup>18</sup>

Um das Konzept zu konkretisieren, unterscheidet die Soziologie im Wesentlichen vier Teilhabeformen: Rechte (soziale und politische), Arbeit (Erwerbsarbeit, informelle Arbeit), soziale Nahbeziehungen sowie Kultur und Bildung.<sup>19</sup>

### **Teilhabe durch Erwerbsarbeit**

Erwerbsarbeit erscheint für den modernen Wohlfahrtsstaat, so wie er sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgebildet hat<sup>20</sup>, als wichtigste Form der Teilhabe.

Der Wohlfahrtsstaat garantiert seinen Bürger/innen persönliche, politische und soziale Rechte und benötigt dafür eine soziale Grundlage, die durch Erwerbsarbeit realisiert wird.

Die Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland beruhte mindestens bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts im Wesentlichen auf der Kombination von Erwerbsarbeit und Unterhalt durch die Familie. Erwerbsfähige (männliche) Erwachsene waren bis zum Rentenalter erwerbstätig, wobei das Risiko der Arbeitslosigkeit durch die zeitlich begrenzte Versicherungsleistung Arbeitslosengeld und die zeitlich unbegrenzte, aber an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpfte Arbeitslosenhilfe abgesichert wurde. Zugleich wurde allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten konnten, finanzielle Unterstützung gewährt.

Dieses Teilhabeverständnis zeigt sich auch in der Struktur der Sozialsysteme. Die Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) war ebenso wie verschiedene Fördersysteme (Wohngeld, Kindergeld, Arbeitsförderung) auf Erwerbstätige zugeschnitten und die Sozialhilfe garantierte das Existenzminimum.

Dieses soziale Recht wurde in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, also in einer Zeit faktischer Vollbeschäftigung eingeführt. Die Sozialhilfe unterlag dabei von Beginn an einem so genannten Lohnabstandsgebot und musste immer geringer ausfallen als der Lohn in den unteren Einkommensgruppen.

---

<sup>14</sup> Bartelheimer, Peter: Teilhabe als Politikziel – ein soziologischer Beipackzettel. Der Begriff der Teilhabe. Grundlagen und Handlungsperspektiven. 3. Fachgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung, 28. Februar 2007, Berlin

<sup>15</sup> Der englische Begriff für Teilhabe „inclusion“ – hat als Antonym „exclusion“ – Ausgrenzung.

<sup>16</sup> Bartelheimer, Peter: Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel. Arbeitspapier N° 1 /2007, S. 8.

<sup>17</sup> Ebd., S.10.

<sup>18</sup> Mayer-Ahuja, Nicole, Bartelheimer, Peter, Kädtler, Jürgen: Teilhabe im Umbruch – Zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands. In: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2012, S. 15.

<sup>19</sup> Vgl. Bartelheimer, Peter: Verwirklichungschancen als Maßstab regionaler Armutsbekämpfung. Beitrag zur Veranstaltung Armut und soziale Teilhabe unter räumlicher Perspektive. Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Universität Duisburg-Essen, MAGS NRW Essen, 30. Juni 2008, S. 6.

<sup>20</sup> Kronauer, Martin: Massenarbeitslosigkeit – gesellschaftliche Spaltungen und Massenarbeitslosigkeit und Ausschlüsse. In: SOFI-Mittelungen, 28 /2000, S. 117.

Der Sozialstaat verhindert also Armut nicht, sondern setzt ihr Grenzen. Der Rechtsanspruch auf das Existenzminimum war immer an die Pflicht zum Nachweis seiner Notwendigkeit sowie (wenn keine Erwerbsunfähigkeit vorliegt) die Pflicht zu arbeiten geknüpft.

Mit ansteigender Arbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde das Recht auf Grundsicherung immer wieder hinterfragt. Als Begründung diente das Vorurteil, Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger wollten nicht arbeiten. Offensichtlich wirkt die seit Jahrhunderten bestehende wertende Unterscheidung zwischen arbeitenden Armen und arbeitsfähigen, aber nicht arbeitenden Armen weiter.<sup>21</sup> Gleichzeitig wird die Illusion aufrecht erhalten, dass jeder, der sich nur ausreichend bemühe, auch eine Arbeit finden könne.

In der Bundesrepublik Deutschland existiert jedoch kein Recht auf Arbeit. Daher sind immer (in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation mehr oder weniger) Menschen von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen.

Hinzu kommt, dass Erwerbsarbeit immer mehr zu einer unsicheren Form der Teilhabe wird. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind in Deutschland nur noch knapp die Hälfte aller Erwerbsfähigen durchgängig beschäftigt. Etwa 20% sind sicher, aber mit Unterbrechungen beschäftigt. Weitere 20% befinden sich in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, da die Unterbrechungen mehr als 50% der Gesamtzeit umfassen, und 10% sind so gut wie nie beschäftigt. Zur gleichen Zeit lösen sich die Sozialsysteme auf und ihr selektiver Charakter verstärkt sich.<sup>22</sup>

Durch die Einführung des SGB II im Jahr 2005 wird das Ziel der Arbeitslosenversicherung, die Risiken des Arbeitsmarktes abzusichern, zeitlich begrenzt. Längere Arbeitslosigkeit bzw. kurze Beschäftigungszeiten, die nicht zum Anspruch von Arbeitslosengeld führen, erscheinen auch nicht mehr als Folge des Arbeitsmarktes, sondern als Defizit des Arbeitslosen<sup>23</sup>. Erwerbslose verlieren soziale Rechte und werden zu „Objekten der Aktivierung“. Die (minimale) materielle Teilhabe wird gegen Selbstbestimmung getauscht.<sup>24</sup>

Der Soziologe Peter Bartelheimer spricht von einer „verallgemeinerten Erwerbs(losen)fürsorge“, die persönliche Problem- und Schuldzuschreibung enthält und durch den Grundsatz Leistung und Gegenleistung moralisch aufgeladen ist.<sup>25</sup>

Auch die Unterschiede im Einkommen erwerbstätiger Menschen nehmen zu. Das SGB II enthält die Pflicht des Erwerbslosen jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen. Dies führte ohne Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns zu einer deutlichen Ausweitung des Niedriglohnsektors und zu einem Erwerbseinkommen unterhalb des Existenzminimums.<sup>26</sup>

Da Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung nachweisbar negative Auswirkungen auf das individuelle Wohlbefinden haben und die subjektive Wahrnehmung erzeugen, sozial ausgeschlossen zu sein, ist soziale Teilhabe auch „eine Frage von stabilen Jobs“<sup>27</sup>.

Der Grad der Erwerbsbeteiligung ist also wesentlich für Teilhabe, die nur als aktiver Prozess selbstbestimmter Individuen fungieren kann, und so schreibt der Soziologe Martin Kronauer: „Heute aber sind wir mit einer völlig neuartigen ... Konstellation konfrontiert: mit Staatsbürgern,

---

<sup>21</sup> Vgl. Kronauer, Martin: Massenarbeitslosigkeit – gesellschaftliche Spaltungen und Massenarbeitslosigkeit und Ausschlüsse. In: SOFI-Mittlungen, 28 /2000, S. 117.

<sup>22</sup> Peter: Politik der Teilhabe, S. 15.

<sup>23</sup> Mayer-Ahuja, Nicole, Bartelheimer, Peter, Kädtler, Jürgen: Teilhabe im Umbruch – Zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands. In: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2012, S. 20.

<sup>24</sup> Vgl. Bartelheimer, Peter, Politik der Teilhabe, S. 13.

<sup>25</sup> Vgl. ebd.

<sup>26</sup> Der Soziologe Peter Bartelheimer unterscheidet daher die Art der Teilhabe durch Erwerbsarbeit (stabile, gesicherte Unterbrechungen, unsichere Erwerbsbeteiligung, Erwerbsausschluss), welche die Zugehörigkeit zur „erwerbsgesellschaftlichen Mitte“ bzw. zum „Prekariat“ bestimmt. Vgl. Bartelheimer, Peter: Verwirklichungschancen als Maßstab regionaler Armutsbekämpfung. Beitrag zur Veranstaltung Armut und soziale Teilhabe unter räumlicher Perspektive. Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Universität Duisburg-Essen, MAGS NRW Essen, 30. Juni 2008

<sup>27</sup> Gundert, Stefanie, Hohendanner, Christian: Soziale Teilhabe ist auch eine Frage stabiler Jobs. In: IAB-Kurzbericht Nr. 4 / 2011, S. 3.

ausgestattet mit allen Rechten, die dennoch am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben können, weil sie von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind.“<sup>28</sup>

### **Teilhabe durch politische/bürgerliche Rechte**

Zwar ist die Teilhabe am politischen Leben – die politische Partizipation, etwa die Teilnahme an Wahlen – gewährleistet, darüber hinausgehendes Engagement ist bei Erwerbslosen und Geringverdienern weniger ausgeprägt als bei Menschen mit mittleren und höheren Einkommen.<sup>29</sup> Dies zeigt sich auch in der 2013 veröffentlichten Studie zu Protestformen in Deutschland.<sup>30</sup>

### **Teilhabe durch soziale Nahbeziehungen** *(die folgenden zwei Abschnitte hat Sabine Müller geschrieben)*

Peter Bartelheimer nennt die sozialen Nahbeziehungen als Teil der gesellschaftlichen Teilhabe, über die wir uns in der Gesellschaft definieren.<sup>31</sup> Wir wiederum werden von anderen in der Gesellschaft definiert, auch über soziale Nahbeziehungen. Wir haben eine Wirkung nach außen, werden aber ebenfalls von außen bewertet, anerkannt und in der Wahrnehmung des Anderen eingestuft.

Interessant ist, dass es für den Begriff „soziale Nahbeziehung“ keine eindeutige Definition gibt - zumindest haben wir keine gefunden. Bei wikipedia findet sich lediglich etwas zum Begriff „soziale Beziehung“: „Eine Soziale Beziehung haben zwei Individuen oder Gruppen dann, wenn ihr Denken, Handeln oder Fühlen gegenseitig aufeinander bezogen ist.“<sup>32</sup>

Hier findet sich weiterführend der Hinweis, dass diese Definition auf Max Weber zurückgeht, ein Soziologe und Sozialökonom, der 1864 in Erfurt geboren wurde und als einer der Klassiker in der Sozial- und Kulturwissenschaft gilt.<sup>33</sup> Er definierte: „Soziale Beziehung soll ein seinem Sinngehalt nach aufeinander gegenseitig eingestelltes und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer heißen. Die soziale Beziehung besteht also durchaus und ganz ausschließlich: in der Chance, dass in einer (sinnhaft) angebbaren Art sozial gehandelt wird, einerlei zunächst: worauf diese Chance beruht.“<sup>34</sup>

### **Was verstehen wir also unter sozialer Nahbeziehung?**

Für unser Projekt einigten wir uns auf Folgendes: soziale Nahbeziehungen haben mit Gefühlen zu tun. Sie beruhen auf einer inneren Bindung und sind emotional verknüpft mit Gefühlen wie Liebe, Nähe bzw. der Sehnsucht danach. Deshalb können wir soziale Nahbeziehungen nicht beliebig ersetzen – die Menschen, mit denen wir sie eingehen oder gern eingehen würden, sind für jeden individuell und emotional wichtig. In sozialen Nahbeziehungen entsteht Selbstbewusstsein und man lernt sich selbst kennen. Vielleicht spiegelt sich in sozialen Nahbeziehungen auch ein unbewusstes oder bewusstes Verlangen nach Zugehörigkeit in der Gesellschaft wider.

Mit den Menschen, die uns außerhalb dieses Kreises begegnen, mit denen wir den Großteil unserer Zeit verbringen, pflegen wir soziale Beziehungen, aber keine Nahbeziehung im oben erwähnten Zusammenhang. Diese sozialen Beziehungen sind uns aber auch enorm wichtig. Über sie vernetzen wir uns in der Gesellschaft und bestätigen uns, dass wir dazugehören und ein Teil dieser Gesellschaft sind. Mit diesen Menschen tauschen wir uns aus, mit einigen mehr als

---

<sup>28</sup> Martin Kronauer: Massenarbeitslosigkeit – gesellschaftliche Spaltungen und Ausschlüsse, in; SOFI-Mitteilungen, 28 / 2000, S. 119.

<sup>29</sup> Engels, Dietrich: Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. Köln 2004, S. 37.

<sup>30</sup> Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbeck 2013.

<sup>31</sup> [http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user\\_upload/FM-bilder/Dr.\\_Peter\\_Bartelheimer.pdf](http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/FM-bilder/Dr._Peter_Bartelheimer.pdf)

<sup>32</sup> [wikipedia.org/wiki/Soziale\\_Bezeichnung](http://wikipedia.org/wiki/Soziale_Bezeichnung), Stand 31. März 2013 um 08:29 Uhr

<sup>33</sup> [wikipedia.org/wiki/Max\\_Weber](http://wikipedia.org/wiki/Max_Weber), Stand 27. Juli 2013 um 11:07 Uhr

<sup>34</sup> [wikipedia.org/wiki/Soziale\\_Bezeichnung](http://wikipedia.org/wiki/Soziale_Bezeichnung), Stand 31. März 2013 um 08:29 Uhr

oberflächlich, wir pflegen den Kontakt und möchten, dass man auch uns Interesse und Anteilnahme entgegenbringt.

Die sozialen Beziehungen umfassen diejenigen, mit denen wir zusammen leben, also Mitbewohner, Arbeitskollegen, Freunde oder Menschen, mit denen wir unsere Freizeit verbringen, zum Beispiel im Verein oder Club oder bei ehrenamtlicher Arbeit.

In all diesen Bereichen kann es neben sozialen Beziehungen auch soziale Nahbeziehungen geben. Es gibt zum Beispiel das Gefühl der sehr tiefen, vertrauten Freundschaft, mit der wir starke Emotionen verbinden, ähnlich starke wie zum Beispiel in der Liebe. Entscheidend ist die Qualität und Intensität der Beziehung, um zu sagen, was soziale Beziehung und was Nahbeziehung ist.

Einsamkeit ist ein Problem unserer Gesellschaft. Betrachtet man die Bevölkerung statistisch nach Familienstand, fällt folgendes auf: die Zahl der Verheirateten ist leicht rückläufig, dagegen steigt die Zahl der Ledigen sowie der Geschiedenen bzw. Verwitweten.<sup>35</sup>

Die rückläufige Tendenz von verheirateten Paaren liegt auch begründet in den modernen Formen des Zusammenlebens. War Heirat früher üblich, da sie Versorgung und einen eigenen Haushalt mit sich brachte und natürlich den gesellschaftlichen Konventionen entsprach, gibt es heute viel mehr Beziehungen ohne Trauschein, Patchwork-Familien und so weiter.

Ledige, Verwitwete und Geschiedene leben nicht per se allein, trotzdem nimmt das Alleinleben zu. Ob damit die Einsamkeit zunimmt, ließ sich von unserer Seite nicht objektiv feststellen. Aber es ist ein aktuelles Thema.

Der Begriff Einsamkeit bezeichnet die Empfindung, von anderen Menschen getrennt und abgeschieden zu sein.<sup>36</sup> Da alle unsere Empfindungen subjektiv sind, ist auch das Gefühl der Einsamkeit subjektiv. Es ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich. Manche Menschen mögen das Gefühl des Alleinseins und empfinden es als positiv. Der Unterschied zur Einsamkeit ist, dass das Alleinsein nicht bedeutet, ausgegrenzt oder ausgeschlossen zu sein. Wir fühlen uns nicht einsam, wenn wir selbstgewählt allein sind.

Es gibt das Gefühl von Einsamkeit in der Masse, wenn man sich unzugehörig fühlt oder sich auf die Menschen, die einen gegenwärtig umgeben, nicht einlassen kann. Es liegt zum Teil auch in der Erziehung begründet, wie kontaktfreudig, anpassungsfähig und offen man ist.

Es gibt Menschen, die von der Gesellschaft zu Einsamen gemacht werden, da man den Kontakt zu ihnen meidet oder es den meisten schwer fällt, Kontakt aufzubauen. Das betrifft oft Menschen, die behindert sind oder krank oder zum Beispiel durch Unfall ein verändertes, nicht unseren Normbegriffen entsprechendes Aussehen haben. Alles, was wir als „unnormales“, also nicht der Norm entsprechend empfinden, erregt unsere Aufmerksamkeit. Trotzdem fällt es vielen schwer, mit solchen Menschen eine Verbindung aufzunehmen.

Wiederum andere grenzen sich ganz bewusst durch Anderssein ab, zum Beispiel durch auffällige Kleidung wie bei Punks. In gewisser Weise dient das zum Abgrenzen von der Gesellschaft, als Ausdruck des Protests.

Doch es gibt auch immer mehr Möglichkeiten, Einsamkeit zu kompensieren. Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten über Internet, Chats oder soziale Netzwerke werden auch von vielen Menschen benutzt, die sich einsam fühlen. Trotzdem täuscht man sich damit oft über seine Gefühle hinweg, abgesehen davon, dass diese modernen Kommunikationsmethoden auch neue Gefahren bergen.

Aber natürlich spielen die modernen Möglichkeiten der Kontaktpflege in sozialen Beziehungen und Nahbeziehungen eine Rolle. Entscheidend ist, wie oben erwähnt, die Qualität der Beziehung, nicht die räumliche Nähe. In Zeiten der steigenden Individualität sind Internet, e-Mail, SMS und Co. für die meisten nicht mehr wegzudenken, um zu Freunden und gefühlsmäßig sehr nahe stehenden Personen Kontakt zu halten.

---

<sup>35</sup> [www.destatis.de/DE//ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/AltersgruppenFamilienstand.html](http://www.destatis.de/DE//ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/AltersgruppenFamilienstand.html)

<sup>36</sup> [wikipedia.org/wiki/Einsamkeit](http://wikipedia.org/wiki/Einsamkeit), Stand 16.2.2013, 21:50 Uhr

Interessant ist eine Fragestellung, die sich im Laufe unserer Diskussion zum Thema ergab: kann auch „Feindschaft“ eine soziale Nahbeziehung sein? Immerhin verknüpfen wir mit manchen Menschen, die wir nicht leiden können oder deren Auffassungen wir nicht teilen, unter Umständen auch starke Gefühle und Emotionen, auch wenn diese eher negativ behaftet sind. Oder gehört zur sozialen Nahbeziehung grundsätzlich die positive Emotion? Wir haben darauf keine endgültige Antwort gefunden, aber es ist ein interessanter Denkansatz.

Einige Soziologen sehen die sozialen Nahbeziehungen in Gefahr, weil sich unsere gesellschaftliche Struktur und das Arbeitsleben immer mehr verändern.

Im Jahr 2008 fand in Potsdam eine Fachtagung zum Thema „Sozialer Zusammenhalt“ statt. An ihr nahm auch der Soziologe Peter Bartelheimer teil. Er hielt dort einen Vortrag mit dem Titel: „Sozialer Zusammenhalt und individuelle Teilhabe. Was wird aus dem deutschen Sozialmodell?“<sup>37</sup>

Hier geht er unter anderem auf die Gefährdung der sozialen Nahbeziehungen in der Gesellschaft ein. Er führt an, dass die unsichere Beteiligung an der Erwerbsarbeit es kaum mehr erlaubt, eine Familie finanziell zu unterhalten. Des Weiteren wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern individualisiert und die Erwerbskonstellationen der Haushalte differenzieren sich aus.

Das früher geltende Gesellschaftsprinzip vom arbeitenden Mann, der das Geld nach Hause bringt und die Familie ernährt, während die Frau als Hausfrau und Mutter die Kinder aufzieht und sich um die heimischen Belange kümmert, hat mittlerweile ausgedient. Doch damit wird auch ein anderes Sozialgefüge nötig. Es werden zum Beispiel mehr Kindertagesstätten benötigt, da die Frauen heute, wenn sie Kinder haben, a) meist selbst erwerbstätig sind und b) meist maximal 3 Jahre zu Hause bleiben, ehe sie wieder in den Beruf einsteigen. Viele Frauen gehen früher wieder arbeiten, oft aus finanziellen Gründen. Besonders Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen finden sich dann in einer Zwangslage. Die Gefahr, ihren Job zu verlieren, ist gegeben, und das ohnehin niedrige Einkommen zwingt sie zur schnellstmöglichen Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit. Zuhause bleiben ist für sie Luxus, den sie sich nicht lange leisten können. Wiederum besteht für sie und andere Mütter auch die Hürde, eine geeignete Betreuung für ihr Kind zu finden. Kitas nehmen Kinder erst ab einem bestimmten Alter, zudem muss überhaupt ein Platz frei sein. Tagesmütter nehmen Kinder oft schon ab einem sehr frühen Alter. Viele Frauen können sich das aber finanziell nicht leisten.

Ein bedeutsamer Teil des gesellschaftlichen Lebens besteht in der Erwerbsarbeit. Mit zunehmender Unsicherheit derselben besteht auch eine Gefahr für die sozialen Nahbeziehungen. Das drückt sich unter anderem dadurch aus, dass die Anzahl der Single-Haushalte steigt, bei Familien mit Kindern gibt es eine rückläufige Tendenz. Es gibt eine Zunahme bei Alleinerziehenden, sowohl Müttern als auch Vätern. Dabei können diese in einer Beziehung leben, aber nicht mit dem anderen Elternteil des Kindes. Das Sozialsystem fördert das sogar, da es an in Beziehung lebenden Personen weniger zahlt.

In Deutschland ist die Geburtenrate seit den 1990er Jahren leicht rückläufig. Dabei sinkt sie in den alten Bundesländern stetig bis heute. In den neuen Bundesländern gab es einen Einbruch der Zahlen zu Beginn der 1990er, mittlerweile ist die Geburtenrate wieder relativ konstant.<sup>38</sup>

Unser Land ist trotz vieler sozialer Leistungen als nicht besonders kinderfreundlich bekannt. Ob man sich für oder gegen Kinder entscheidet, ist in zunehmendem Maß abhängig von Einkommen und Bildung. Was wir damit nicht sagen möchten ist, dass weniger gebildete Menschen mehr Kinder bekommen. Aber gerade bei Akademikern und Menschen mit vergleichbaren Bildungsabschlüssen findet man viele Kinderlose. Dabei spielt vielleicht auch eine Rolle, dass man zunächst seine Karriere verfolgt, um sich dann später der Familienplanung zu widmen. Für eine Reihe von Frauen ist es aber problematisch, dann noch schwanger zu werden. Ein weiteres Hindernis besteht in der nicht immer leichten Rückkehr ins Arbeitsleben, wo man / frau sich die

---

<sup>37</sup> [http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user\\_upload/FM-bilder/Dr.\\_Peter\\_Bartelheimer.pdf](http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/FM-bilder/Dr._Peter_Bartelheimer.pdf)

<sup>38</sup> <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/BroschuereGeburtenDeutschland0120007129004.pdf?>

Position quasi zurück erobern muss und einem die weitere Karriere trotz oder wegen zusätzlicher Belastung durch Kinder schwer gemacht wird. Viele fürchten auch den Verlust ihres sozialen Standes durch Kinder und die mit ihnen einhergehende finanzielle Belastung, mit der der bisher gewohnte Lebensstandard nicht zu halten ist.

Wenn man sich dann noch vor Augen hält, dass die Armutsgefährdung Alleinerziehender bei 40% liegt, ist das durchaus verständlich.

Neben den sozialen Nahbeziehungen und der Erwerbsarbeit sehen die Sozialwissenschaftler zwei weitere „Säulen“, die unsere gesellschaftliche Teilhabe ausmachen: die politischen, bürgerlichen und sozialen Rechte sowie Bildung und Kultur. Das Wegbrechen einer Säule verschiebt und ändert die gesamte Struktur – die anderen Säulen können die eine nicht ersetzen.<sup>39</sup>

Unter Berücksichtigung dieser Auffassung von Peter Bartelheimer ist die Unsicherheit der Menschen unserer Gesellschaft vielleicht noch besser verständlich. Unser gesellschaftliches System befindet sich im Umbruch. Aber wir wissen nicht, wohin es uns führt und was die Zukunft bringt. Diese Unsicherheit, verbunden mit der kritischen Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Annahme der Erwerbsarbeit als wichtigste Säule tragen zu den oben erwähnten gesellschaftlichen Veränderungen bei.

### **Kulturelle Teilhabe**

Die kulturelle Teilhabe erscheint als wesentliches Merkmal von Teilhabe. Im Vergleich zu anderen Teilhabeformen lässt sie sich gut abgrenzen und auch messen, zum Beispiel am Besuch von Theater, Konzert, Kino oder Museen.

Die Diskussionen der Kulturwissenschaftler und Soziologen in diesem Zusammenhang sind von den Auffassungen Hilmar Hoffmanns geprägt, der in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die Forderung „Kultur für alle“ aufgestellt hatte. Er schrieb:

„Jeder Bürger muss grundsätzlich in die Lage versetzt werden, Angebote in allen Sparten und mit allen Spezialisierungsgraden wahrzunehmen und zwar mit einem zeitlichen Aufwand und einer finanziellen Belastung, die so bemessen sein muss, dass keine einkommensspezifischen Schranken aufgerichtet werden. Weder Geld noch ungünstige Arbeitszeitverteilung, weder Familie oder Kinder noch das Fehlen eines privaten Fortbewegungsmittels dürfen auf die Dauer Hindernisse bilden, die es unmöglich machen, Angebote wahrzunehmen oder entsprechende Aktivitäten auszuüben.“<sup>40</sup>

Diese Forderung ist nach wie vor aktuell. Kulturelle Angebote sind ausreichend vorhanden, möglicherweise sogar mehr als nötig, da - bezogen auf das öffentliche Kulturangebot – es weniger als die Hälfte der Bevölkerung überhaupt in Anspruch nimmt, und nur 5 – 10% als Vielnutzer<sup>41</sup> eingeschätzt werden können. Als Ursachen dafür werden – neben der „geographischen Dimension“, der teilweisen fehlenden kulturellen Infrastruktur - mangelndes Interesse aufgrund unzureichender kultureller Bildung und Armut benannt.<sup>42</sup>

Es muss daher von einer „sozialen Selektivität der Kulturnutzung“ ausgegangen werden.<sup>43</sup>

Der Zusammenhang zwischen sozialer und kultureller Benachteiligung ist nicht neu, rückt aber wieder verstärkt das Blickfeld der Betrachtung. Bei Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, ist Teilhabe am kulturellen Angebot eingeschränkt. Hinzu kommt eine „gefühlte Armut“, die bis

---

<sup>39</sup> [http://www.fes.de/integration/pdf/6\\_9\\_28\\_bart.pdf](http://www.fes.de/integration/pdf/6_9_28_bart.pdf)

<sup>40</sup> Hoffmann, Hilmar, Kultur für alle. Perspektiven und Modelle, Frankfurt/M., S. Fischer 1979; S. 11

<sup>41</sup> Sievers, Norbert: Kulturelle Teilhabe als Voraussetzung und Ziel aktivierender Kulturpolitik. Fakten und Trends aus der empirischen Kultur- und Publikumsforschung. Vortrag auf der Tagung „Kultur bewegt“ in der Ev. Akademie Tutzing vom 22. bis 24. Februar 2008

<sup>42</sup> Fuchs, Max, Menschenrechte in Deutschland am Beispiel kultureller Teilhabe. Vortrag bei der Jahrestagung „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung – für Kultur und Teilhabe“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes am 27. 10. 2010 in Gießen, S. 4f.

<sup>43</sup> Knopp, Reinhold, Molck, Jochen, Sievers, Norbert: Kultur für alle? Kulturpolitik und gesellschaftliche Teilhabe. In: Kulturpolitische Mitteilungen, Heft 126 III /2009, S. 33.

in die Mittelschichten hineinreicht und dazu führt, dass Menschen sich selbst aus dem öffentlichen Leben ausschließen.

Der Anspruch einer „Kultur für alle“ wird aber nicht aufgegeben, sondern sogar erweitert. So bezeichnet der Kulturwissenschaftler Max Fuchs die kulturelle Teilhabe als Menschenrecht, welches jedoch nicht von den anderen Formen der Teilhabe (sozialer, politischer, ökonomischer) getrennt werden kann<sup>44</sup>. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden: rechtliche, geographische, finanzielle und Bildungsvoraussetzungen. Er stimmt in diesen Forderungen mit Armatya Sen überein, dessen Studien belegen, wie kulturelle und politische Teilhabe zur ökonomischen führen kann.<sup>45</sup>

Versuche einer praktischen Umsetzung des „Kultur für alle“ – Konzepts finden sich zum Beispiel in Bestrebungen der Europäischen Kulturhauptstadt von 2010, dem Ruhrgebiet. Diese sollte „ohne Barrieren“ erreichbar sein. Gemeint waren „Menschen mit Behinderungen und sozial Benachteiligte“, denen durch Barrierefreiheit und „eine erschwingliche Preisgestaltung“ bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden sollten.<sup>46</sup>

In den vergangenen Jahren gab es zudem verschiedene Bestrebungen, den Zugang zur Kultur für Menschen mit geringem Einkommen zu erleichtern. Sowohl die als „Kulturpass“ bekannte, aus Wien stammende und in einigen Städten Deutschlands übernommene Initiative „Hunger auf Kunst und Kultur“ als auch bei den in verschiedenen Städten agierenden „Kulturlogen“ wird ein kostenfreier Eintritt zu Kulturveranstaltungen organisiert. Der Unterschied zwischen beiden Konzepten besteht darin, dass die Kulturlogen die Karten vermitteln, während sich beim Wiener Modell die Kulturinteressierten selbst um die Karten bemühen.

Die Möglichkeit, diejenigen Menschen für Kulturangebote zu gewinnen, die bisher nicht oder nur selten kulturell aktiv sind, und so der Wechselwirkung zwischen „sozialer Exklusion und kultureller Ausschließung“ entgegenzuwirken, wird in beiden Konzepten realisiert, erfordert jedoch ein unterschiedliches Maß an Eigeninitiative.

### **Teilhabe als Beschreibung gesellschaftlicher Zustände**

In den vergangenen Abschnitten wurde gezeigt, welche Bedeutung (Erwerbs)arbeit, Nahbeziehungen, Rechte und Kultur für die Teilhabe eines Menschen besitzen.

Da politische und soziale Rechte gesetzlich festgelegt sind, entstehen die Unterschiede vor allem durch den „Grad und die Qualität der Erwerbsbeteiligung“<sup>47</sup>. Soziale Nahbeziehungen und die kulturelle Teilhabe werden wesentlich davon beeinflusst.

Teilhabe setzt aktive Subjekte voraus und kann daher auch als ein nach außen gerichteter Prozess betrachtet werden, der zwischen Individuen und zwischen Individuen und Gesellschaft erfolgt.

Der Begriff der Teilhabe erscheint daher als geeignet, gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen zu beschreiben. Dies zeigt sich unter anderem in der „Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland“, in der die Zeit bis Mitte der 1970er Jahre als „Teilhabe kapitalismus“ charakterisiert wird.<sup>48</sup> Teilhabe erscheint als Summe aus Erwerbsarbeit, Lohn und Konsum. In dem Maße, wie die Produktivität steigt, erhöhen sich die Löhne. Das „fordistische Teilhabemodell“ ist außerdem durch soziale Rechte und ein (begrenztes) Maß an Mitbestimmung gekennzeichnet.<sup>49</sup>

---

<sup>44</sup> Fuchs, Max: Menschenrechte in Deutschland, S. 2.

<sup>45</sup> Vgl. dazu Bartelheimer, Peter: Politik der Teilhabe, S. 9.

<sup>46</sup> <http://www.essen-fuer-das-ruhrgebiet.ruhr2010.de/ruhr2010-gmbh/unternehmenskultur/soziale-teilhabe.html>

<sup>47</sup> Kronauer, Martin: Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart. In: M. Kronauer (Hg.): Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart. Bielefeld 2010, S. 30.

<sup>48</sup> Mayer-Ahuja, Nicole, Bartelheimer, Peter, Kädtler, Jürgen: Teilhabe im Umbruch – zur ökonomischen Entwicklung Deutschlands. In: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands – Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Wiesbaden 2012, S. 35.

<sup>49</sup> Vgl. Land, Rainer, Der Teilhabekapitalismus und sein Ende, 22.1.2011 Maxim-Gorki-Theater Berlin. Programm, Einführung und Folien, Folie 18.

Die sich seit dieser Zeit vollziehenden Veränderungen – wie steigende Arbeitslosigkeit und sich erhöhende Einkommensunterschiede – bewirken eine Differenzierung der Gesellschaft. Auch um diese Ungleichheiten darzustellen, kann der Teilhabebegriff genutzt werden. Da dieser jedoch über kein Antonym bzw. Gegenwort verfügt, wird in der soziologischen Forschung zunehmend das Begriffspaar „Inklusion – Exklusion“ verwendet, welches für den Gegensatz zwischen Teilhabe und Ausgrenzung steht. Wenn Abstufungen innerhalb dessen beschrieben werden sollen, wird in Anlehnung an den französische Soziologen Castel von den drei Zonen Integration, Verwundbarkeit und Entkoppelung gesprochen.<sup>50</sup> Martin Kronauer schlägt vor, den Gegensatz zwischen Inklusion und Exklusion noch zu erweitern, so dass der Zone der Exklusion die der Exklusivität gegenübersteht. Letzter gehören diejenigen Menschen an, die über ein so hohes Einkommen oder Vermögen verfügen, dass sie nicht auf die gesetzlichen Sicherungssysteme angewiesen sind.

Das staatlich garantierte Existenzminimum verhindert, dass Ausgrenzung lebensbedrohlich werden kann, allerdings um den „Preis sozialer Missachtung“<sup>51</sup>. Exklusion, wie sie sich heute darstellt, muss deshalb „als Ausgrenzung in der Gesellschaft begriffen werden. Die Gleichzeitigkeit des ‚Draußen‘ und ‚Draußen‘ macht ihr Wesensmerkmal aus.“<sup>52</sup>

Letztlich geht es darum, wie viel „ungleiche Teilhabe“ eine Gesellschaft akzeptiert und ob von einer neuen „sozialen Frage“ gesprochen werden kann.

Eine Lösung bestünde in der Rückkehr zum Teilhabemodell der Vollbeschäftigung. Möglich wäre auch die Entwicklung neuer Teilhabeformen. Voraussetzung dafür wäre die Entkopplung von Löhnen und Lebensweise durch ein Grundeinkommen.<sup>53</sup>

### **Teilhabeforschung/Teilhabe behinderter Menschen**

Dass sich neben Soziologen auch Mediziner, Psychologen und Pädagogen mit Fragen der Teilhabe beschäftigen, beruht auf einem gemeinsamen Merkmal zwischen der Teilhabe von behinderten Menschen und der Teilhabe von armen Menschen (Langzeitarbeitslosen, Geringverdienern), das als „Defizit“ bzw. „Mangel“ bezeichnet werden kann: Mangel an Gesundheit und Mangel an Geld verhindern oder erschweren die Teilhabe.

Führen vergleichbare Ursachen zu vergleichbaren Zielen? Das Ziel für behinderte Menschen wird als „Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft“ beschrieben. Die Grundsicherung soll ein Leben ermöglichen, „das der Würde des Menschen entspricht“. Das Ziel besteht jedoch darin die „Eigenverantwortung“ zu stärken, um den Lebensunterhalt aus eigenen Mittel bestreiten zu können.<sup>54</sup>

Der Unterschied besteht also in der Verantwortlichkeit: Niemand wird dafür verantwortlich gemacht, dass er behindert zur Welt kommt und zum Beispiel auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Unterstützung erhält auch, wer aufgrund eines selbstverschuldeten Unfalls im Rollstuhl sitzt. Menschen, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind, werden für ihre Situation verantwortlich gemacht. Die Unterstützung für sie ist daher an Bedingungen geknüpft.

### **Fürsorge und Selbstbestimmung**

In der Diskussion um die Teilhabe von körperlich und/oder geistig beeinträchtigten Menschen wird davon gesprochen, die Fürsorge auf ein notwendiges Maß zu reduzieren und die Voraussetzungen für ein möglichst selbstbestimmten Leben zu schaffen.<sup>55</sup> Dazu ist es notwendig, die Lebensumwelt den Bedürfnissen dieser Menschen anzupassen – angefangen von abgesenkten

<sup>50</sup> Vgl. Bartelheimer, Peter: Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel. Berlin 2007, Seite 8.

<sup>51</sup> Kronauer, Martin: Inklusion – Exklusion, S. 26.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>53</sup> Vgl. Land, Rainer: „Teilhabekapitalismus – Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 bis heute“. Vortrag auf der Hauptamtlichen-Klausur der IG Metall in Stuttgart, 29.11.2012, Folie 40.

<sup>54</sup> Zitate aus den Eingangstexten des SGB IX und II.

<sup>55</sup> Fossgreen, Kirstin: Von Fürsorge zu Teilhabe. Teilhabe im Kontext von Reha und Behindertenorganisationen (SGB IX) Eine Erörterung. In: [www.fdst.de/aktuellesundpresse/imgespraech/wasbedeuteteigentlicheilhab](http://www.fdst.de/aktuellesundpresse/imgespraech/wasbedeuteteigentlicheilhab)

Bordsteinen, über rollstuhlgerechte Einstiege, visuelle und akustische Signale in öffentlichen Verkehrsmitteln, Treppenlifte und Aufzüge bis hin zu einer generellen Barrierefreiheit. Darüber hinaus müssen in der Arbeitswelt Bedingungen geschaffen werden, damit behinderte Menschen, die dies wünschen, einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Allerdings ist deren Teilhabe am Erwerbsleben aber nach wie vor deutlich eingeschränkt. Die Erwerbsquote behinderter Menschen liegt deutlich unter der nichtbehinderter.<sup>56</sup>

Erwerbsfähige Behinderte unterliegen, wenn sie langzeitarbeitslos sind, dem gleichen Gesetz wie nichtbehinderte Menschen, erhalten aber eine spezielle Förderung.

Bei der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ geht es nicht um „Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft“, sondern um „Eigenverantwortung“ mit dem Ziel der Überwindung der „Hilfebefürftigkeit“.<sup>57</sup>

Der Unterschied zwischen Eigenverantwortung und Selbstbestimmung besteht darin, dass Selbstbestimmung die Voraussetzung für die Eigenverantwortung darstellt und dem eigenverantwortlich handelnden Menschen – wenn die Notwendigkeit besteht - ein begrenztes Maß an Hilfe gewährt wird.

Anders gesagt: damit ein Mensch, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, selbstbestimmt entscheiden kann eine Theatervorstellung zu besuchen, muss der Weg bis dorthin barrierefrei sein. Seine Eigenverantwortung besteht darin zu entscheiden, ob es das Geld für die Eintrittskarte aus gibt.

Die Gewährleistung der Teilhabe von behinderten Menschen ist allein durch die Anpassung der Lebensumwelt mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden, die die Gesellschaft aufbringen muss. Damit werden bereits die Grenzen deutlich. Eine weitere kommt hinzu, wenn es um den sozialen Status des beeinträchtigten Menschen geht. Denn was nützt dem Rollstuhlfahrer der barrierefreie Zugang zum Konzertsaal, wenn er kein Geld für die Eintrittskarte hat? Auch Teilhabe als „Besitz“ an immateriellen Gütern (Rechte, Kultur, Bildung...) kann nur mit einer materiellen Grundlage realisiert werden.

---

<sup>56</sup> Vgl. Rauch, Angela: Behinderte Menschen auf dem Arbeitsmarkt. In: R. Bieker (Hrsg.), Teilhabe am Arbeitsleben. Wege der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung, Stuttgart 2005, S. 25ff.

<sup>57</sup> Dass die Grundsicherung ein Leben ermöglichen soll „das der Würde des Menschen entspricht“, wurde erst 2011 eingefügt.

Sabine Müller

## Einleitung II

### **Theorie zum Begriff „Teilhabe“**

Der Begriff „Teilhabe“ ist wesentlicher Bestandteil unserer hier vorliegenden Arbeit. Aber eben jenen Begriff zu be- und umschreiben, sein Wesen, seinen Inhalt und seine Grenzen aufzuzeigen, stellte sich als eine der schwierigsten Aufgaben unserer Studie heraus.

Interessant ist zum Beispiel, dass der Begriff Teilhabe oft im Zusammenhang mit behinderten Menschen gebraucht wird. Geht es um Nichtbehinderte, benutzt man dagegen den Begriff „Partizipation“. Beides bedeutet aber dasselbe: teilhaben, teilnehmen, einbeziehen, mitbestimmen, mitwirken.

Für unsere Arbeit entschieden wir uns für den Begriff „Teilhabe“, weil wir ihn eingängiger und leichter verständlich fanden als „Partizipation“.

Eine eindeutige Definition des Begriffes „Teilhabe“ ist schwierig. Das merkten wir zum Beispiel daran, dass es Diskussionspapiere gibt, die zur Beforschung des Begriffes der Teilhabe anregen und auffordern.

Es gibt eine Reihe von Wissenschaftlern, meist aus dem sozialwissenschaftlichen oder soziologischen Bereich, die Teilhabe als Begriff oder im Zusammenhang mit anderen Dingen untersuchen. Anhand einer kurzen Vorstellung einiger dieser Wissenschaftler und ihrer Arbeit zum Thema Teilhabe möchten wir eine Annäherung an diesen Begriff und unser Verständnis von ihm versuchen.

Teilhabe in unserem Projekt bezieht sich auf Aspekte des sozialen Lebens.

#### *Peter Bartelheimer*

Der Soziologe Peter Bartelheimer von der Universität Göttingen hat bereits einige Arbeiten zum Thema Teilhabe, auch unter dem Aspekt der Begriffserklärung, veröffentlicht. Er sagt zum Beispiel: „Versucht man neue soziale Grenzlinien entlang von Kategorien wie Armut, Ausgrenzung oder Prekarität zu verorten (zum Überblick: Bude/Willisch 2006), so bedarf es hierzu eines positiven normativen Gegenbegriffs. Die Schwelle, jenseits derer soziale Ungleichheit nicht hinnehmbar ist, lässt sich nur bezeichnen, wenn man zu beschreiben vermag, wovon niemand ausgeschlossen werden soll.“<sup>1</sup>

Dieser positive Gegenbegriff fand sich in dem Wort Teilhabe.

Bartelheimers Definition des Begriffes Teilhabe lautet: „Teilhabe als sozialstaatliches Leitkonzept bezeichnet dabei die Schwelle, deren Unterschreiten öffentliches Handeln und soziale Sicherheitsleistungen auslösen soll.“<sup>2</sup>

Daraus resultieren konkrete Teilhabeansprüche an den Sozialstaat. Neben dem soziokulturellen Existenzminimum gibt es daneben zum Beispiel das Recht auf „Teilhabe am gesellschaftlich üblichen Leben“<sup>3</sup>.

Teilhabe als Begriff ist dann hinreichend bestimmt, wenn er sich durch fünf Merkmale auszeichnet: „Er ist historisch relativ, das heißt, Teilhabe ist an die sozioökonomischen Möglichkeiten einer gegebenen Gesellschaft gebunden. Er ist mehrdimensional, da sich Teilhabe erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen ergibt. Es sind verschiedene Abstufungen sowie erwünschte und inakzeptable Formen ungleicher Teilhabe zu unterscheiden. Als dynamisches Konzept ist Teilhabe in zeitlichen Verläufen zu betrachten. Schließlich wird Teilhabe durch

---

<sup>1</sup> Peter Bartelheimer „Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel“, Projekt Gesellschaftliche Integration, Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin N°.1 2007, S. 5

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda.

handelnde Subjekte, durch individuelles Handeln in sozialen Beziehungen angestrebt und verwirklicht.“<sup>4</sup>

Materielle Ressourcen und Rechtsansprüche sind unverzichtbare Voraussetzungen für die Teilhabe, aber sie machen die Teilhabe nur möglich, ohne schon Teilhabe zu sein. Zur Realisierung, so Bartelheimer weiter, bedarf es sowohl bestimmter gesellschaftlicher Bedingungen als auch individueller Fähigkeiten.<sup>5</sup>

Bartelheimer unterscheidet vier verschiedene Formen der Teilhabe: „Teilhabe über Erwerbsarbeit; Teilhabe in informellen sozialen Nahbeziehungen; Teilhabe durch Rechte; kulturelle Teilhabe.“<sup>6</sup>

Verbunden mit dem Teilhabebegriff sind zwei Fragestellungen: „Wie wird gesellschaftliche Zugehörigkeit hergestellt und erfahren, und wie viel Ungleichheit akzeptiert die Gesellschaft?“<sup>7</sup>

Teilhabe bedeutet auch, zu etwas oder einer Gruppe dazu zu gehören. Deshalb verbinden sich mit dem Begriff der Teilhabe auch die Begriffe „Inklusion“ und „Exklusion“, die in diesem Zusammenhang das Ein- bzw. Ausgeschlossensein meinen.

### *Benjamin Nölting*

Benjamin Nölting ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter und arbeitet am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Er beschäftigt sich ebenfalls mit dem Begriff Teilhabe und Teilhabekonzepten.

Er sagt: „Teilhabe stellt ein wissenschaftliches und zugleich politisches Konzept dar ... Es sieht in der Befähigung zu aktiver Partizipation den Schlüssel zur Überwindung sozialer Ungleichheit. Als wissenschaftlich-analytisches Konzept ist Teilhabe mehrdimensional und im Zeitverlauf dynamisch angelegt; es hebt auf die Rolle individuellen Handelns innerhalb gesellschaftlicher Strukturen ab. Als politisches Konzept markiert es die Schwelle, deren Unterschreiten öffentliches Handeln und soziale Sicherungsleistungen auslösen soll (Bartelheimer 2007).“<sup>8</sup>

Das Teilhabekonzept beruht auf Verwirklichungschancen und Fähigkeiten der Menschen, „ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden können.“<sup>9</sup>

„Verwirklichungschancen beruhen erstens auf individuellen Potenzialen wie Geschlecht, Alter, Einkommen, Güterausstattung, Bildungsstand, Gesundheit etc. Inwieweit diese individuellen Potenziale realisiert, vermindert oder verbessert werden, hängt zweitens von den gesellschaftlich bedingten Chancen bzw. den instrumentellen Freiheiten ab.“<sup>10</sup>

Nölting führt weiter aus, dass auch der Staat mit seinen Handlungen diese Chancen und Freiheiten beeinflusst. Damit ist „der Prozess der Teilhabe... ein Zusammenspiel von individuellen Freiheiten und gesellschaftlichen Machtstrukturen.“<sup>11</sup>

Dabei geht es nicht nur um Dazugehören und Ausgeschlossen sein, sondern um verschiedene Dimensionen der Teilhabe zur Abbildung unserer sehr „komplexen gesellschaftlichen Strukturen... Es geht darum, Abstufungen ungleicher Teilhabe zu unterscheiden.“<sup>12</sup>

---

<sup>4</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>5</sup> Vgl. Peter Bartelheimer „Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel“, Projekt Gesellschaftliche Integration, Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin N<sup>o</sup>.1 2007, S. 4

<sup>6</sup> Vgl. ebenda.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>8</sup> „Das Teilhabekonzept als Herausforderung für die Ostdeutschlandforschung“, Benjamin Nölting, Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin unter Mitarbeit von Gerko Egert, Sept. 2008, S. 1

<sup>9</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Ebenda.

<sup>12</sup> Ebenda.

Nölting gibt hierzu ein anschauliches Bild anhand einer Einteilung des Pariser Sozialwissenschaftlers Robert Castel. „Als groben Rahmen schlägt Castel vor, dass man a) von einer teilhabenden gesellschaftlichen „Mitte“ ausgehen kann, um die sich b) eine Zone der Prekarität oder sozialer Verwundbarkeit, im nächsten Schritt c) eine Zone der (tendenziell abhängig machenden und entmündigenden) Fürsorge und schließlich d) eine Zone sozialer Ausgrenzung bzw. „Entkopplung“ (désaffiliation) herum lagern (Castel 2008, S. 72-73). Wichtige Ursache sozialer Verwundbarkeit sind die Degradierung der Arbeitsbeziehungen und die Krise der Arbeitsgesellschaft (ebenda; S. 83).“<sup>13</sup> Das Teilhabekonzept ist nicht perfekt, z.B. „finden Kategorien wie Rechte oder makroökonomische Rahmenbedingungen ebenso unzureichend Eingang in das Konzept wie politische und sozioökonomische Machtungleichgewichte. Das erschwert die Diagnose sozialer Ungleichheit, insbesondere jedoch Ansatzpunkte für staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln und die Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen.“<sup>14</sup>

#### *Kirstin Fossgreen*

Frau Fossgreen studierte an der Universität Hannover Politische Wissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie. Sie ist außerdem Referentin für Gesundheitsförderung, Referentin der Gesetzlichen Krankenversicherung und arbeitet selbständig als Heilpraktikerin in einer naturheilkundlichen Praxis.

Für die Fürst-Donnersmarck-Stiftung schrieb sie 2005 einen Artikel zum Thema „Was bedeutet eigentlich Teilhabe?“ zur Teilhabe im Kontext von Rehabilitation und Behindertenorganisation nach dem SGB IX.<sup>15</sup> Damit nähert sie sich dem Teilhabebegriff im Zusammenhang mit dem Leben behinderter Menschen.

Sie schreibt: „Teilhabe wird als sozialpolitisches Konzept für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung definiert und löst damit alte Konzepte der Fürsorge und Versorgung im Bezug auf Menschen mit Behinderungen endgültig ab.“<sup>16</sup> Damit kann nun jeder behinderte Mensch selbst entscheiden, welche Leistung er wie erbracht haben möchte. Der Servicegedanke wird verstärkt.

Fossgreen weiter: „So bezeichnet Teilhabe in diesem Zusammenhang den Paradigmenwechsel für behinderte Menschen vom Objekt der Fürsorge zum Subjekt der Selbstbestimmung ohne dabei den Aspekt der Sonderstellung behinderter Menschen im gesamtgesellschaftlichen Kontext loszulassen.“<sup>17</sup> Die erwähnte Sonderstellung bezieht sich auf die Tatsache, „... dass behinderte Menschen besondere Leistungen und besonderen Schutz bedürfen, um am „normalen nichtbehinderten“ Leben teilhaben zu können.“<sup>18</sup>

„Die Bewegungsrichtung des Begriffes Teilhabe ist somit Separation: Es gibt das Ich und das Andere und Ich (der behinderte Mensch) bin benachteiligt, mein Ziel ist es durch Nachteilsausgleiche am Anderen teilzuhaben. Der Prozess, der dafür notwendig ist, wird als Empowerment bezeichnet.“<sup>19</sup> Empowerment bedeutet, Menschen zu ermöglichen, ihr Leben selbstbestimmt und selbstverantwortlich leben zu können.

Durch die Neudefinition des Begriffes „Behinderung“ im Jahre 2001 durch die WHO ist im Kontext: „...der (behinderte) Mensch Teil des Ganzen und muss nicht erst in das Ganze integriert

---

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 3

<sup>15</sup> Kristin Fossgreen „Was bedeutet eigentlich Teilhabe?“

<http://www.fdst.de/aktuellesundpresse/imgespraech/wasbedeuteteigentlicheilhab/>, Fürst Donnersmarck Stiftung 2005.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Ebenda.

werden. ... Behinderung ist also nicht mehr Ursache für mangelnde Teilhabe, sondern Teilhabe wird als Voraussetzung für Nichtbehinderung begriffen.“<sup>20</sup>

In diesem Zusammenhang erläutert Fossgreen weiter, dass der Begriff „Teilhabe“ ein verbindender ist, der u.a. „...neue Bündnisse mit anderen von Teilhabe ausgegrenzten Gruppen wie z.B. Arbeitsloseninitiativen [ermöglicht].“<sup>21</sup>

Am Ende des Artikels erläutert Fossgreen, das „Teilhabe“ durchaus auch einen negativen Aspekt hat. Denn Teilhabe hat auch Grenzen. „Nicht die Behinderung von Menschen und der aus diesem „Nachteil“ erwachsende Ruf nach Teilhabe steht im Vordergrund, sondern die Frage nach individuellen Lebensentwürfen, nach Lebensqualität und Selbstverwirklichung von Menschen mit und ohne Behinderung. Der verbindende Aspekt aller Menschen rückt hiermit in den Mittelpunkt der Diskussion und nicht die Trennung von Behindert und Nichtbehindert.“<sup>22</sup>

### **Teilhabe (Partizipation) als wissenschaftlicher Begriff**

Wie zu Beginn dieses Kapitels bereits erwähnt, wird der Begriff „Teilhabe“ meist im thematischen Zusammenhang mit behinderten Menschen verwendet. Sonst spricht man von Partizipation. Trotzdem bedeuten beide Begriffe dasselbe.

Zur Vollständigkeit eines Überblicks über die Definition des Teilhabebegriffs gehört auch seine Verwendung in den verschiedenen Formen der Gesellschaftswissenschaften.

#### *Soziologie*

„In der Soziologie bedeutet Partizipation die Einbeziehung von Individuen und Organisationen (sogenannte Stakeholder) in Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen. Partizipation kann die unterschiedlichsten Beteiligungsformen annehmen (z. B. Bürgerbeteiligung, betriebliche Mitbestimmung, Interessenverband, politische Partei). Partizipation gilt als gesellschaftlich relevant, weil sie zum Aufbau von sozialem Kapital führen kann und dann soziales Vertrauen verstärkt.“<sup>23</sup>

#### *Pädagogik*

„In der Pädagogik versteht man unter dem Begriff der Partizipation die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei allen das Zusammenleben betreffenden Ereignissen und Entscheidungsprozessen.“<sup>24</sup>

#### *Politik*

„Als politische Partizipation werden alle Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die (allein oder in einer Gruppe) nach Einflussnahme auf politische Entscheidungen auf allen Ebenen des politischen Systems streben.“<sup>25</sup> Beispiele dafür sind: Wahlbeteiligung, Bürgerinitiativen oder Demonstrationen.

#### *Verwaltungswissenschaft*

„Innerhalb der Verwaltungswissenschaft entwickelt sich das Feld der Verwaltungsethik, das Möglichkeiten der Partizipation sowohl Interner (z. B. Mitarbeiter) als auch Externer (z. B. Bürger) in den Fokus rückt.“<sup>26</sup>

---

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> [wikipedia.org/wiki/partizipation](http://wikipedia.org/wiki/partizipation), Stand vom 20.12.2011 23:26 Uhr

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Ebenda.

Teilhabe findet sich nicht nur in vielen Bereichen der Wissenschaft, sondern auch in vielen Bereichen des täglichen Lebens jedes Einzelnen. Das erschwert die Definition der Teilhabe zusätzlich: „Allerdings geht die Ausweitung des Begriffs auf nahezu alle Formen des menschlichen Handelns mit einem Verlust der definitorischen Klärungs- und wissenschaftlicher Analysefähigkeit einher...“<sup>27</sup> Diese Auszüge belegen, wie weit der Teilhabebegriff ausgelegt wird bzw. wie groß die Bandbreite der Bedeutung dieses Begriffes ist. Sie belegen, dass es nicht unkompliziert ist, sich mit diesem Begriff auseinander zu setzen.

### **Kritik an der Teilhabediskussion**

Jeder Mensch kann überall und ständig an etwas teilhaben oder nicht. Wenn für ihn die Möglichkeit zur Teilhabe besteht, kann er sich bewusst auch gegen die Teilhabe entscheiden. Im Gegensatz dazu gibt es Menschen, die zu bestimmten Arten von Teilhabe keinen Zugang bekommen, egal ob sie am jeweiligen Aspekt teilhaben wollen oder nicht. Und letzteres ist besonders schlimm, wenn es sich um Alltäglichkeiten handelt, die fast allen von uns selbstverständlich sind. Denn dann entsteht durch die Nicht-Teilhabe das „Ausgegrenzt sein“.

Wird der Teilhabebegriff auch von vielen in den verschiedensten Zusammenhängen benutzt und mit ihm etwas Positives impliziert, so gibt es doch nirgendwo konkrete Handlungsanweisungen, wie Teilhabe herzustellen ist, also für die bisher nicht Teilhabenden möglich gemacht werden kann.

Es gibt einzelne Vorschläge, was erreicht werden kann und wodurch, aber niemand gibt eine Handlungsanweisung an eine Behörde oder eine andere verantwortliche Stelle, an der man den Teilhabeprozess in Gang bringen könnte.

Die Umsetzung von Teilhabe ist schwierig. Sie obliegt oft Verwaltungsmitarbeitern, die vom Schreibtisch aus entscheiden und Verwaltungsakte umsetzen, ohne innerlich beteiligt zu sein. Die Maßnahmen, die getroffen werden, sind nicht selten praxisfern. Ein Beispiel dafür ist die Neuregelung des Bildungs- und Teilhabepakets ab Sommer 2013. Monatlich gibt es pro Kind 10 €, unter Umständen dürfen davon auch Musikinstrumente oder bestimmte Sportbekleidung finanziert werden, wenn diese Finanzierung vom Regelbedarf nicht zumutbar ist.<sup>28</sup>

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Und man möchte um keinen Preis zu „den Armen“ gehören. Und so klammert man sich an alles, was einen vermeintlich vor der armen Seite schützt. Teilhabe bedeutet in diesem Zusammenhang, die beiden Seiten der Schere wieder mehr zu schließen.

Im Gegensatz zu unseren behinderten Mitmenschen, die jedes Recht auf Unterstützung und Ausgleich für ihre jeweilige Behinderung bekommen (dass das in der Praxis auch manchmal anders ist als auf dem Papier ist bekannt), gilt das für Arbeitslose nicht (und ebenso für Arme, Bedürftige...).

Das hat auch damit zu tun, dass der Staat bei Behinderung impliziert, dass der Behinderte an seiner Behinderung keine Schuld trägt.

Arbeitslose Menschen werden aber von Behörden und Gesetz so behandelt, als wären sie schuld an ihrer Arbeitslosigkeit. Durch komplizierte Behördenvorgänge und viel Verwaltung werden sie noch zusätzlich behindert.

Dabei sind die wenigsten Menschen schuld an ihrer eigenen Arbeitslosigkeit. Die meisten verlieren aus Gründen, für die sie nichts können, ihren Job.

---

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> [www.awo-informationsservice.org](http://www.awo-informationsservice.org)

Zusätzlich zu allen Verwaltungsformalien, denen sie nun ausgesetzt werden, finden sie bei den zuständigen Ämtern Androhungen oder Umsetzungen von Sanktionen. Diese werden, wie Beispiele aus der Praxis beweisen, von den behördlichen Mitarbeitern sehr willkürlich verhängt und umgesetzt, weil sie im Ermessensspielraum des Bearbeiters liegen. Gut für den „Klienten“ also, wenn die Chemie zwischen ihm und seinem Fallmanager stimmt. Seine Aufgabe ist es eigentlich, den Betroffenen in Arbeit zu bringen. Lehnt der die ihm zugeordnete Arbeit ab, kann er sanktioniert, das heißt bestraft werden. Das kann auch geschehen, wenn die Ablehnung der Arbeit von Seiten des Betroffenen plausibel begründet wird. Sogar bis zur Vorlage eines ärztlichen Attestes, welches die Ablehnung der vorgesehenen Arbeit ärztlich begründet, kann eine Strafe verhängt werden. Den finanziellen Schaden trägt immer der Betroffene.

Hartz IV-Empfänger sind auch verpflichtet, jede Arbeit anzunehmen, es sei denn, diese Arbeit ist für den Betroffenen unzumutbar. Der Beweis der Unzumutbarkeit liegt dabei beim Hartz IV-Empfänger.

Die wenigsten Arbeitslosen sind zufrieden mit ihrer Situation. Und auch sich damit abzufinden, bedeutet keine Zufriedenheit. Viele Menschen haben in unserer Gesellschaft aber keine Chance, wieder auf den Arbeitsmarkt zurück zu kehren.

Die meisten bewerben sich immer wieder und lassen es an Versuchen, eine neue Arbeit zu finden, nicht fehlen. Denn in unserer Gesellschaft hat Arbeit einen hohen Stellenwert, und wer nicht arbeitet, fühlt sich oft ungebraucht und ausgeschlossen.

Trotzdem wird das Bild des „faulen Arbeitslosen“, der auf Kosten der anderen prasst, von den Medien gepflegt und von der Politik toleriert.

Das wiederum behindert weitere Überlegungen. Es wäre eigentlich viel leichter – und bürokratisch wesentlich unaufwändiger – den Menschen das ihnen zustehende Geld (Arbeitslosengeld, Hartz IV) auszuzahlen, ohne sie sofort mit Repressalien bei Verstößen gegen die ihnen auferlegten Regeln zu bedrohen.

Die meisten Arbeitslosen, wie schon angeführt, tun von sich aus alles, um wieder eine Stelle zu bekommen.

Und ja, es wird immer eine kleine Prozentzahl Menschen geben, die nicht arbeiten wollen, die sich in Arbeitslosigkeit und mit Hartz IV wohlfühlen und das kundtun. Aber diese werden auch durch Sanktionen nicht von ihrem Lebensstil abgebracht.

Dass es so schwer möglich ist zu sagen: „Gebt doch den Arbeitslosen einfach Ihr Geld und lasst sie in Ruhe mit willkürlichen Strafen. Helft ihnen dabei, sich in ihrem Leben ohne Arbeit zu recht zu finden und es lebenswert zu gestalten.“, liegt wiederum an der durch Medien, Politik und unsere Gesellschaft geführten und angeheizten Neid-Debatten.

Wieso soll es jemandem besser gehen als mir? Wieso bekommt jemand anderes Geld fürs Nichtstun, während ich mich krumm arbeite? Ich habe kaum Zeit für meine Familie, wenig Freizeit, an Zeit für mich selbst kaum zu denken. Dann sollten wir vielleicht alle nicht mehr arbeiten und uns auf Kosten der anderen einen faulen Lenz machen... - Solche und ähnliche Argumente kennt fast jeder.

Warum ist das so und wie kann man das ändern? Neid und Gier spielen in unsere Gesellschaft eine unrühmliche, aber nicht zu unterschätzende Rolle. Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen sehr hohen Stellenwert und wer nicht arbeitet, gilt als faul.

Doch unsere Gesellschaft und auch das Land in dem wir leben, haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Es gibt nicht mehr Arbeit für alle, es gibt keine Vollbeschäftigung, viele Stellen werden von Anfang an nur befristet vergeben – das ist eine Seite.

Eine weitere ist, dass sich unsere Gesellschaft in den letzten Jahren zunehmend entsolidarisiert hat und das soziale System, auf das wir so stolz sind, systematisch, konsequent und unbemerkt immer weiter reduziert wird. Was bedeutet das? Die Menschen entfremden sich, Hilfsbereitschaft nimmt ab. Die Angst vor Armut ist bei Vielen präsent.

Dem gegenüber steigen die Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme wie Krankenkassen und ähnliches, dabei nimmt das Leistungsspektrum ab, vieles muss aus eigener Tasche finanziert werden. Rekordgewinne und gute Umsätze im Wirtschafts- und Finanzsektor kommen nur wenigen Menschen zugute.

Materielle und ideelle Ausgrenzung der Menschen gehen Hand in Hand. Durch das den Betroffenen fehlende Geld wird ihre ökonomische Teilhabemöglichkeit gestrichen oder stark eingeschränkt. Der Geldmangel zieht immer weitere Kreise.

Die Menschen verlieren nach und nach ihre gesellschaftlichen Kontakte. Man traut sich nicht mehr, jemanden einzuladen, weil man nichts oder nicht so viel anbieten kann. Und ebenso schlägt man Einladungen aus, weil man kein Geld für ein Geschenk oder Mitbringsel hat. Auch Verabredungen im Café, Kino oder ähnlichem müssen aus Geldmangel abgesagt werden. Gesellschaftliche Beziehungen sind ohne Geld kaum haltbar. Die Betroffenen kapseln sich aus eigenem Schuldgefühl ab, sie wollen sich nicht aushalten lassen, schämen sich.

Soziale Nahbeziehungen nehmen ab. Es verbleiben die Mitglieder der Familie bzw. diejenigen, die mit den Menschen die Wohnung teilen. Ein gutes soziales Netzwerk aus Freunden und Bekannten fängt einen am Anfang noch ganz gut auf, aber die meisten Beziehungen verlaufen sich aus den gerade angeführten Gründen nach und nach.

Die Menschen fühlen sich schuldig für etwas, an dem sie nicht schuld sind. Zusätzlich zu ihrem ohnehin nicht leichten Leben werden sie durch Behörden nicht gefördert, sondern drangsaliert und behindert. Dadurch fühlen sie sich frustriert, gekränkt und ungerecht behandelt.

Der psychische Leidensdruck der Betroffenen ist enorm. Verhaltensauffälligkeiten und Depressionen sind eine fast logische Folge.

### **Was also tun?**

Es gibt viele gute theoretische Überlegungen, leider aber keine praktischen Ansätze, die über Kleinst- und Kleinprojekte hinausgehen, etwas zu verbessern. Diese Aufgabe fällt, was eine entsprechende Gesetzgebung betrifft, dem Staat zu, der aber bisher nichts in dieser Richtung tut, sondern eher gegenteilig tätig ist.

Die praktische Umsetzung liegt bei den Kommunen. Natürlich fehlt es hier ganz oft an Geld. Doch statt jeden für sich allein kämpfen zu lassen, könnten sich die Kommunen zusammen tun, um ihren Forderungen dem Staat gegenüber besser Gehör zu verschaffen.

Wir als Autoren dieser Schrift haben sehr lange, viel und kontrovers über dieses Thema diskutiert, wie sicher viele andere Menschen auch. Leider haben auch wir den Stein der Weisen dabei nicht gefunden, vielleicht aber ein paar Denk- und Handlungsansätze.

#### *1. Geld ohne Strafe*

Jeder Mensch, der Geld für seinen Lebensunterhalt vom Staat benötigt, soll es bekommen. Ohne Repressalien, willkürliche Strafen, Restriktionen. Das beinhaltet nicht nur Geld für den täglichen Bedarf sondern auch unkomplizierteren Zugang zu materiellen Dingen wie Kleidung, Möbel, Schulbedarf usw.

Es bestehen schon lange Diskussionen über den Sinn und Nutzen von Sanktionen. Es ist bereits jetzt bewiesen, dass diese zu nichts führen.

Trotzdem wehren sich viele nicht gegen Sanktionen. Sie fühlen sich als Opfer und empfinden Gegenwehr als sinnlos.

Dazu kommt, dass viele Betroffene von schlechten Erfahrungen im Umgang mit ihren Fallmanagern berichten. Diese sind den Bedürftigen gegenüber in einer Machtposition und lassen das auch deutlich spüren. Frustration und Depressionen sind die Folge.

Und es stellt sich die Frage: welches Menschenbild wird den Bearbeitern vermittelt? Es scheint so, als wären für sie Arbeitslose per se kriminell und setzten alles daran, zu betrügen. Man agiert in der Praxis gegen die Betroffenen und nicht für sie. Und anders denkende Mitarbeiter: schwimmen sie mit dem Strom, weil es einfacher ist und bleiben sie lieber im Hintergrund?

In diesem Zusammenhang sei auf den Fall Inge Hannemann verwiesen. Frau Hannemann war Arbeitsvermittlerin in einem Jobcenter in Hamburg-Altona. Sie prangerte öffentlich die Missstände im Umgang mit Hartz IV –Empfängern an, verweigerte Sanktionen und Kürzungen des Geldes ihrer Klienten. Aufgrund dessen wurde sie vom Dienst freigestellt und ihr unter anderem vorgeworfen, sie gefährde die Arbeitsplätze Tausender Jobcenter-Mitarbeiter. Der Prozess, in dem sie auf Weiterbeschäftigung auf einer Stelle **mit** Kundenkontakt klagt (eine angebotene Versetzung auf eine Position ohne Publikumsverkehr lehnte sie ab), ist im Juli 2013 noch immer nicht abgeschlossen.

Natürlich wissen wir nicht, ob und welche Anweisungen es für Fallmanager gibt, ob sie sich intern nach bestimmten Quotenregelungen oder anderen Geboten richten müssen. Es gibt auch Mitarbeiter, die ihre Arbeit wechseln, weil es für sie seelisch zu belastend wird.

Es liegt uns nicht daran, jemanden zu verurteilen. Aber angesichts der Tatsache, dass eine Mehrheit der Betroffenen, die sich an die Ämter wenden müssen, von schlechten Erfahrungen mit den Mitarbeitern, willkürlichen Sanktionen und unangemessenem Umgang mit ihnen berichten, ist nicht zu verleugnen, dass da etwas nicht richtig läuft. Zur Information sei an dieser Stelle auf folgende Website verwiesen: [http://www.sozial-und-stark.de/arge\\_jena/Kreisfreie%20Stadt%20Jena.html](http://www.sozial-und-stark.de/arge_jena/Kreisfreie%20Stadt%20Jena.html)

Diese Website vom Verein für soziales Leben e.V. widmet sich vielen Themen rund um Hartz IV und Sozialhilfe. Unter anderem kann man hier auch Jobcenter und Arbeitsagenturen bewerten.

Unserer Meinung nach sind ein Umdenken und eine Änderung des Verhaltens der Mitarbeiter gegenüber den von ihnen zu betreuenden Arbeitslosen wichtig. Sie arbeiten für die Menschen, sie dürfen nicht gegen sie arbeiten. Es muss durch klare Handlungsanweisungen an die Beamten jede Form von Willkür gegenüber ihren „Klienten“ ausgeschlossen werden. Und dass es diese Willkür gibt, zeigen ebenfalls viele Beispiele aus der Praxis, wo Betroffenen Dinge nicht zugesprochen werden, die ihnen zustehen. Kommen sie aber erneut, zum Beispiel in Begleitung eines Sozialarbeiters oder Anwaltes, ist der betreffende Gegenstand plötzlich kein Problem mehr. Die Verweigerung von Zustehendem ist Willkür, und das muss gestoppt werden.

Der Geldbetrag, der einem Menschen als Hartz IV-Empfänger ausgezahlt wird, ist ein gesetzlich verbrieftester Mindestbetrag. Die Behörde kann unter bestimmten Voraussetzungen diesen Betrag kürzen, zum Beispiel in Form von Leistungsentzug wegen fehlender Mitwirkung des Betroffenen oder ähnlichem. Das Geld wird dadurch offiziell nicht gestrichen, sondern erst dann ausgezahlt, wenn die „Pflichten“ erfüllt sind.

Worauf von Seiten der Behörde oft nicht hingewiesen wird ist, dass zum Beispiel bis zum Eingang fehlender Unterlagen kein Geld gezahlt wird. Gesetzestreu? Gerecht? Sozial?

Ein Vorschlag von uns wäre, statt Sanktionen anzudrohen doch lieber einen Bonus auszuloben für alle, die ihre Unterlagen rechtzeitig und vollständig einreichen und keinen Termin versäumen. Das allein würde schon etwas für ein besseres Gefühl der Betroffenen tun.

Noch eine sehr provokante These sei angefügt: Für Hartz IV-Empfänger besteht Arbeitspflicht. Das bedeutet, jede zumutbare Arbeit ist anzunehmen. Fühlt man sich der Arbeit nicht gewachsen, bedarf es gewichtiger Gründe, um die Arbeit ablehnen zu können, zum Beispiel eines ärztlichen Attestes.

Damit unterstellt man allen Betroffenen pauschal, sie wollten eigentlich gar nicht arbeiten, sind faul und liegen lieber in der „sozialen Hängematte“. Oder auch: die sollen ruhig mal am eigenen Leib erfahren, was echte Arbeit ist.

Die Arbeitspflicht ist damit eine moderne Form der Zwangsarbeit unter zivileren Umständen.

Wie sollte der Umgang zwischen Betroffenen und Behördenmitarbeitern unserer Meinung nach eigentlich sein?

Freundlichkeit ist zunächst ein wichtiges Gebot. Sie kostet nichts, fördert aber Sympathie und ist auch ein Zeichen gegenseitigen Respekts. Mit der Freundlichkeit geht auch die Höflichkeit einher.

Die Menschen, die die Hilfe des Amtes in Anspruch nehmen, haben in der Regel keine Schuld am Verlust ihres Arbeitsplatzes und ihrer momentanen Situation. Sie sind weder als Betrüger noch als potentiell Kriminelle zu behandeln.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Leistungen ist die Bedürftigkeit. Diese muss nachgewiesen werden. Der Nachweis sollte die Betroffenen in keiner Weise zu Menschen niederen Ranges machen.

Das den Menschen zustehende Geld ist keine Unterstützung, sondern es steht ihnen zu. So steht es im Gesetz. Eine Verweigerung oder Verzögerung ist strafbar, auch für Beamte.

Die Position der Betreuer bzw. Fallmanager bedeutet Macht, Kontrolle, Überlegenheitsgefühl. Einigen dieser Mitarbeiter muss auch Unfähigkeit im Job unterstellt werden (was die Erfahrungen aus Jena anbelangt).

Kontrolle und Transparenz der Vorgänge und Entscheidungen der Beamten sind nicht gewollt, wären aber nötig.

Die Mitarbeiter sind außerdem angewiesen, möglichst wenig passive Leistungen zu zahlen. Wer veranlasste das mit welcher Begründung und aus welchem Recht heraus und wer überprüft die Richtigkeit der behördlichen Entscheidungen?

Zusammenfassend: es muss sich sehr viel ändern.

Trotzdem möchten wir an dieser Stelle klar stellen, dass wir die Beschäftigten der Agentur für Arbeit Jena und der „jenarbeit“ nicht pauschal verurteilen. Es ist nicht unsere Absicht, jemanden zu beleidigen oder in seine Privatsphäre zu dringen.

## *2. Mehr Geld*

Trotz der kürzlichen Erhöhung ist für uns auch der momentane Hartz IV-Satz viel zu niedrig und unserer Auffassung nach immer noch verfassungswidrig. Er muss angehoben werden, und zwar nicht nur um 30 oder 50 Euro, sondern um mehrere hundert Euro, um dem Empfänger finanziell ein wenigstens einigermaßen erträgliches Leben innerhalb der Gesellschaft zu ermöglichen. Ebenso müssen auch die Beträge für Aufstocker, andere Bedürftige und arme Rentner angehoben werden.

Ein Mindestmaß hierbei wäre, sich an den Pfändungsfreigrenzen zu orientieren, welche immer wieder neu angepasst werden und sich an der durchschnittlichen Lohnentwicklung orientieren. Diese Grenze liegt 2013 bei etwa 1050 € monatlich für eine Einzelperson.

Ein für uns realistischer Vorschlag wäre ein Grundlohn von 1.400 € brutto. Jobs die kaum einer machen will, weil sie dreckig oder gefährlich sind oder von vielen schlecht angesehen, müssten mindestens mit 1.750 € entlohnt werden.

Das würde zu einer gesteigerten Binnennachfrage führen, was wiederum Mehreinnahmen für den Staat bedeutet.

## *3. Weniger Neid*

Neid gehört zum menschlichen Leben und zu unserer Gesellschaft. Mit Augenmerk auf unsere Betrachtungen geht Neid zum einen mit der Angst vor Arbeitslosigkeit einher und zum anderen mit Gier, da man vom selbst erreichten nichts abgeben will.

Neid führt dazu, dass wir uns gegenseitig nichts gönnen wollen. Wir sind neidisch auf Anerkennung, Ansehen, Image, Prestige usw. Neid kann auch mit Verbitterung zusammen hängen.

Ursachen für Neid sind vielfältig: viele haben Angst vor Armut, die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander, die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich. Am Ende ist Neid selbstzerstörerisch.

Neid zählt zu den menschlichen Gefühlen und lässt sich schwer unterdrücken. Trotzdem ist Neid im Zusammenhang mit unserer Debatte eher negativ.

Neidisch sind häufig Menschen, die selbst mit ihrer Arbeit nicht zufrieden sind. Ihr Argument ist oft, dass die Arbeitslosen Geld fürs „Nichtstun“ bekommen, während sie selbst hart für wenig Geld arbeiten müssen. Viele übersehen dabei, dass das Leben ohne Arbeit weder bequem noch angenehm ist. Viele, die keine Arbeit haben, hätten gern „Hauptsache irgendeine Arbeit“.

Menschen, die zufrieden sind mit und bei ihrem Job, sind nicht so häufig neidisch und können anderen mehr gönnen.

Neid hat auch mit Entsolidarisierung zu tun und ist deshalb mit den gesellschaftlichen Schichten verbunden, die sich immer mehr voneinander abgrenzen. Sachliche Reflektion könnte uns helfen, falschem Neid zu begegnen und uns wieder mehr zu solidarisieren. Eine entsolidarisierte Gesellschaft, in der jeder nur für seine eigenen Belange einsteht, ist schwach und angreifbar gegenüber Menschen, die zusammenhalten und füreinander eintreten.

Über kurz oder lang werden wir der gravierenden Probleme unseres Systems nicht Herr werden, wenn sich die Gesellschaft selbst nicht ändert. Es geht nicht darum, Leute die keine Arbeit haben, besser zu stellen als Arbeitende, aber auch sie haben ein Recht auf ein in der Gesellschaft angesiedeltes Leben.

#### *4. Bedingungsloses Grundeinkommen*

Das ist ein schwieriger Punkt. Aber da unserer Meinung nach für viele Jobs die Löhne zu niedrig sind, nicht nur gemessen an der Schwere der Tätigkeit sondern auch an den steigenden Lebenshaltungskosten, sollten die Beschäftigten nicht um minimale Lohnerhöhungen ringen müssen, die meist sogar unter der Inflationsrate liegen, sondern die Gehälter entsprechend stark angehoben werden. Alternativ dazu wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches allerdings nicht so hoch sein darf, dass der Anreiz zur Arbeit nicht mehr gegeben ist – aber alles auf einem würdigeren Niveau als derzeit.

Wir sprechen lieber von einem bedarfsgerechten Grundeinkommen, welches auf den Einzelnen und seine Lebensumstände wie Familie, Kinder, Wohnort usw. zugeschnitten ist.

Adäquat dazu müssen natürlich die Löhne steigen.

#### *5. Gesundheitswesen und soziale Einrichtungen*

Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime sollen heute gewinnorientiert oder zumindest kostendeckend arbeiten. Eine gewinnorientierte Arbeitsweise geht aber zu Lasten von Patienten und Angestellten. Das Gehalt der Angestellten ist ein Kostenfaktor. Kostenfaktoren sind für die Erzielung eines Gewinns möglichst niedrig zu halten. Deshalb wird Personal bis zur Schmerzgrenze reduziert. Die Folgen sind Überlastung, Fehlentscheidungen und Behandlungsfehler. Das darf unserer Meinung nach nicht so sein. Gesundheitliche Versorgung kostet, was sie kostet. Gewinn darf kein entscheidendes Kriterium sein.

Die FDP spricht sich für die Privatisierung von Firmen, Betrieben und sozialen Einrichtungen in allen Bereichen aus, um sie „marktfähig“ zu machen. Das bedeutet Wettkampf – wer verliert, geht in die Insolvenz und letztendlich unter. Wollen wir das auch für unser Gesundheitswesen?

Die Fixierung der Kranken- und Pflegeeinrichtungen auf Gewinn darf nicht der Dreh- und Angelpunkt bei allen Entscheidungen sein. Das Personal und die Patienten sind die Leidtragenden.

Unsere Meinung: Betriebswirtschaftliches Handeln ist auch für das Gesundheitswesen und soziale Einrichtungen wichtig. Eine Reduzierung auf Überschusserzielung oder ein positives

Betriebsergebnis als entscheidendes Kriterium darf aber nicht sein. Deshalb sollten diese Einrichtungen von gemeinnützigen oder nicht gewinnorientierten Unternehmen betrieben werden. Erzielter Überschuss wird nicht ausgeschüttet, sondern in die Einrichtung reinvestiert. Die Devise sollte dabei nicht ein verdrängender Wettbewerb sein, sondern eine Verzahnung und Vernetzung zum allseitigen Nutzen. Die Kontrolle über die Einhaltung der Kriterien und die Verantwortung obläge der öffentlichen Hand. Unterdeckungen sollten aus Steuermitteln ausgeglichen werden.

Kostendeckung und Überschusserzielung dürfen natürlich sein, aber sie dürfen nicht die entscheidenden Kriterien sein. Das Wohl und die Gesundheit der Menschen sollen im Mittelpunkt stehen, und zwar wirklich und nicht nur auf dem Papier.

Es muss unserer Meinung nach auch nicht die unüberschaubare Anzahl an Krankenkassen geben. Der Verwaltungsapparat der Kassen ist riesig und kostenintensiv. Hinzu kommt eine ausgeklügelte Lobbyarbeit der Krankenkassen und Pharmaunternehmen in der Politik. Politiker sitzen in den Aufsichtsräten vieler dieser Unternehmen.

#### *6. Dritter Arbeitsmarkt*

Das Thema „Dritter Arbeitsmarkt“ erwies sich als so umfangreich, dass wir ihm ein eigenes Kapitel gewidmet haben.

#### *7. Profite / Steuerprogression*

Das Streben nach Profiten gilt in unserem Gesellschaftssystem als legitim und ist gewollt als Triebwerk von Wirtschaft und Gesellschaft. Aber alles und jeden heute dem Profitwahn unterzuordnen, wird uns über kurz oder lang ruinieren.

Ein Beispiel dafür ist der Finanzmarkt. Alles orientiert sich an Quartalsbilanzen, den nächst verfügbaren und möglichst guten Zahlen. Kurzfristige Orientierung hat Vorrang vor Langfristigkeit. Der Regierung wird Jahr für Jahr die Verschwendung von Steuergeldern und falsche Förderpolitik vorgehalten, angekreidet und an konkreten Fällen erläutert. Leider ändert das bisher nichts.

Im Gegensatz zur Wirtschaft haben die Armen nur eine schwache Lobby. Die Lobbyisten appellieren an das Gewissen der Menschen, ihre Verantwortung und ihren Gerechtigkeitsinn. Aber hinter ihnen stehen weder Macht noch Geld. Damit sind sie gegenüber der mächtigen Lobby der Wirtschaft, die über viel Macht, Geld und Einfluss verfügt, chancenlos.

Deshalb gleicht man die Verluste von Staat und Wirtschaft dadurch aus, dass man vor allem den Armen noch etwas mehr wegnimmt. Soziale Leistungen werden gekürzt, ebenso Gelder für Kultur, soziale Einrichtungen oder Zuschüsse für Vereine – die Liste ließe sich fortsetzen. Das ist weder sozial noch demokratisch noch gerecht, aber realer Alltag.

Die Besteuerung muss sich unserer Meinung nach ändern. Es gibt Tausende legaler Steuerschlupflöcher und Tricks, mit denen Unternehmen ihre Steuerlast klein rechnen können. Steuervermeidungsstrategien sind legal. Unternehmen verkaufen zum Beispiel Gewinne an Tochterunternehmen oder machen für niedrigere Steuern bewusst Verluste.

Zudem werden sie oft von staatlicher Seite begünstigt. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Ausnahme von der Ökosteuer für energieintensive Unternehmen.

Wir sprechen uns für eine Änderung des Steuersystems aus, unter anderem auch für eine Finanztransaktionssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und für eine Schließung der gesetzlichen Steuerschlupflöcher.

Dazu möchten wir noch das Stichwort Steuergerechtigkeit nennen. Es sollte uns ein Anliegen sein, mit unseren gezahlten Steuern der Gesellschaft zu helfen. Das impliziert eine große Verantwortung, was die Ausgabe der eingenommenen Steuergelder betrifft. Sie sollten zum Nutzen der Gesellschaft verwendet werden. Das wiederum wirft auch ethische Fragestellungen auf, außerdem driften die

Meinungen, welche Ausgaben zum Wohle der Gesellschaft dienen, weit auseinander. Doch für eine gerechte und soziale Gesellschaft sollten wir uns diesen Fragen stellen.

### **Eine Alternative: der dritte Arbeitsmarkt**

Der Begriff „Dritter Arbeitsmarkt“ wurde 2006 von der Bundesanstalt für Arbeit eingeführt. Es ging damals darum, im Rahmen eines neuen Projektes 400.000 Arbeitslose dauerhaft in einen Job zu bringen.

Allerdings wurde das Vorhaben nicht verwirklicht. Es blieb bei einer Absichtserklärung. Offenbar war dieses Projekt politisch nicht oder nicht in dieser Weise gewünscht. Der finanzielle Aufwand wäre dem ideellen Gewinn der Betroffenen gegenüber aber gering gewesen.

Zum besseren Verständnis sollten wir zunächst einige Begriffe klären.

**Markt:** Der Begriff **Markt** (von lat.: *mercatus* Handel, zu *merx* Ware) bezeichnet im engeren Sinne den Ort, an dem Waren regelmäßig gehandelt oder getauscht werden (Handelsplatz). Im weiteren Sinne bezeichnet der Begriff heute das geregelte Zusammenführen von Angebot und Nachfrage an Waren, Dienstleistungen und Rechten.<sup>29</sup>

**Arbeitsmarkt:** **Arbeitsmarkt** ist der reale oder gedachte Ort, „an dem die Nachfrage nach Arbeitskräften mit dem Selbstangebot von Arbeitskräften zusammentrifft“.<sup>30</sup>

Auf dem Arbeitsmarkt wird Arbeitskraft in Zeiteinheiten und Qualifikationen nachgefragt, angeboten und getauscht. Menschen, die über ihre Arbeitskraft persönlich frei verfügen können, verkaufen (korrekter: vermieten) gegen Arbeitsentgelt ihre Arbeitskraft zur Verrichtung produktiver Tätigkeiten an Arbeitgeber, unter deren Anleitung sie Güter herstellen oder Dienstleistungen ausführen, in Kombination mit (meist) von den Arbeitgebern zur Verfügung gestellten Rohstoffen und Produktionsmitteln.<sup>31</sup>

Bei der Diskussion zu diesem Thema fiel uns auf, dass der Begriff „Arbeitsmarkt“ heute besser „Arbeitskräftemarkt“ heißen sollte, denn die Zahl der Menschen, die eine Arbeit suchen ist wesentlich höher als die der angebotenen Stellen.

**Erster Arbeitsmarkt:** Zwischen Arbeitgeber (AG) und Arbeitnehmer (AN) besteht ein privates Arbeitsverhältnis, ungefördert von staatlichen Behörden.

**Zweiter Arbeitsmarkt:** Ein Verhältnis wie auf dem ersten Arbeitsmarkt wird hier durch staatliche Zuschüsse am Leben erhalten. Die Arbeitsplätze werden anteilig gefördert, die Bedingungen für eine Förderung wurden verschärft. Maßnahmen wie die sogenannte ABM und die Entgeltvariante wurden abgeschafft.

**Dritter Arbeitsmarkt:** Arbeitsstellen auf dem sogenannten dritten Arbeitsmarkt werden zu 100% bezuschusst. Mit diesen Stellen wird kein direkter finanzieller Gewinn erwirtschaftet. Trotzdem sind solche Stellen der Gesellschaft von Nutzen, denn sie bringen ihr einen ideellen Gewinn.

Das bedeutet: auch Arbeitsplätze, die nicht vordergründig finanziellen Gewinn erwirtschaften, werden entsprechend bezahlt.

Der Dritte Arbeitsmarkt wurde, wie eingangs erwähnt, nicht realisiert. Trotzdem hat sich der Begriff erhalten. Seit 2007 gibt es Studien, die sich mit dem Thema des Dritten Arbeitsmarktes auseinander setzen.

Eine interessante Schrift, die sich damit beschäftigt, kommt von der „Aktion Arbeit“ des Bischöflichen Generalvikariats in Trier und trägt den Titel: „Wir brauchen einen Dritten

<sup>29</sup> wikipedia.org/wiki/Markt, Stand 6. Mai 2012 um 14:02 Uhr.

<sup>30</sup> wikipedia.org/wiki/Arbeitsmarkt, Stand 30. März 2012 um 13:24 Uhr.

<sup>31</sup> Ebenda.

Arbeitsmarkt“.<sup>32</sup> Auf diesen Text möchte ich im Folgenden etwas näher eingehen, da er unserer Meinung nach viele interessante Punkte aufzeigt.

Die Politik des „Förderns und Forderns“, die unter der Regierung von Gerhard Schröder (1998-2005) entstand, wird in diesem Text als unwirksam erklärt, was sich in der Praxis der vergangenen Jahre bestätigt hat. Voraussetzung für die Wirksamkeit von Reformen auf dem Arbeitsmarkt sind an erster Stelle genügend Arbeitsplätze.

Der Text weist darauf hin, dass Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben, dass Qualifizierungsmaßnahmen, wie sie heute angeboten werden, „entwürdigend, demotivierend und zu teuer“ sind.<sup>33</sup>

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Abschaffung von Befristungen unterschiedlicher Maßnahmen, denn „angesichts der Erfahrung der letzten 25 Jahre“ [sehen wir] „dass es für viele auf Dauer keine Vermittlungschance gibt.“<sup>34</sup>

Angesichts der Frage, wie ein Dritter Arbeitsmarkt aufgebaut sein könnte, kommen im Text unterschiedliche Modelle in Frage, im Wesentlichen sind es drei:

- Beschäftigungsträger, die gemeinnützige und zusätzliche Beschäftigung organisieren
- Integrationsbetriebe, die am Markt operieren und einen Minderleistungsausgleich erhalten
- Wirtschaftsbetriebe, die über Kombilohn-Modelle unterstützt werden<sup>35</sup>

Erzielen könnte man damit, dass der Dritte Arbeitsmarkt:

- Mehrwert schafft („volkswirtschaftlich sinnvoll“, „Recht auf menschenwürdige Arbeit“ (sinnvolle Arbeit ist genügend da)
- durchlässig für den ersten und weitere definierte Arbeitsmärkte ist
- Sozialversicherungspflichtig ist („Neueste Untersuchungen zeigen, dass dies fiskalisch nicht zu einer Mehrbelastung führt“)<sup>36</sup>

Der Text unterstützt auch insofern unsere Meinung, als dass er ein grundsätzliches Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik fordert.

- Dazu gehört anzuerkennen, dass die Massenarbeitslosigkeit kein vorübergehendes Phänomen ist.
- „solange es... [auf dem Ersten Arbeitsmarkt]... nicht genügend Arbeitsplätze gibt, muss diese Politik [Arbeitslose schwerpunktmäßig für den Ersten Arbeitsmarkt zu befähigen] scheitern.“<sup>37</sup>

Auf dem Dritten Arbeitsmarkt müssen „unbefristete und solide finanzierte Arbeitsplätze geschaffen werden.“<sup>38</sup>

Eine Subventionierung von Seiten des Staates wird als nötig angesehen, „Der Bedarf für die hier anstehende Aufgabe beträgt nur einen Bruchteil dessen, was allein die Kern-Branchen unserer Wirtschaft erhalten. Daher ist das Argument der Verdrängung ‘regulärer’ Arbeitsplätze zu beachten, aber auch sorgsam abzuwägen.“<sup>39</sup>

---

<sup>32</sup> [http://www.sgb-ii.net/portal/material\\_archiv/material\\_2007/bistum\\_trier\\_070319.pdf/view](http://www.sgb-ii.net/portal/material_archiv/material_2007/bistum_trier_070319.pdf/view).

<sup>33</sup> Ebenda, S. 1.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Alle aufgezählten Punkte ebenda, S. 1 und 2.

<sup>36</sup> Alle aufgezählten Punkte ebenda, S. 2.

<sup>37</sup> Alle aufgezählten Punkte ebenda, S. 2.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 2f.

Trotz Subventionen würde sich ein Dritter Arbeitsmarkt rechnen. Den Absatz dazu möchte ich komplett zitieren:

„Integrationsbetriebe [wie ÜAG's (Betrieb nach dem Überstellungsausführungsgesetz), geschützte Werkstätten usw., Anm. d. Verf.] erwirtschaften in der Regel 70 % ihrer Personalkosten am Markt, die restlichen 30 % zahlt die öffentliche Hand als Minderleistungsausgleich. Überträgt man dieses Modell auf den dritten Arbeitsmarkt, wird im Durchschnitt ein Arbeitsplatz mit 600 - 800 Euro monatlich bezuschusst. Berücksichtigt man dabei, dass die so Beschäftigten einen Teil dieses Zuschusses wieder in die Sozialversicherung einzahlen, statt sie zu belasten, und darüber hinaus mit ihrer Arbeit volkswirtschaftliche Werte schaffen, dann wird schnell deutlich, dass die öffentliche Unterstützung von Arbeit allemal preiswerter ist als die Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

Würde man die 2006 bei der Bundesagentur für Arbeit nicht abgerufenen Mittel für Aktivierungsprogramme in den Aufbau des dritten Arbeitsmarktes stecken, könnten damit rein rechnerisch viele hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen werden.“<sup>40</sup>

Abschließend weist der Text auf die Folgen hin, die durch die bestehende Massenarbeitslosigkeit auftreten und die wir zum Teil jetzt schon wahrnehmen können.

Gewarnt wird z.B. vor einem „Zusammenbrechen der Sozialversicherungssysteme“, „gesellschaftlichen Konsequenzen“ und „Das Leben von Millionen am Rande des Existenzminimums“.<sup>41</sup>

„Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck“<sup>42</sup>, sondern sie wird durch den Menschen bestimmt. Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit.

### **Dritter Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik**

Man mag teilweise diese Ideen auch als Utopie ansehen. Aber unserer Meinung nach hat man einfach zu viel Angst, sie umzusetzen.

Viele haben Angst, etwas zu verlieren, Geld, Wohlstand, gesellschaftliche Stellung, Macht, Einfluss... Das geht dem „kleinen Mann“ genauso wie Politikern oder Wirtschaftsbossen. Gerade weil es dem Großteil der Bevölkerung gut geht, ist sie an Veränderungen nicht interessiert, sondern klammert sich an das, was sie hat.

Außerdem gibt es große Vorurteile gegenüber Arbeitslosen, genannt sei hier nur die „soziale Hängematte“, die gern auch immer wieder durch die Medien geistert.

Der Wert der Arbeit wird in unserer Gesellschaft auch am Verdienst gemessen. Schlechter bezahlt = schlechterer Job. Aber das ist nicht so.

Arbeitslosigkeit hat für Wirtschaft und Politik aber noch eine weitere Bedeutung: Das „Gespenst“ der Arbeitslosigkeit sorgt für Disziplinierung der Arbeitnehmer. Besser weniger Geld und schlechtere Bedingungen als gar kein Job lässt sich schließlich mit dem Argument, dass es viele gibt, die schon hinter der Tür auf den Job warten, viel leichter durchsetzen.

Weiterhin wird gesagt, die heimischen Märkte würden durch einen Dritten Arbeitsmarkt kaputt gehen und unsere Wirtschaft wäre nicht mehr konkurrenzfähig.

Die meisten Menschen, die sich mit dieser Thematik befassen, sehen es als notwendig an, die soziale Marktwirtschaft ganz neu aufzubauen. Sie sind der Meinung, dass ein Umbau der bestehenden Marktwirtschaft und der Gesellschaft in ihrem jetzigen Zustand nicht möglich ist.

Hier ist viel Mut zum Neuanfang gefragt.

Aus unserer Sicht ist der dritte Arbeitsmarkt eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Das dafür vom Staat bereitgestellte Geld sollte man deshalb nicht als Subvention ansehen.

---

<sup>40</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Ebenda.

Der Begriff der Subvention ist in unserer Gesellschaft negativ belastet. Er lässt sich wie folgt definieren:

„I. Finanzwissenschaft: Einseitige Übertragungen des Staates an die Unternehmen; Geldzahlungen oder geldwerte Vorteile (z.B. Steuervergünstigungen, Preisnachlässe bei Käufen des Staates, Bürgschaften), die der Staat oder Institutionen der EU ohne (marktwirtschaftliche) Gegenleistung i.d.R. Unternehmen gewährt. Häufig liegen Subventionen bestimmte Bedingungen oder erwartete Verhaltensweisen zugrunde. Subventionen werden verschieden abgegrenzt. Im Subventionsbericht der Bundesregierung werden v.a. Geldzahlungen („Finanzhilfen“) und Steuervergünstigungen des Bundes dargestellt.“<sup>43</sup>

Bei „Wikipedia“ wird Subvention als Begriff für staatliche Beihilfe laut Europarecht definiert.<sup>44</sup>

Subventionen sind in Deutschland allgegenwärtig. Sie werden in der Industrie ebenso gezahlt wie in der Wirtschaft und der Landwirtschaft.

Kultur wird (leider) nicht oder nur in Ausnahmefällen subventioniert.

Der Begriff der Subvention hat eine negative Bedeutung, denn er geht einher mit einer Beeinflussung des Marktes bzw. einem Eingriff in denselben, was laut dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Selbstregulierung eigentlich nicht sein darf.

Wir wissen aber: ohne Subventionen würde unser Land wirtschaftlich nicht so gut dastehen wie es das international tut.

Deshalb sollte man den Begriff Subvention aus seiner negativen Bedeutung herausholen. Man könnte stattdessen z.B. „Dienstleistungsvertrag“ sagen. Denn Dienstleistungen werden nicht subventioniert, aber es gibt Geld für die Erfüllung bestimmter Aufgaben.

Trotzdem gibt es wichtige Arbeiten, die vordergründig kein Bargeld und keinen finanziellen Gewinn erwirtschaften.

Unsere Gesellschaft kostet sehr viel Geld, aber auch, weil alles über Geld geregelt wird.

Ein Recht auf Arbeit steht nicht im deutschen Grundgesetz. Man konnte und kann das nicht gegen die Interessen der Wirtschaft durchsetzen, was aus unserer Sicht einer Kapitulation der Politik gegenüber der Wirtschaft gleichkommt.

Dies hat auch historische Gründe. Nach dem 2. Weltkrieg glaubte man daran, dass durch die Schrecknisse des Krieges auch die „Wirtschaftsbosse“ der großen Unternehmen geläutert wurden und ihre Betriebe nun sozialer und menschenfreundlicher gestalteten, was auch bedeutete, vielen Menschen Arbeit zu geben.

Mit Einführung der sozialen Marktwirtschaft hoffte man auf Vollbeschäftigung.

Das funktionierte am Anfang gut. Vieles war zerstört, es gab jede Menge Arbeit zu tun. Doch nach einigen Jahren, als der wirtschaftliche Aufschwung einsetzte und die Modernisierung fortschritt, wurden viele Arbeiter nicht mehr gebraucht und wieder arbeitslos.

Man vertraut aber bis heute der „Selbstverpflichtung der Wirtschaft“ und betrachtet die Massenarbeitslosigkeit als vorübergehendes Phänomen.

Aus unserer Sicht ist das nicht nachvollziehbar und mehr als blauäugig. Denn man muss sich ernsthaft die Frage stellen, wer hier eigentlich regiert: Politik oder Wirtschaft?

Statt sich mit der Wirtschaft auseinanderzusetzen, sucht die Politik Kompromisse mit ihr. Vergeblich sucht man eine Politik, die sich auf die Seite der Betroffenen stellt, in dem sie zum Beispiel mit den Gewerkschaften zusammen arbeitet.

Die Regierung könnte sich dafür einsetzen, dass die Wirtschaft mehr Arbeitsplätze bereit stellt. Aber sie ordnet ihre Interessen den Wirtschaftsinteressen unter.

---

<sup>43</sup> Quelle: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/subvention.html>.

<sup>44</sup> Quelle: [wikipedia.org/wiki/Subvention](http://wikipedia.org/wiki/Subvention), Stand 30. Mai 2012, 20:48 Uhr.

Mehr noch: die Wirtschaft entsendet Mitarbeiter in die Politik, um ihre Interessen zu wahren und durchzusetzen, zum Beispiel durch Mitwirkung an der Erarbeitung neuer Gesetze.

Eigentlich ist die Wirtschaft Mittel zum Zweck. Und die Erfüllung des Zwecks findet sie im Nutzen für die Gesellschaft.

Das wird in Deutschland inzwischen ad absurdum geführt. Der Wirtschaftskapitalismus sorgt dafür, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klafft und sich wenige Menschen auf Kosten der Masse bereichern.

Durch die Etablierung eines Dritten Arbeitsmarktes würde man dieser Entwicklung entgegen steuern. Neben dem ersten Arbeitsmarkt, auf dem Geld verdient wird und der sich damit finanziert und Gewinn abwirft, stünde der dritte Arbeitsmarkt, der in den ersten übergeht und von diesem finanziert wird.

Der heutige zweite Arbeitsmarkt kann damit wegfallen.

Ein dritter Arbeitsmarkt hieße auch für die Wirtschaft, Druckmittel gegenüber den Arbeitenden zu verlieren und damit Macht zu verlieren.

Mit Erschaffung eines Dritten Arbeitsmarktes würden wir uns auf eine Reform des gesamten Arbeitsmarktes einlassen. Das ist ein großer Schritt und er ist auch schwierig.

Zur Erhaltung unserer Gesellschaft, ihres Niveaus, Wachstums, ihrer Form und sozialen Sicherheit sehen wir es als lohnend und notwendig an, diesen Schritt zu gehen.

## Das „soziologische Profil“

### Alter, Geschlecht und Familie

Ohne dass dies von uns gesteuert wurde, war das Verhältnis der Geschlechter ausgewogen: es antworteten 61 Frauen und 59 Männer. Fast 90% der Befragten waren zwischen 25 – 65 Jahre alt. Die größte Gruppe bildeten die 40 – 65 jährigen (30%).

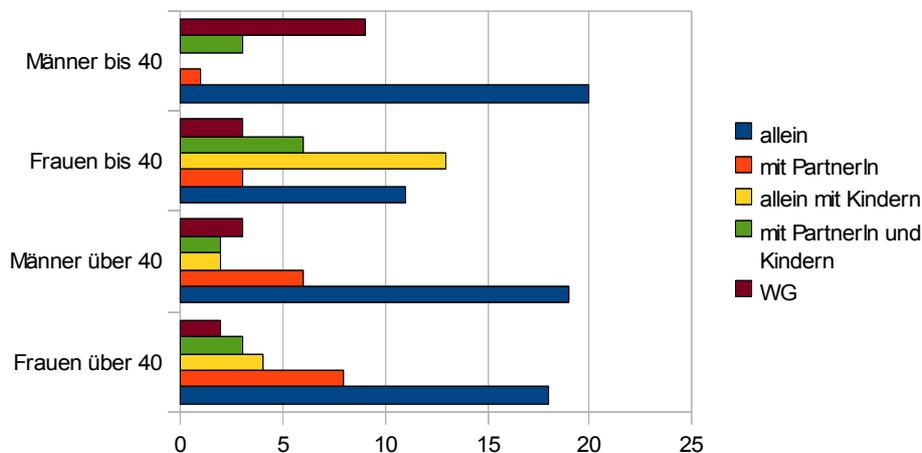
Etwa die Hälfte aller Befragten lebt allein. Dies entspricht dem allgemeinen Trend, wonach es insbesondere in größeren Städten immer mehr Single-Haushalte gibt.

Insgesamt leben deutlich mehr Männer (40) allein als Frauen (29). Die Unterschiede betreffen jedoch die Altersgruppe der unter 40jährigen. Das ist nicht verwunderlich, da inzwischen mehr Kinder bei Alleinerziehenden aufwachsen als in „vollständigen“ Familien, und das sind nun mal fast ausschließlich Frauen.

Auch findet sich bei Männern häufiger die „WG“ – Angabe.



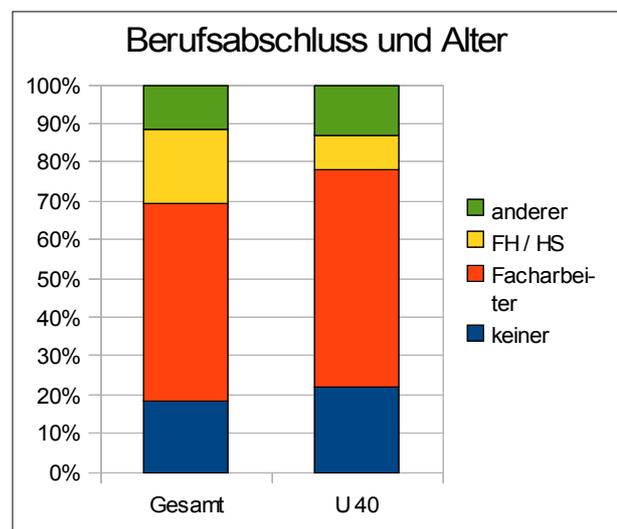
### Familienverhältnisse nach Geschlecht und Alter

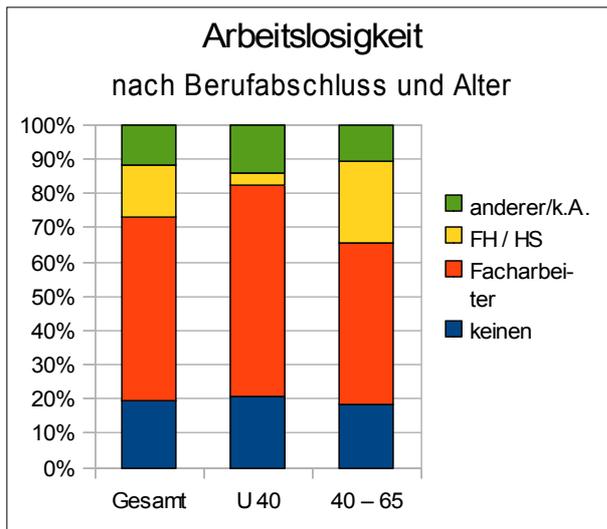


### Alter, Berufsabschluss und Arbeitslosigkeit

Bei der Frage nach dem Berufsabschluss gab etwa die Hälfte der Befragten an, einen Abschluss als Facharbeiter zu haben. Etwa 20% haben eine Hochschule absolviert, aber ebenso viele verfügen über keinen Abschluss.

Es zeigt sich aber, dass jüngere Menschen insgesamt schlechter qualifiziert sind ältere. Die Zahl derjenigen, die ohne Abschluss sind oder angeben, „einen anderen“ Abschluss zu haben, steigt an, die Zahl der Hochschulabsolventen sinkt.





Besonders deutlich wird die Bedeutung des Lebensalters bei der Frage nach der Arbeitslosigkeit. Von 132 Personen im erwerbsfähigen Alter gaben 67 (51%) an arbeitslos zu sein, davon waren 36 älter als 40 Jahre.

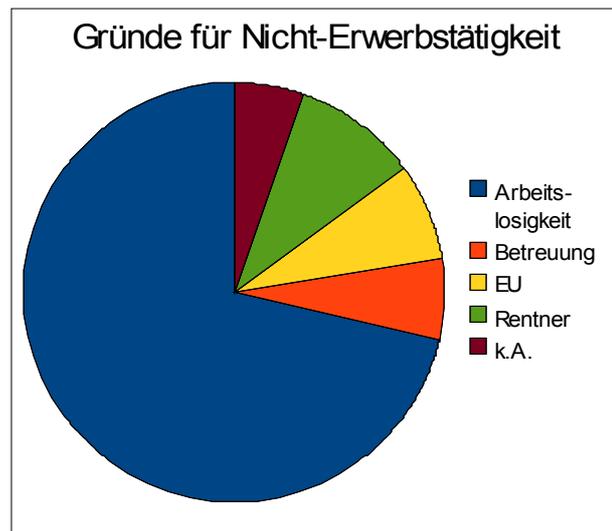
Einen deutlichen Unterschied gibt es bei der beruflichen Qualifikation. Von den 25 Befragten mit einem akademischen Abschluss sind 10 arbeitslos (40%), aber nur ein Mann jünger als vierzig. Bei Facharbeitern sowie Menschen, die über keinen oder einen anderen Abschluss verfügen, sind solche Unterschiede nicht auszumachen.

Die Aussage, dass Ältere und Menschen mit

geringer Qualifikation besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist zutreffend, zeigt aber zugleich, dass ein akademischer Abschluss nur bei jüngeren Menschen in gewisser Weise vor Arbeitslosigkeit schützt.

Von 92 Befragten, die angaben, nicht erwerbstätig zu sein, waren 65 (71%) arbeitslos, darunter 31 Frauen, also weniger als die Hälfte.

Fünf Frauen geben an, wegen der Pflege von Kindern bzw. Angehörigen nicht erwerbstätig zu sein. Vier von ihnen – alle jünger 40 Jahre – leben mit Kindern zusammen, eine ältere allein lebende Frau kümmert sich möglicherweise auch um ihre Eltern oder andere Verwandte. Die Zuordnung war nicht immer eindeutig, was vermutlich an der Anordnung der Fragen lag. Zunächst wurde gefragt, ob Frau/Mann erwerbstätig ist oder nicht. Wenn ja, standen zur Auswahl: Vollzeit, Teilzeit, Minijob, freiberuflich, selbstständig, anderes. Anschließend wurde nach den Gründen für eine Nicht-Erwerbstätigkeit gefragt. Diese konnten sein:



Arbeitslosigkeit, Betreuung von Kindern oder Angehörigen, Hausfrau / Hausmann, Rentner (Altersrentner, Erwerbsunfähigkeitsrentner).

Eine Frau gab zum Beispiel an, dass sie freiberuflich tätig sei, kreuzte außerdem aber „Betreuung von Kindern / Angehörigen“ an. Offensichtlich wurden die Fragebögen nicht immer sorgfältig gelesen. Tatsächlich ist beides ja kein Widerspruch.

17 Befragte gaben an, dass sie Rentner seien. Davon waren 9 über 65 Jahre alt, also vermutlich Altersrentner, aber 8 im erwerbsfähigen Alter, davon wiederum 4 jünger als 40 Jahre. 8 von 132 (6%) Befragten im erwerbsfähigen Alter sind laut eigener Aussage gesundheitlich so beeinträchtigt, dass sie zeitweise oder dauerhaft nicht arbeiten können.

### Arm trotz Arbeit

Zwei Frauen und ein Mann gaben an arbeitslos zu sein, gleichzeitig aber einen Minijob zu haben und – in einem Fall – selbständig zu sein. Dies ist ebenfalls kein Widerspruch. Ein Mensch gilt als erwerbslos, solange er weniger als 15 Stunden in der Woche arbeitet – was bei einem Minijob häufig der Fall ist.

Eine Frau gab an, gleichzeitig arbeitslos und Hausfrau zu sein.

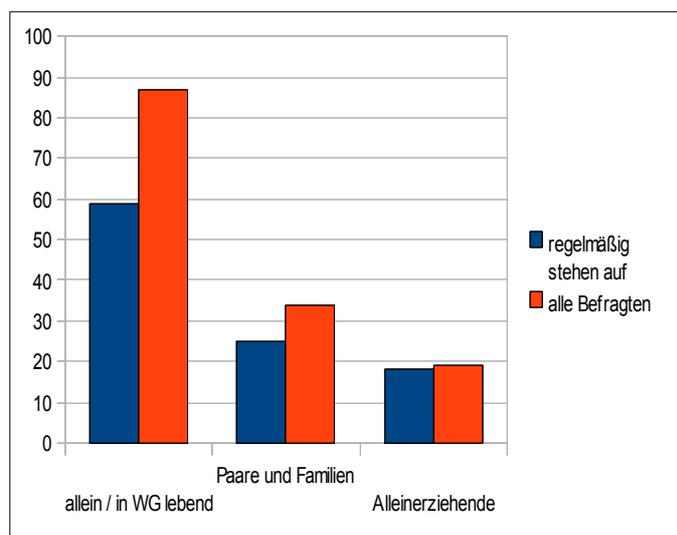
# Lebensweise I: Gewohnheiten

## Regelmäßiges Aufstehen

Erwerbslosen Menschen wird oft vorgeworfen, sie müssten wieder lernen, ihren Tag zu strukturieren. Daher lautete unsere Frage: „Stehen Sie regelmäßig zur gleichen Zeit auf?“

Von den 141 Befragten bejahten 103 (73%) dies, 5 machten keine Angabe. Von den 92 Menschen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, geben 65 (70%) an, regelmäßig zur gleichen Zeit aufzustehen. Von 67 Nichterwerbstätigen, die arbeitslos gemeldet waren, sagen das 48 (71%).

Der Erwerbsstatus ist also nicht ausschlaggebend. Hier wirken eher Familienstand und Alter, das heißt die erworbenen Gewohnheiten. Das zeigt sich daran, dass zwei Drittel alleinstehenden bzw. in WGs lebenden Menschen angeben regelmäßig zur gleichen Zeit aufzustehen, während es bei Alleinerziehenden 94% sind.



Von den 9 Rentnerinnen und Rentnern, die an unserer Befragung teilnahmen, geben 8 an, regelmäßig zur gleichen Zeit aufzustehen, bei den unter 25jährigen sind es 6 von 10. Es kann also festgestellt werden, dass das regelmäßige Aufstehen zu den deutlich ausgeprägten Gewohnheiten der Menschen gehört.

## Kochen und Einkaufen

Unsere Hypothese war, dass alleinstehende Menschen seltener kochen als Menschen, die eine Familie haben.

Die Frage „Kochen Sie jeden Tag?“ wurde von 86 (61%) mit „Ja“ oder „Ja, meistens“ beantwortet. 45 der Befragten verneinten die Frage, 10 machten keine Angabe.

Tatsächlich benutzen 47% (40) der Alleinlebenden regelmäßig ihren Herd, aber bei 25 (56%) gehört es nicht zum Alltag. Frauen (63%) sind immer noch häufiger dort anzutreffen als Männer (58%). Das Alter spielt offenbar weniger eine Rolle. So sind bei den „Kochverweigerern“ die Altersgruppen gleichmäßig vertreten.

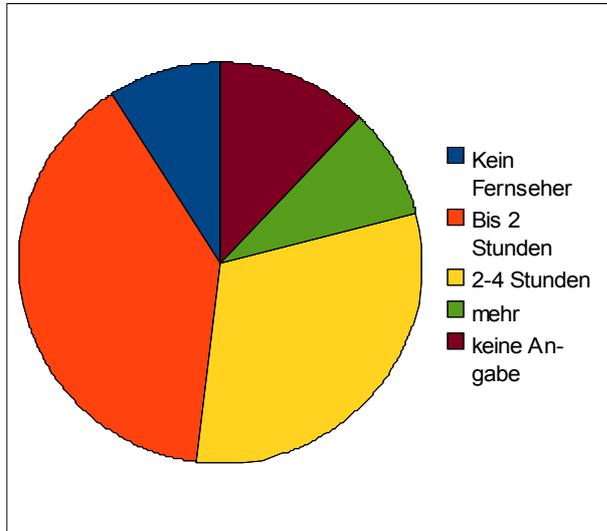
Das Einkaufen kann ebenfalls als strukturierendes Element des Alltags betrachtet werden. Unsere Hypothese, dass Erwerbslose und ältere Menschen mehr Zeit mit Einkaufen verbringen, bestätigte sich aber nicht. Insgesamt teilten 18 Personen (13% aller Befragten) mit, dass sie täglich einkaufen. Es gibt keinen Unterschied zur Gruppe der Erwerbslosen. Hier geben dies 12% von sich an.

## Die Wohnung nicht verlassen

Lediglich 25 Befragte (18%) gaben an, dass es Tage gibt, an denen sie die Wohnung nicht verlassen. Davon nutzten 10 die einschränkende Option „Ja, aber selten.“ Leider gaben nur acht von ihnen ihre Gründe dafür an. Genannt wurden als Ursache „schlechtes Wetter“ bzw. „Hausarbeit“ (je zweimal), darüber hinaus gesundheitliche (Migräne, Schlafbedürfnis wegen Schwangerschaft) und psychische Gründe (Depressionen, „einfach allein sein“). Der freiwillige Verzicht auf Außenkontakte nimmt mit dem Alter deutlich zu. So liegt die Quote bei den unter 40jährigen bei 11%, darüber aber bei 24%. Unter den 9 befragten Rentnerinnen und Rentner waren fünf, die mitunter lange Stunden zu Hause verbringen.

## Fernsehkonsument

Im Fragebogen gab es bei der Frage „Wie viele Stunden am Tag sehen Sie durchschnittlich fern?“ mehrere Auswahlmöglichkeiten. Dass jemand überhaupt nicht fernsieht, war nicht vorgesehen.



12 unserer Befragten fügten daher eine Auswahlmöglichkeit hinzu oder machten auf andere Weise deutlich, dass sie keinen Fernseher besitzen.

Der überwiegende Teil gab an, in Durchschnitt bis zu 2 Stunden (52) bzw. 4 Stunden (41) vor dem Fernseher zu sitzen, 12 gaben zu, zu den „Vielguckern“ zu gehören, die mehr als vier Stunden fernsehen.

Vergleichsweise viele Befragte machten keine Angaben (16) bzw. kreuzten überhaupt nichts an.

Beim Vergleich des Bildungsstandes zwischen „Fernsehverweigerern“ und „Vielguckern“ ergaben sich kaum Unterschiede bei der beruflichen Qualifizierung, wohl aber beim Schul-

abschluss.

<i>Schulabschluss</i>	8. Klasse	10. Klasse	Abitur
Fernsehverweigerer	0	5	7
Vielgucker	7	4	1

<i>Berufsabschluss</i>	Facharbeiter	FH / Uni	anderen	keinen
Fernsehverweigerer	6	3	2	1
Vielgucker	6	2	3	1

Am längsten vor dem Fernsehen sitzen alleinstehende Männer (8).

Von den 12 Befragten, die angeben, dass sie täglich mehr als 4 Stunden fernsehen, sagen 7, dass der Fernseher ständig läuft; 8 geben an, dass sie keine Bücher lesen, nur 2 haben einen Bibliotheksausweis, 10 gehen nie ins Theater, 6 nie ins Kino, 10 haben einen Internetanschluss.

Von den ebenfalls 12 Personen die angeben, keinen Fernseher zu haben, lesen 2 keine Bücher, 8 haben einen Bibliotheksausweis, alle haben schon ein Theater von innen gesehen, 3 gehen sogar häufiger ins Theater/Konzert, 6 haben einen Internetanschluss.

Von den „Vielguckern“ spielt keiner ein Instrument, bei den Fernsehverweigerern sind es 5 (von insgesamt 34). Nicht verwunderlich ist, dass diejenigen, die keinen Fernseher haben, häufiger sportlich aktiv sind als die Fernsehkonsumenten.

## Radio hören

122 (87%) der Befragten gaben an Radio zu hören. Davon beantworten 76 die Fragen mit „Ja“, die anderen kreuzten „Ja, gelegentlich“ an. Der Anteil derjenigen, die sich auch bewusst Sendungen anhören, liegt bei 68% (83 der Befragten).

Es gibt keine Unterschiede beim Verhalten der Geschlechter. Radio gehört unabhängig davon sowie vom Alter, dem Berufsabschluss etc. bei der Mehrheit der Befragten zum Alltag.

Von den 12 „Fernsehverweigerern“ geben 4 an, auch kein Radio zu hören, während nur 2 der „Vielgucker“ auf ein Radio verzichten.

Welche Gemeinsamkeiten haben Menschen, die auf Fernseher und Radio verzichten? Sie hören Musik, lesen, besuchen Theater bzw. Konzerte. Weitere Merkmale, die auf alle zutreffen – etwa beim Kinobesuch, der Existenz eines Internetanschlusses, dem Besuch von Veranstaltungen, der Mitgliedschaft in Vereinen – sind nicht zu finden.

## Lebensweise II: Aktivitäten

### Hobbys

Zunächst sollte man wissen, was man unter Hobby eigentlich versteht. „Ein Hobby... ist eine Tätigkeit, die der Ausübende freiwillig und regelmäßig betreibt und die dem eigenen Lustgewinn oder der Entspannung dient. Ein Hobby ist kein Beruf und repräsentiert für den Ausübenden einen Teil seiner Identität.“<sup>1</sup>

Wir stellten uns die Frage, welchen Hobbys Menschen nachgehen, die Hartz IV-Empfänger sind, oft arbeitslos oder nur geringfügig beschäftigt. Schließlich – so meint man – haben sie mehr freie Zeit, die es auszufüllen gilt.

Aber andererseits, wenn man sowieso sehr aufs Geld schauen muss und immer abwägen, wofür man es am dringendsten braucht, bleibt da überhaupt etwas übrig, um sich ein Hobby zu leisten? Natürlich gibt es durchaus Hobbys, die keine Kosten verursachen, aber die meisten eben doch.

Unsere Arbeitshypothese lautete also, dass preiswertere Hobbys kostenintensivere überwiegen. Die über 140 Befragten, denen wir in unserem Fragebogen auch die Frage nach ihren Hobbys stellten, gaben eine erstaunliche Bandbreite derselben an.

37 Personen gaben an, keine Hobbys zu haben oder wählten die Antwortoption „Keine Angabe“. 5 füllten gar nichts aus.

Damit gehen andererseits 98 unserer Befragten einem oder mehreren Hobbys nach, das sind 70 %. Von diesen 98 machten 13 keine näheren Angaben, worin ihr Hobby besteht.

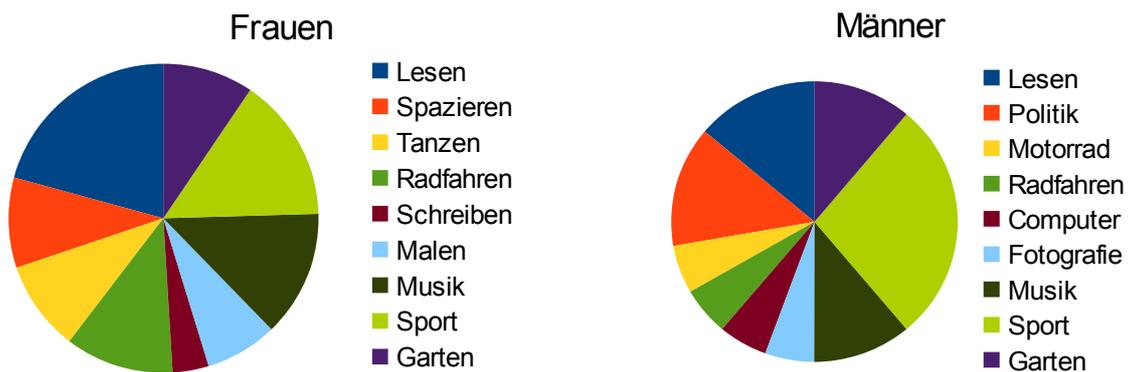


Diagramm: prozentuale Verteilung der meistgenannten Hobbys

Da wir in puncto Hobby auf unserem Fragebogen keinerlei Vorgaben machten, war die Bandbreite der Angaben enorm. Von den Frauen wurden hier 36, von den Männern 35 unterschiedliche Dinge aufgeführt. Für die Auswertung fassten wir deshalb einige Angaben in Rubriken zusammen, wie man es aus den obigen Diagrammen ersehen kann.

Ungeachtet des Alters lässt sich aus der gesamten Verteilung der Hobbys schon einiges ablesen. Bei den Frauen ist das beliebteste Hobby das Lesen. Danach folgen Sport und Musik, Spazieren gehen / Wandern und Gartenarbeit.

Die Männer sind der Literatur nicht abgeneigt, doch hier führt bei den Hobbys der Sport, das meint bei vielen auch Fußball spielen, ganz klar die Liste an. Auf Platz 2 steht hier die Politik – eine Angabe, die sich bei den Frauen gar nicht findet. Lesen, Gartenarbeit und Musik setzen die Reihe fort.

<sup>1</sup> Definition aus: wikipedia „Hobby“, Stand 3.1.2014 um 00:12 Uhr

Bei den Frauen zwischen 25 – 40 Jahren sind die Hobbys weit gefächert, die Anzahl derer, die sie ausüben ist recht ausgeglichen. Wandern, Tanzen, Radfahren, Malen und Musik führen hier die Statistik an, gefolgt von Lesen, Schreiben und Sport.

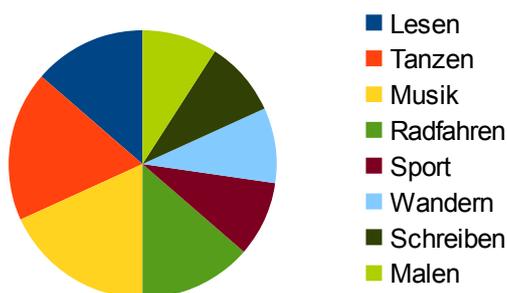
Spazieren gehen und Radfahren zählen wir zu den preiswerteren Hobbys, wenn man bei letzterem davon ausgeht, dass das Fahrrad schon gekauft wurde. Eventuell notwendige Reparaturen verursachen wiederum Kosten.

Auch Lesen kann ein preiswertes Hobby sein. Trotz nicht gerade geringer Buchpreise – wenn man nicht immer den Schnäppchen hinterher jagen will – besteht zum Beispiel die Möglichkeit, sich einen Großteil seines „Lesefutters“ in der Bibliothek auszuleihen. Allerdings, das konnten wir anhand unserer Fragebögen auch feststellen, besitzen erstaunlich wenige Menschen einen Bibliotheksausweis.

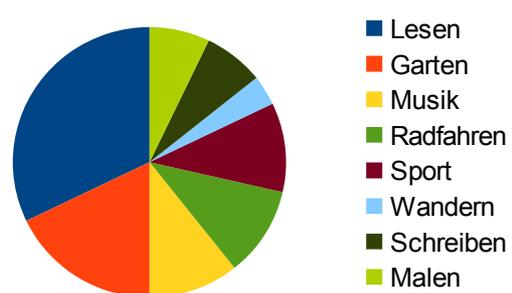
Malen, Musik, Tanzen und Sport gehören zu den Hobbys, die je nach dem, wie sie ausgeführt werden, kostenintensiver sein können. Malereizubehör, Instrumente sowie Notenschriften sind relativ teuer. Tanzen und Sport, soweit man es organisiert betreibt, bedeuten meist Beiträge und auch Bedarf an bestimmter Kleidung.

Wir finden es aber sehr schön, dass die Menschen so unterschiedlichen Freizeitbeschäftigungen nachgehen und bewusst dafür Geld ausgeben. Denn etwas zu tun, was einem wirklich ungezwungen Freude bereitet, ist nicht nur Zeitvertreib, sondern auch für die seelische Gesundheit höchst vorteilhaft.

Frauen unter 40 Jahre



Frauen über 40 Jahre

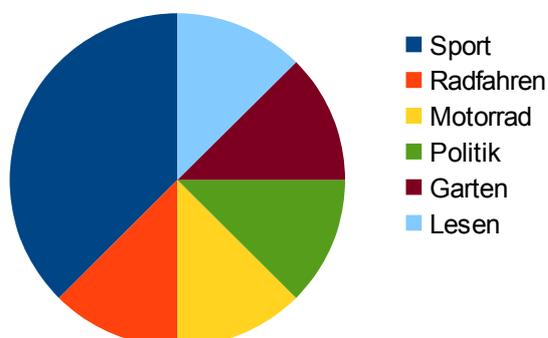


In der Altersklasse ab 40 Jahren steht bei den Freizeitbeschäftigungen der Frauen das Lesen an erster Stelle. Aber auch Musik, Radfahren und Sport sind sehr beliebt.

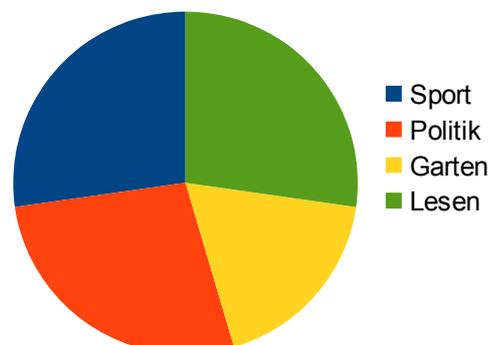
Mit zunehmendem Alter ist es sicher natürlich, dass die Hobbys etwas weniger „anstrengend“ werden, das bedeutet, Tätigkeiten wie Sport, Radfahren oder Wandern werden weniger ausgeübt. Bei den Frauen erfreut sich das Lesen weiterhin größter Beliebtheit, außerdem gewinnt Gartenarbeit sehr an Bedeutung.

Bei den Hobbys der Männer steht der Sport deutlich an erster Stelle. Die nachfolgenden beliebtesten Hobbys sind unter anderem Radfahren, das Motorrad, Lesen und Gartenarbeit, bei denen die Zahl der diese Freizeitbeschäftigungen Ausübenden sehr ausgeglichen ist. Eine interessante Hobbyangabe der Männer ist „Politik“, welches sich so auf der Seite der Frauen kein

Männer unter 40 Jahren



Männer über 40 Jahre



einziges Mal findet.

Bei den über vierzigjährigen Männern ist das Interesse an Politik sogar noch größer als bei den „Jüngeren“. Weiter sehr beliebt ist der Sport, aber auch das Lesen. Andere Hobbys, die man vielleicht als „männertypisch“ bezeichnen würde, wie der Computer, Bastel-/Heimwerkerarbeiten, die Modelleisenbahn oder ähnliches wurden in unseren Fragebögen eher vereinzelt angegeben.

Mit zunehmendem Alter nimmt die Vielfalt der Freizeitbeschäftigungen der Männer ab. Sport, Politik und Lesen sind hier vor allem gefragt, dahinter folgt die Gartenarbeit. Handwerken, Basteln oder der Computer finden sich gerade hier kaum noch.

### **Hobby und Sport**

Teilweise überschneiden sich die Angaben zu den Themen Hobby und Sport, was auch an der Konstruktion unseres Fragebogens liegt.

Zum Beispiel gaben 7 Personen das Fahrradfahren sowohl beim Thema Hobby als auch beim Thema Sport an. 64 Personen nannten das Fahrradfahren beim Thema Sport. Wandern wurde von 3 Personen bei Hobby und Sport genannt, 50 nannten das Wandern beim Thema Sport.

In das Kapitel „Hobby“ flossen nur die Angaben ein, die wirklich unter der Rubrik „Hobby“ eingetragen wurden.

### **Sammeln als Hobby**

Fast jeder von uns hat als Kind etwas gesammelt. Bei den meisten waren es sicher Briefmarken, früher auch Zigarettenbilder – sammeln kann man so ziemlich alles und nahezu jeden hat früher oder später in seinem Leben einmal die Sammelleidenschaft gepackt.

Oft lässt das Sammeln dann mit zunehmendem Alter nach. Aber gerade deshalb interessierte uns, ob die von uns Befragten etwas sammeln und natürlich vor allem, was.

33 Befragte gaben an zu sammeln, das ist fast ein Viertel. 14 davon sind Frauen, 19 sind Männer. Auch hier verriet uns nicht alle, was gesammelt wird, trotzdem war die Bandbreite der genannten Dinge groß. Neben dem „Klassiker“ Briefmarken werden z.B. alte und / oder antike Möbel, Gegenstände und Hausrat gesammelt, Münzen, Bücher, Zitate, Aufnäher, Reißzwecken, Streichholzschachteln, Ansicht- und Postkarten, Trolle, Drachen und und und.

Die Menschen investieren trotz (relativer) Armut auch Geld und Zeit in ihre Sammelleidenschaft. Aus unserer Sicht ist das gut. Denn man verbringt Zeit sinnvoll, lässt sich nicht hängen und tut etwas, was einem selbst Freude macht. Die Beschäftigung an sich ist schon Belohnung.

Sie ist so wichtig, dass die Menschen sich auch von ihrem geringen Geld etwas ansparen, um es für eine ihnen wichtige und sinnvolle Sache auszugeben. Und das tun sie nicht, weil sie vielleicht nach Meinung einiger immer noch zu viel Geld bekommen, sondern weil sie wenigstens in diesem Teil ihres Lebens nicht ausgegrenzt sein möchten und hier auch einen Teil ihrer Würde bewahren.

Über das Sammeln bekommt und hält man oft auch Kontakt zu anderen Sammlern. Man kann auf Flohmärkten stöbern oder sich mit Gleichgesinnten treffen. Das alles trägt dazu bei, ein soziales Netz aufzubauen, zu erhalten oder sogar auszubauen.

### **Hobby und Fernsehen**

Wer ein Hobby oder sogar mehrere hat, sieht weniger fern. Stimmt das?

91 Befragte machten neben Angaben zu ihrem Hobby auch Angaben zu ihrem Fernsehverhalten. 77 von ihnen haben ein Hobby, die restlichen 14 gaben an, keinem Hobby nachzugehen.

Bei den Personen mit Hobby sehen die Mehrheit unter 2 Stunden pro Tag Fernsehen, 21 Frauen und 19 Männer. Eine Fernsehdauer von 2-4 Stunden pro Tag geben 10 Frauen und 14 Männer an. Nur wenige sehen mehr Stunden fern. Von den 14 Befragten, die keinem Hobby nachgehen, sehen 3 unter 2 Stunden täglich fern, 8 2-4 Stunden. Eine höhere Fernsehdauer gaben nur 2

Personen an. Prozentual sehen 9% der Personen mit Hobby mehr als 4 Stunden pro Tag fern, bei den Befragten ohne Hobby sind es 14%.

### Haustiere

Die Deutschen gelten als ein äußerst tierliebes Volk. So gibt es hierzulande über 8 Millionen Katzen, fast 5,5 Millionen Hunde und ebenso viele Kleintiere, also Kaninchen, Hamster, Meerschweinchen usw.<sup>2</sup>

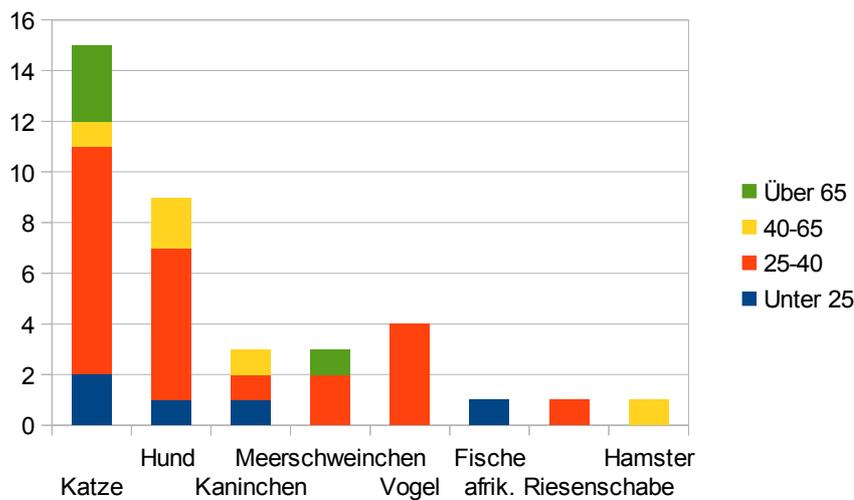
Das Schicksal Hartz IV bzw. Arbeitslosigkeit kann jeden treffen. Und so gibt es auch eine nicht zu unterschätzende Anzahl dieser Menschen, die ein oder mehrere Haustiere besitzen.

Wir stellten die These auf, dass Menschen mit Hartz IV-Bezug wohl eher keine oder wenn, dann

Haustiere haben, die relativ kostengünstig sind.

Unser Fragebogen enthielt deshalb nicht nur die Frage, ob ein oder mehrere Haustiere beim Befragten leben, sondern auch um welche Tierart bzw. -arten es sich handelt.

Es stellte sich heraus, dass sich der Querschnitt aus unseren Befragten fast nicht vom oben erwähnten Deutschlandtrend unterscheidet.



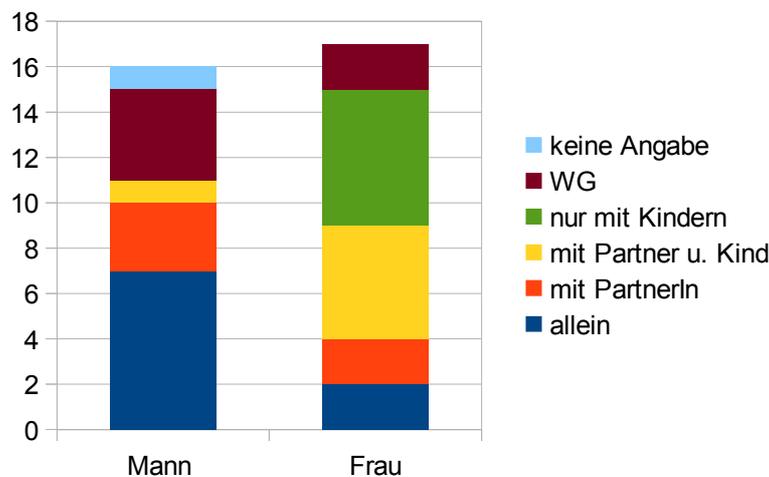
34 der von uns befragten 140 Personen besitzen ein Haustier, das sind fast 25 %, also ein Viertel. 9 dieser 34 sogar mehrere. Häufigstes Haustier ist auch hier die Katze, gefolgt vom Hund. Danach folgen Vögel und Kleintiere, eher selten finden sich Fische, vereinzelt stießen wir bei der Auswertung der Fragebögen aber sogar auf exotische Haustiere.

Von der Anzahl betrachtet findet man die meisten Haustiere in der Gruppe der 25-40 Jährigen,

die auch die zahlenmäßig größte Gruppe der Befragten darstellte.

Weiterhin interessierte uns auch die Verteilung der Haustiere in Bezug auf Alter, Geschlecht und Familienverhältnisse. Es stellte sich heraus, dass die meisten Haustiere hier bei allein lebenden Männern und bei Frauen mit Kindern leben. Danach folgen Tiere, die „in der Familie“ und in WG's ihrer Besitzer leben.

Mit diesen Ergebnissen wurde



<sup>2</sup> Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/30157/umfrage/anzahl-der-haustiere-in-deutschen-haushalten-seit-2008/>

unsere These über die Haustierhaltung in der Gruppe der von uns Befragten widerlegt. Interessant ist, dass die von uns als kostenintensiver eingeschätzten Tiere auch hier am häufigsten vorkommen. Katzen und Hunde brauchen neben Futter auch Tierarztbesuche, bei Hunden wird außerdem noch die entsprechende Steuer fällig.

Auch das Jenaer Tierheim hat nur vereinzelt Tiere, die aus „sozialen Gründen“ abgegeben wurden. Den meisten Menschen fällt es zu schwer, sich vom eigenen Tier zu trennen. Sie sparen von ihrem wenigen Geld noch zusammen, um ihr Tier behalten und versorgen zu können, denn im Regelsatz des Hartz IV-Bezugs sind – schlimm genug – keinerlei Gelder für Haustiere vorgesehen. Dabei ist es für Menschen in einer solchen Situation besonders wichtig, seelisch stabil zu bleiben und Depressionen und Abstumpfung zuvor zu kommen. Und gerade in dieser Beziehung können Tiere manchmal mehr leisten als ein Psychologe.

Es bleibt zu wünschen, dass man auf von Hartz IV Betroffene individueller und sorgfältiger eingeht und sie auch bei der Finanzierung des Lebensunterhaltes ihres Haustieres unterstützt.

## Lebensweise III: Geselligkeit

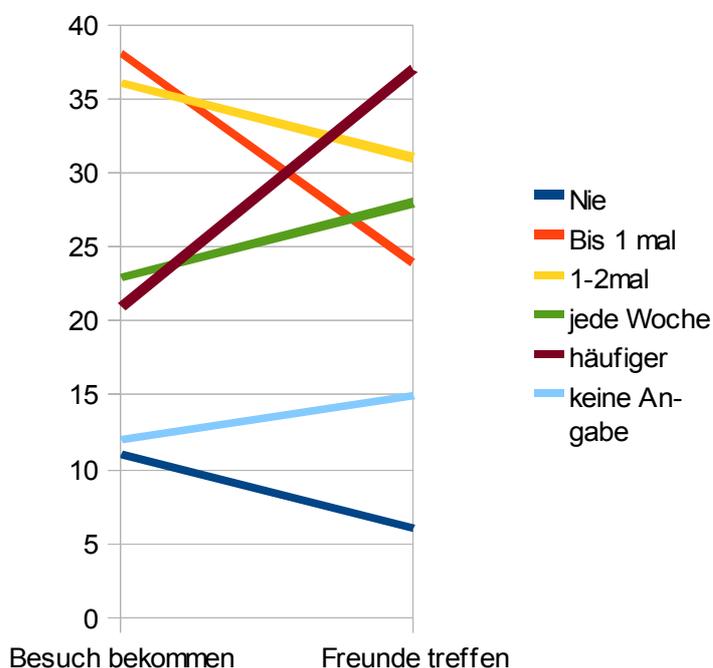
### Gemeinschaftliche Unternehmungen

Die Frage „Beteiligen Sie sich an gemeinschaftlichen Unternehmungen?“ beantworteten 107 der Befragten (76%) mit „Ja“ oder „Ja, gelegentlich“, 22 verneinten die Fragen, 12 machten keine Angaben. Als gemeinschaftliche Unternehmungen waren angegeben: wandern, singen, musizieren, Gesprächsrunden und „anderes“. Wer wollte, konnte eintragen, was er mit anderen unternimmt. Davon machten jedoch nur wenige der Befragten Gebrauch.

Wie erwartet, wurden Wandern (38mal) und Gesprächsrunden (37mal) am häufigsten genannt. An dritter Stelle steht das gemeinschaftliche Musizieren mit 18 Nennungen.

31mal wurde „Anderes“ angekreuzt. Durch diejenige, die aufgeschrieben haben, was sie darunter verstehen, zeigt sich ganz deutlich, dass darunter überwiegend Hobbys (wie Tanzen oder Basteln), sportliche Betätigung (Radtouren) oder ehrenamtliche Tätigkeit verstanden wird.

Es sind keine wesentlichen Unterschiede im Verhalten von Männern und Frauen zu erkennen, wohl aber in der Zahl der Nennungen. Insgesamt gab es 131 Nennungen bei 87 Beteiligte. 20 machten keine Angaben, an welchen gemeinschaftlichen Unternehmungen sie sich beteiligen, 58 machten nur jeweils eine Angabe. Eine Frau und ein Mann kreuzten alles an.



### Zwischenmenschliche Beziehungen

Aufeinander folgten die Fragen „Wie oft treffen Sie Freunde“ und „Wie oft bekommen Sie Freunde?“ Als Antwort standen in beiden Fällen zur Auswahl „Nie“, „weniger als 1mal im Monat“, „1-2mal monatlich“, „fast jede Woche“ und „häufiger.“

Betrachtet man die beiden Fragen im Zusammenhang, so ist deutlich zu erkennen, dass die Befragten in drei Gruppen eingeteilt werden können: die „Einsamen“, die „Durchschnittstypen“ und die „Kontaktfreudigen“.

So geben knapp ein Drittel der Befragten (31%) an fast jede Woche oder häufiger Besuch zu bekommen und mehr als die Hälfte (52%) haben zumindest ab und zu andere Menschen als ihre Familienmitglieder in der Wohnung. 11 sagen, dass sie nie Besuch bekommen und 12 wollten dazu keine Angaben machen.

9 Personen machen zu beiden Fragen keine Angaben. Von den 14, die keine Auskunft erteilen wollen, ob sie Freunde treffen, geben 4 überwiegend an, dass sie nie oder selten Besuch erhalten. Es ist deshalb zu vermuten, dass die „Auskunftsverweigerer“ eher zu den einsamen Menschen gehören.

Regelmäßig Freunde treffen 65 (45%) der Befragten, ab und zu 55 (39%), nur 6 kennen diese Art der Kommunikation nicht. Im Durchschnitt gesehen trifft man sich häufiger, als dass man Besuch bekommt. Insgesamt laden sich kontaktfreudige Menschen auch eher Besuch ein.

Signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind nicht zu erkennen, auch das Alter spielt keine Rolle. Lediglich die Gruppe der unter 25jährigen gibt überdurchschnittlich oft an häufiger Freunde zu treffen. So wie die Alleinerziehenden insgesamt diese Möglichkeit weniger nutzen (können).

Entgegen aller Vermutungen sind allein lebende Menschen nicht weniger kontaktfreudig als solche, die Partner und/oder Kinder haben. Sie laden sich genauso häufig Besuch ein und treffen insgesamt sogar öfter ihre Freunde.

## Teilhabe I: öffentliches Leben

### Besuch von Veranstaltungen

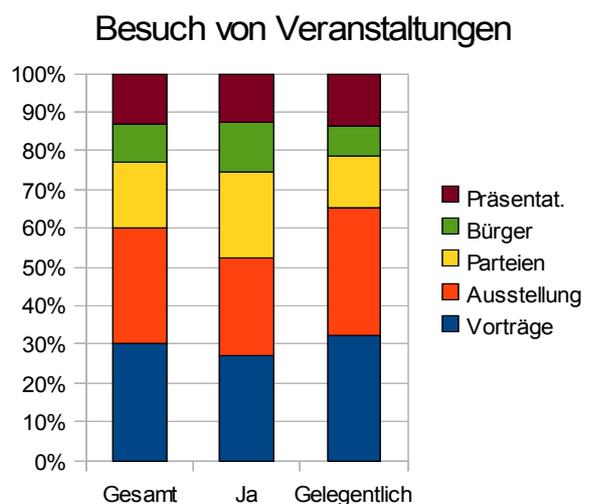
Wie bewegen sich Menschen mit geringem Einkommen im öffentlichen Raum? Immerhin 110 (78%) der Befragten sagten, dass sie zumindest gelegentlich öffentliche Veranstaltungen besuchen. Insgesamt 12 nutzten das Feld „Keine Angabe“ oder kreuzten nichts an.

Die Interessen waren dabei unterschiedlich. Am häufigsten wurden Vorträge und Ausstellungen benannt (jeweils 57mal), danach folgten Veranstaltungen politischer Parteien (32 Nennungen) und öffentliche Präsentationen (25 Nennungen). Noch geringer fiel der Besuch von Bürgerversammlungen aus. Wie zu erwarten, gab es viele Mehrfachnennungen. Es verwundert sicher nicht, dass von den 19 Personen, die angaben zu Bürgerversammlungen zu gehen, auch 12 sagen, dass sie politische Veranstaltungen besuchen.

Es ist sicherlich auch nicht verwunderlich, dass diejenigen, die nur gelegentlich Veranstaltungen besuchen, weniger Dinge benennen als die, zu deren Alltag es gehört. Dabei zeigt sich, dass die Beteiligung am politischen Leben überwiegend von den Aktiven wahrgenommen wird.

Einige der Befragten nutzten die Möglichkeit der freien Aussage: als Veranstaltungen genannt wurden unter anderem Rockkonzerte, Kinderfeste, Buchlesungen, Ballettveranstaltungen und Partys.

Das Interesse zum Beispiel an Vorträgen ist weder vom Geschlecht noch vom Bildungsgrad abhängig, wohl aber vom Alter. Vorträge und Ausstellungen gehören zwar zum Leben von jedem Zweiten der unter 25jährigen. Allerdings hat noch niemand eine Bürgerversammlung besucht, nur einer eine Veranstaltung einer politischen Partei.



## Mitgliedschaft und Aktivität in Vereinen

Auf den Internetseiten der Stadt Jena sind unter der Rubrik „Kulturvereine“ mehr als hundert eingetragene Vereine aufgeführt, wobei das Spektrum von Musik der verschiedensten Art, Tanz und Ballett, Zirkus, über Film, bildende Kunst, Soziokultur, Brauchtum, Karnevalsvereine, Modelleisenbahn, Vereine zur Geschichte bis hin zu den Jugendzentren und Stadtteilbüros reicht.

Darüber hinaus dürfte es eine erhebliche Zahl von eingetragenen Vereinen geben, die nicht aufgeführt sind, da sie ein spezielles Interesse verfolgen, wie etwa Fördervereine von Schulen.

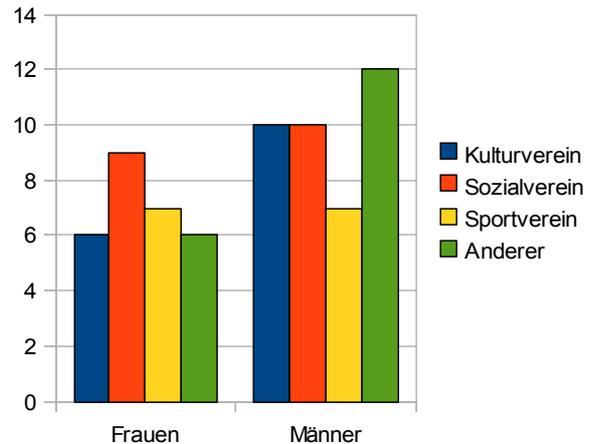
Nicht mit aufgeführt sind die großen Verbände, wobei für die ostdeutsche Stadt Jena traditionell das DRK und die Volkssolidarität von Bedeutung sind, und die überregional tätigen Vereine wie der Naturschutzbund. Hinzu kommen etwa 150 Sportvereine.

Knapp die Hälfte der Befragten gibt an, Mitglied in einem Verein zu sein. Entgegen unserer Erwartungen sind Männer insgesamt aktiver als Frauen, nur im Bereich des Sports nicht.

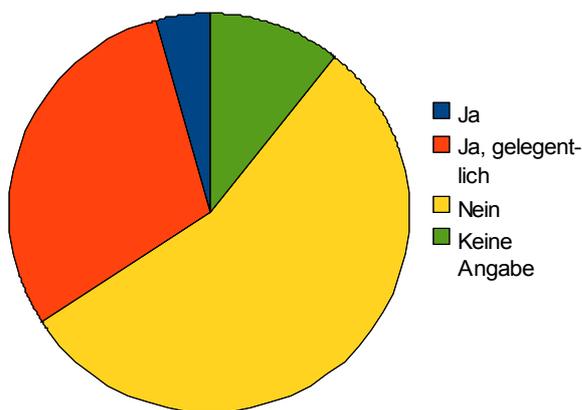
Weniger als ein Drittel sind jedoch in einem Verein aktiv, wobei einige wenige aktiv sind, ohne Mitglied zu sein. Das Ergebnis unserer Befragung entspricht dem vorliegender Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Einkommen und bürgerschaftlichem Engagement.

Betrachtet man die höchste Aktivität („Wie oft sind Sie aktiv? Fast jede Woche oder häufiger“), so sagen dies nur noch 19 der Befragten, wobei diese im Rahmen von Kulturvereinen am weitesten verbreitet ist.

### Mitgliedschaft in Vereinen



### Gehen Sie zum Gottesdienst?



In der Stadt Jena waren im Jahr 2012 ca. 104.500 Einwohner mit Hauptwohnsitz gemeldet. Damit sind seit 2007 etwa 3.000 Menschen hinzugekommen. Nicht verändert hat sich der Anteil der Religionszugehörigkeit: 15% der Jenaer Bevölkerung sind evangelisch, 5% katholisch, 80% sind konfessionslos bzw. machten keine Angaben, könnten also auch einer anderen Religion angehören.<sup>3</sup>

6 Personen (5 Männer und eine Frau) bejahten die Frage, dass sie zum Gottesdienst gehen. Das sind prozentual gesehen deutlich weniger als die in der Stadt gemeldeten Christen. Aber 42 (knapp 30%) sagen, dass sie gelegentlich einen Gottesdienst besuchen. Dabei verteilt

sich das Drittel der gelegentlichen Besucher gleichmäßig auf die Geschlechter und Altersgruppen, lediglich beim Bildungsgrad sind Unterschiede zu erkennen – der gelegentliche Besuch eines Gottesdienstes liegt bei Menschen mit dem niedrigsten Schulabschluss mit 39% über dem Durchschnitt.

3 <http://www.jena.de/statistik/abruf/ot-df.php>

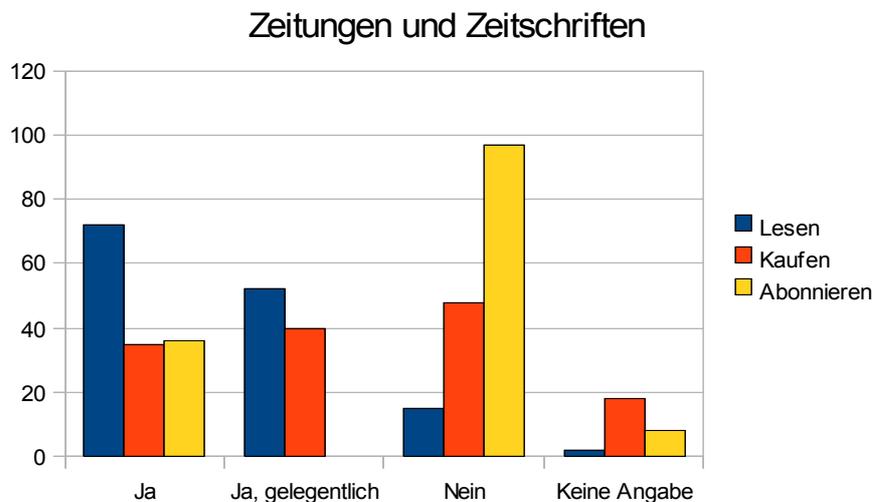
## Teilhabe II: Kultur

### Zeitungen und Zeitschriften

Wir fragten, ob und welche Zeitungen gelesen werden, ob diese auch gekauft oder abonniert werden. Wir vermuteten, dass Zeitungen eher gekauft als abonniert werden, und hier wiederum eher Zeitschriften als Tageszeitungen. Außerdem nahmen wir an, dass jüngere Menschen weniger Zeitungen lesen, da sie sich die Informationen eher aus dem Internet holen, und sich unter den Menschen mit geringem Einkommen viele Bildzeitungsleser finden.

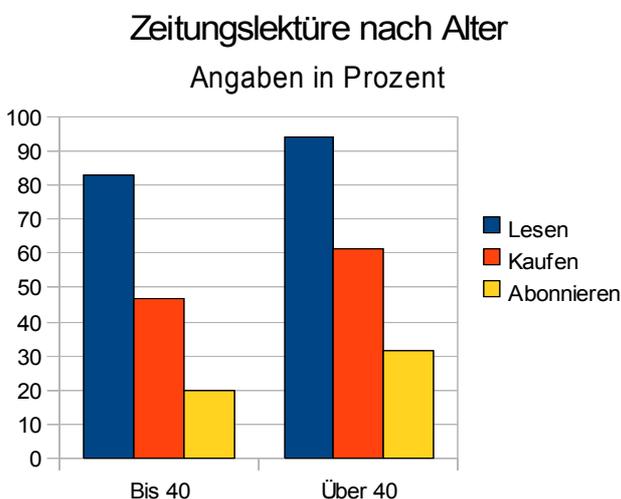
Letzteres bestätigte sich allerdings nicht.

Von den 139 Personen, die die Frage beantworteten, gaben lediglich 15 an, keine Zeitungen oder Zeitschriften zu lesen. Von denen, die lesen, kaufen etwa 60% die Presseerzeugnisse zumindest gelegentlich. Zeitungen oder Zeitschriften abonniert hat aber nur ein Viertel.



Tatsächlich lesen ältere Menschen mehr als jüngere. Das wird besonders deutlich, wenn man die (kleine) Gruppe der über 65jährigen betrachtet. Hier gaben 9 von 9 Befragten an, Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, 7 von ihnen haben ein Abonnement. Bei den über 40jährigen geben 94% an Zeitungen oder Zeitschriften zu lesen, bei den jüngeren sind es noch 83%, bei den unter 25jährigen sind es nur 6 von 10 Befragten. Auch werden weniger Presseerzeugnisse gekauft bzw. abonniert.

Nimmt man als Maßstab nicht das Alter, sondern den Bildungsgrad, so ergibt sich, dass 14 von 73 Facharbeitern und 13 von 25 Akademikern Zeitungen oder Zeitschriften abonniert haben.



90 der Befragten teilen mit, welche Zeitungen bzw. Zeitschriften sie lesen. Am häufigsten genannt werden die kostenlosen Zeitungen (20 mal), hier überwiegend der Allgemeine Anzeiger. Aber auch regionale Zeitungen wie die OTZ (21) und die TLZ (13) interessieren. Die Bildzeitung wird insgesamt nur dreimal benannt. An überregionale Zeitungen werden mehrfach das Neue Deutschland und die Junge Welt genannt, aber auch Die Zeit und die Süddeutsche. Bei den Zeitschriften reicht die Bandbreite von Kicker und Brigitte

über Magazin und Eulenspiegel bis hin zu Focus und Spiegel. Auch Spartenzeitschriften finden sich.

Abonniert werden tatsächlich eher Zeitungen als Zeitschriften.

### Internetnutzung

Die Nutzung des Internets ist aus dem Alltag der Menschen nicht mehr wegzudenken. So gaben 78% aller Befragten an das Internet zu nutzen, jedoch nur 45% verfügen über einen eigenen Interanschluss.

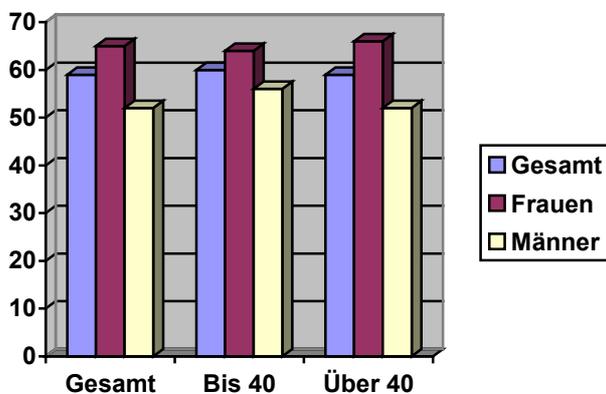
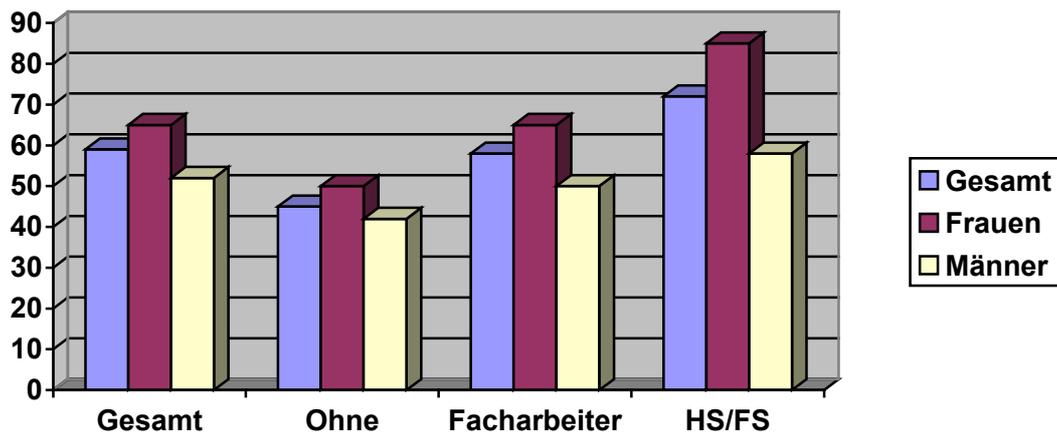
Daher ist es nicht verwunderlich, wenn in der Gruppe der Erwerbslosen 73% angeben, dass sie Internet regelmäßig oder zumindest gelegentlich nutzen, aber nur 41% über einen eigenen Anschluss verfügen.

Erwartungsgemäß ist die Internetnutzung bei über 65jährigen geringer (unter 50%) als bei den unter 25jährigen (90%)

### Lesen

Im Durchschnitt lesen etwa 60 % der Bundesbürger und 10 % sind Nutzer öffentlicher Bibliotheken.

Der Gesamtdurchschnitt der Umfrage ergibt ein ähnliches Bild für das Lesen. Aufgeschlüsselt nach Berufsabschluss ist zu erkennen, dass mit höherem Berufsabschluss der Prozentsatz der Leser steigt und Frauen nicht nur generell mehr lesen als Männer, sondern dass ihr Prozentsatz mit steigendem Abschluss noch mehr zunimmt als der der Männer.



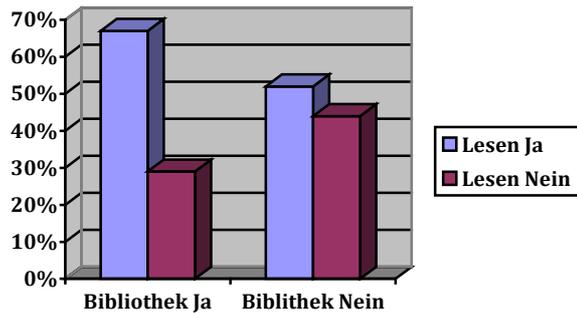
Bei der Betrachtung nach Altersgruppen sind keine signifikanten Unterschiede zu erkennen.

Von den Erwerbslosen und Rentnern lesen ebenso viele wie im Durchschnitt der Bevölkerung.

Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt (ca. 10 %) und dem Jenas (ca. 25 %) sind von den Teilnehmern unserer Umfrage 37 % Bibliotheksnutzer. Allerdings lesen davon nur 67 %.

Das Alter zeigt keinen signifikanten Unterschied beim Anteil der Bibliotheksnutzer, bis 40 Jahre sind es 37%, über 40 Jahre 35%.

Die Beschäftigungssituation liefert da ein anderes Bild, 44% bei den Beschäftigten (wenn man die Minijobber unberücksichtigt lässt sogar 49%) und die Rentner und Erwerbslosen bringen es auf gerade mal 33%. Das ist dann sogar verglichen mit der Allgemeinheit unterdurchschnittlich.



Mehr Fernsehen ist mit einem geringeren Prozentsatz an Lesern verbunden (48 % bei 2-4 Stunden, 33 % bei mehr als 4 Stunden); die bewusste oder nicht bewusste Auswahl von Fernsehsendungen bringt keinen signifikanten Unterschied zutage und liegt ebenfalls im Durchschnitt der lesenden Bevölkerung.

### Theater und Konzert

In der Statistik des Deutschen Bühnenvereins, Spielzeit 2010 / 2011, die wir hier als Vergleich bemühen möchten, wurden bundesweit für alle Veranstaltungen von Theater, Oper, Musical, Schauspiel und Veranstaltungen dieser Sparten inklusive der Kindervorstellungen knapp 20 Mio. Besuche registriert.<sup>4</sup>

Das wären, würde jeder Besucher nur eine Vorstellung besuchen, etwa ein Viertel aller Bundesbürger.

Allerdings gehen viele davon durchaus mehrfach im Jahr ins Theater oder Konzert oder eine ähnliche Veranstaltung, so dass die Zahl der Menschen wohl einige Millionen tiefer liegt.

Und es muss berücksichtigt werden, dass es auch viele freie Theater, Komödien und Musicals gibt, die nicht im Deutschen Bühnenverein registriert sind und trotzdem teilweise hohe Zuschauerzahlen haben.

Natürlich spielt bei der Besuchshäufigkeit der Wohnort eine große Rolle. In der Stadt, besonders in Großstädten, ist das Kulturangebot vielfältiger und die Anfahrtswege eher kurz. Wer dagegen im ländlichen Raum lebt, muss meist eine wesentlich längere Anfahrt in Kauf nehmen und benötigt so auch insgesamt mehr Zeit für einen Theater- oder Konzertbesuch als Menschen im Stadtumfeld.

Die Menschen, die unsere Fragebögen ausfüllten, stammen zum allergrößten Teil aus Jena und Umgebung, so dass wir hier ein Stadtumfeld annehmen können. Außerdem weist Thüringen auch deutschlandweit betrachtet eine hohe Theaterdichte auf.

Jena bietet ein (modernes) Theater, eine Philharmonie und diverse Veranstaltungen im Volkshaus bzw. Volksbad, Konzerte in der Stadtkirche sowie anderen Kirchen und auch die Kulturarena, die unter den hier betrachteten Gesichtspunkten relevant sind.

Des weiteren gibt es in nicht allzu großer Entfernung weitere Spielstätten. Genannt seien hier die Theater in Weimar, Rudolstadt und Erfurt.

Wir wissen, dass sich Gruppen finden, die gemeinsam zu Theatervorstellungen zum Beispiel nach Weimar oder Rudolstadt reisen und damit auch Mitfahrgelegenheiten schaffen.

131 der von uns befragten Personen machten Angaben zur Häufigkeit ihrer Besuche von Theatervorstellungen und / oder Konzerten.

Die Anzahl der Frauen mit 68 Personen und der Männer mit 63 Personen halten sich dabei die Waage.

<sup>4</sup> Quelle: theaterstatistik1011\_kap12\_summentabellen.pdf

Ausgehend von diesen Zahlen gaben 52 Personen an, nie ein Theater oder Konzert zu besuchen, das sind knapp 40%. So haben wir einen Anteil von 60%, die zumindest einmal im Jahr eine solche Kulturveranstaltung aufsuchen.

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe bei den Frauen mit insgesamt 33 Antworten ist die Altersklasse zwischen 40 und 65 Jahren. 12 geben an, nie ins Theater oder Konzert zu gehen, 9 sagen bis zu einem Mal pro Jahr. 7 Frauen aus dieser Gruppe gehen sogar 2 bis 4 mal im Jahr zu einer solchen Veranstaltung, 3 noch häufiger. 2 machten keine Angabe.

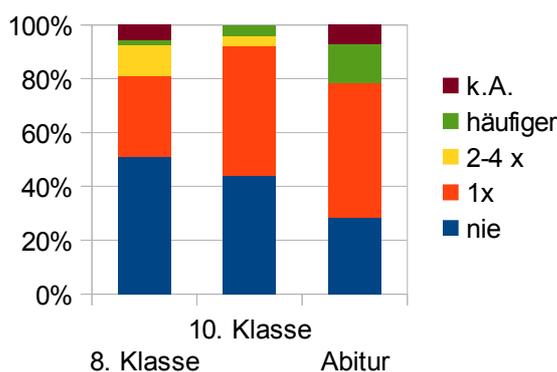
Bei den Männern ist die Altersgruppe zwischen 20 und 45 Jahren die größte. Hier zählten wir 32 Antworten. 15 besuchen nie ein Theater oder Konzert, 11 aber wenigstens einmal. 2 gehen 2 bis 4 mal pro Jahr ins Theater, ebenfalls 2 sogar häufiger. 2 machten keine Angabe.

Bei den Altersgruppen der Frauen zwischen 25-40 bzw. den Männern zwischen 45-60 Jahren gibt es auch keine großen Unterschiede. Die Mehrzahl von 66 % der Frauen und 56 % der Männer in diesen Altersstufen besuchen mindestens einmal im Jahr eine Theaterveranstaltung.

Wenn man im Vergleich dazu sieht, dass 54 % der Menschen deutschlandweit angibt, nie ins Theater zu gehen und 32 % nur „selten“, was weniger als einmal pro Jahr entspricht, lesen sich unsere Ergebnisse erfreulich.<sup>5</sup>

Die These, dass Theaterbesuche vom Bildungsgrad abhängig sind, sprich: höherer Abschluss = mehr Theaterbesuche, bestätigte sich teilweise. Interessant ist dabei, dass es die größeren Unterschiede hierbei nicht beim Berufs- sondern beim Schulabschluss gibt.

### Theaterbesuch nach Schulabschluss



Mit höherem Schulabschluss nimmt die Häufigkeit der Theaterbesuche zu. Menschen mit Abitur gehen am häufigsten ins Theater.

Dagegen ist der Unterschied, betrachtet man den Berufsabschluss, nicht so groß. Diejenigen, die angaben, keinen Berufsabschluss zu haben, gehen zahlenmäßig am wenigsten ins Theater. Bei den Befragten mit Fachschulabschluss bzw. Fachhochschul-/Universitätsabschluss findet sich die Mehrheit bei den Theatergängern.

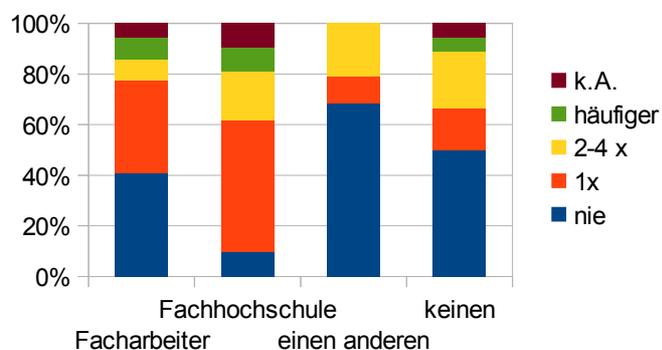
Woran könnte das liegen?

Eine Möglichkeit ist, auch angesichts der Tatsache, dass mehr ältere als jüngere Menschen ins Theater gehen, dass es in der DDR Theaterbesuche von Seiten der Schule oder des Betriebes gab. Für die Menschen gehörte Theater zum kulturellen Leben selbstverständlicher dazu als heute. Vielleicht führt man diese Gewohnheit leichter fort, weil die Hemmschwelle des Unbekannten nicht überwunden werden muss.

Natürlich war der Theaterbesuch zu DDR-Zeiten auch finanziell erschwinglich, was heute oft nicht mehr so ist.

In Westdeutschland gab es seit den siebziger Jahren einen Wandel vom eher bürgerlich-konservativen zum auch an jüngeren Leuten und Arbeitern interessierten Theater. Das

### Theaterbesuch nach Berufsabschluss



<sup>5</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/174364/umfrage/haeufigkeit-des-besuchens-von-theatern-etc-in-der-freizeit/>

Theater stellte sich auf die Interessen des „neuen“ Publikums ein.

Das Jenaer Theater der Gegenwart ist eher als moderne Spielstätte bekannt. Die Zielgruppe sind mehr junge Leute und Studenten, was nicht heißen soll, dass Ältere das Theater meiden. Aber es ist doch ein Trend zu erkennen, der Jüngere eher zu „unkonventionellerer“ Kunst zieht, Ältere dagegen zu bekanntem wie Konzerte der Philharmonie.

Jena-eigen ist die Kulturarena. Sie findet breite Akzeptanz und Zustimmung in der gesamten Bevölkerung – spätestens hier treffen sich Menschen aller Alters- und Bildungsklassen und genießen und erleben Kunst gemeinsam.

### Kinobesuch

Das Kino erfreut sich großer Beliebtheit. Besonders junge Leute finden einen Kinobesuch unterhaltsam.

In Deutschland gab es 2010 1.714 Filmtheater<sup>6</sup>, dabei ist die Quote leicht rückläufig. Es trifft oft kleine Programmkinos, die sich der übermächtigen Konkurrenz der großen Multiplex-Kinos mit vielen Sälen und modernster Technik beugen müssen. Allerdings geht auch die Gesamtzahl der Leinwände zurück.

Im Jahr 2010 gab es 126,6 Mio. Kinobesuche in Deutschland.<sup>7</sup>

Laut einer Kinostatistik von 2011 gehen 1,41 Mio. Menschen zwischen 14 und 29 Jahren mindestens einmal pro Woche deutschlandweit ins Kino.<sup>8</sup> Die Altersgruppe der Menschen bis 29 Jahre macht mit 55 % den Hauptanteil der Kinobesucher aus.<sup>9</sup>

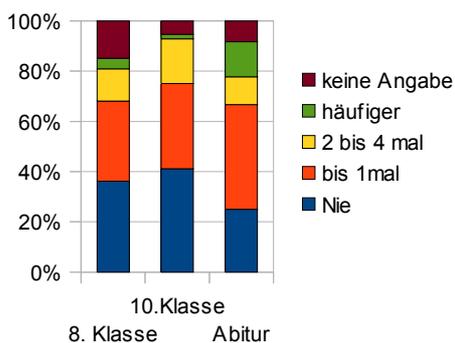
Dabei werden ca. 90% der 14-19 Jährigen angesprochen, bei den 20-29 Jährigen sind es ca. 76 % und bei den 30-39 Jährigen auch noch 50%.<sup>10</sup>

Über 90 % suchen dabei vor allem Entspannung und Unterhaltung, fast alle gehen dabei ganz gezielt in einen bestimmten Film.<sup>11</sup>

Menschen mit höherem Bildungsabschluss gehen laut Statistik häufiger ins Kino.<sup>12</sup>

Auch in unserer Befragung gehen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen häufiger ins Kino als Menschen mit Real- oder Hauptschulabschluss. Das lässt sich auch auf die jeweiligen Berufsabschlüsse übertragen.

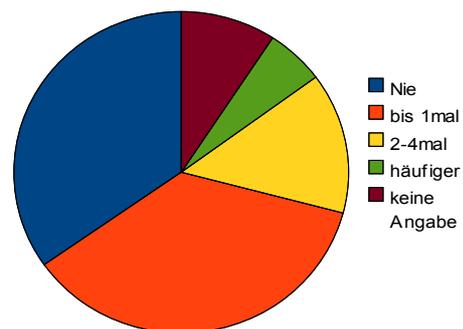
### Kinobesuch nach Schulabschluss



Betrachtet man das Haushaltsnettoeinkommen, wobei hier aber die Zahl der im Haushalt lebenden Personen nicht berücksichtigt wurde, finden sich die größten Besucherzahlen bei einem Nettoeinkommen von mehr als 4000 €, gefolgt von der Einkommensgruppe zwischen 2.000 – 2.500 €.<sup>13</sup>

Von den Menschen mit weniger als 500 € netto pro Monat zur Verfügung gehen nur ca. 1% ins Kino, stehen ihnen 1000 € im Monat zur Verfügung, steigt der Prozentsatz aber schon auf 5%.<sup>14</sup>

Wie oft gehen Sie ins Kino?



7 Ebenda, S. 23.

8 Ebenda, S. 2.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

11 Ebenda, S. 19.

12 Ebenda, S. 3

13 Ebenda, S. 12.

14 Ebenda.

Betrachten wir uns unter Beachtung dieser Zahlen unsere Befragung zum Thema Kinobesuch. Von 141 Befragten geben 79 an, wenigstens einmal pro Jahr ins Kino zu gehen, das sind 56 % und damit die Mehrheit. Trotzdem ist der Anteil derer, die nicht ins Kino gehen, mit 49 Angaben und fast 35 % nicht niedrig.

Familien mit Kindern gehen häufiger ins Kino als Menschen ohne Kinder. Kino wird dabei als gute Unterhaltungsmöglichkeit für die ganze Familie angesehen. Außerdem bieten viele Kinos Kindervorstellungen vormittags oder nachmittags zu günstigeren Preisen als bei normalen Abendvorstellungen an. Nicht zuletzt verstehen es heute viele Kinderfilme, auch für Erwachsene ansprechend zu sein.

Warum gehen mehr Menschen ins Kino als ins Theater?

Darüber haben wir auch diskutiert und eine Anzahl von möglichen Gründen gefunden. Einige davon seien hier genannt.

Kino ist ungezwungener als Theater.

Für viele verbindet sich mit dem Theaterbesuch, gut gekleidet zu sein. Während der Vorstellung sollte man sich auch möglichst leise verhalten. Damit besteht für viele eine größere Hemmschwelle beim Theater, selbst wenn es heute durchaus in Ordnung ist, auch leger gekleidet ins Theater zu gehen. Doch die ungeschriebenen Verhaltensregeln im Theater verunsichern die, die das nicht kennen.

Im Kino darf man natürlich auch nicht alles.

Aber für's Kino muss man sich nicht schick machen.

Man darf auch während der Vorstellung essen und trinken. 90% der Kinobesucher suchen gezielt Entspannung und Unterhaltung, was oft mit einem „leichteren Kulturgenuss“ verbunden wird als der Theaterbesuch.

An das Theater wird man meist durch die Familie herangeführt, sonst geht man später eher nicht hin.

Die meisten heutigen Theaterbesucher haben das Theater durch ihre Eltern und Familien kennen gelernt. Damit erfahren sie quasi nebenbei, wie man sich im Theater verhält, sie kennen den Ablauf und bauen keine Hemmschwelle auf. Wenn das Theater sie anspricht, kommen sie auch künftig. Dabei spielen gesellschaftlicher und Bildungsstand des Elternhauses bzw. der Familie sicher auch eine Rolle.

Dazu kommt, dass zu DDR-Zeiten mindestens ein Theaterbesuch mit der Schulklasse Usus war. So konnte man schon im jüngeren Alter selbst erleben und erfahren, wie das im Theater „funktioniert“.

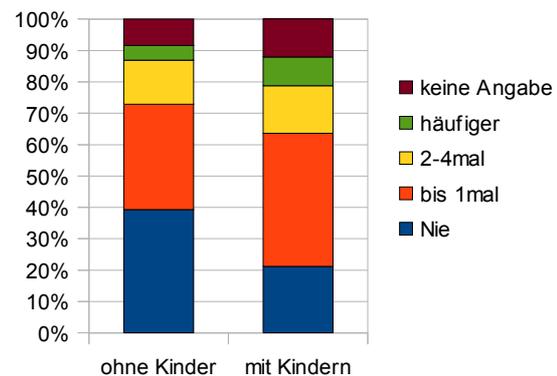
Für andere, die vielleicht erst als Erwachsene zum ersten Mal ein Theater besuchen, ist die oben erwähnte Hemmschwelle durch eigene Unsicherheiten oft höher. Hier ist es entscheidend, dass diese Menschen mit dem Theaterbesuch ein positives Erlebnis verbinden, damit sie weiterhin kommen.

Kino kostet weniger als Theater.

Dazu möchte man heute fast „jein“ sagen. Eine Theaterkarte ist meistens teurer als eine Kinokarte, aber es gibt Sonderangebote. Kinokarten sind mit einem durchschnittlichen Preis von 10-12 Euro für eine Abendvorstellung auch kein Schnäppchen mehr.

Allerdings muss man zum Theater meistens einen längeren Anfahrtsweg mit berechnen. Denn ein Theater gibt es nicht in jeder Stadt und die Theater haben alle unterschiedliche Programme

Kinobesuch nach Familienstand



und Schwerpunkte. Natürlich gibt es nicht in jeder Stadt ein Kino, trotzdem sind diese zahlenmäßig mehr vertreten als die Theater.

Theater ist unmittelbar.

Hier stehen die handelnden Personen und ihre Dialoge im Vordergrund. Es agieren „echte Menschen“ auf der Bühne. Das Publikum ist quasi näher dran am Geschehen. Das Verfolgen der Gespräche auf der Bühne erfordert Konzentration.

Im Kino steht zunächst der visuelle Reiz im Vordergrund. Die Bildersprache des Filmes erleichtert das Verfolgen der Handlung. Dadurch, dass das Gesehene nicht auf einer Bühne „live“ vor einem abläuft, entsteht eine Distanz, in der sich viele wohler fühlen als in der Unmittelbarkeit der Theateraufführung.

Natürlich gibt es auch Filme, die eine hohe Konzentration des Zuschauers erfordern. Arthouse-Kino und Autorenfilme sind meist für ein bestimmtes Publikum konzipiert, die willens sind, sich einen Film sehr konzentriert und aufmerksam anzuschauen.

Kino und Theater konkurrieren aber nicht nur, sondern können sich auch positiv gegenseitig beeinflussen.

Viele Besucher fasziniert beim Kinobesuch die Technik: die großen Leinwand, 3D-Bild, Surround-Sound – das alles ist im Kino trotz DVD und Blu-ray zu Hause immer noch beeindruckender.

Doch auch das Theater arbeitet heute mit viel moderner Technik. Ganz besonders seien hier die oft sehr aufwendigen Musical-Produktionen genannt, für die zum Teil sogar ein eigenes Gebäude errichtet wird.

Des Weiteren ist das Theater sogar Vorbild für das Kino. Immer wieder werden klassische Theaterstücke verfilmt. Der Erfolg dieser Filme bewegt dabei oft auch junge Leute, die sonst eher nicht zu den Theaterbesuchern zählen, sich sowohl mit dem klassischen Stoff zu befassen, als auch selbst ins Theater zu gehen.

## Nachbetrachtung

Welche Erkenntnisse haben wir aus unserem Projekt gewonnen? Was können wir über die Teilhabe der Menschen mit Hartz IV-Bezug in unserer Stadt sagen?

Einige unserer Erkenntnisse seien nun hier genannt. Vielleicht haben Sie aus der Lektüre auch selbst den einen oder anderen Schluss gezogen.

### **1. Gefährdet oder betroffen können Menschen verschiedener gesellschaftlicher Schichten sein.**

Die Vorstellung, Hartz IV-Empfänger seien zum allergrößten Teil Menschen, die keine abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung haben, ungelernete Arbeitskräfte sind oder aus schwierigen sozialen Verhältnissen stammen, ist falsch.

Die von uns über unsere Fragebögen befragten Menschen gehören zu den unteren gesellschaftlichen Schichten in unserem Land. Zumindest befinden sie sich momentan dort. Zum Teil sind ungelernete Arbeitskräfte dabei, aber genauso langjährig Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung, Menschen mit Hochschul- und Universitätsabschlüssen und entsprechender Berufserfahrung, Alleinerziehende, Familien, Studenten, Rentner, Teilzeitbeschäftigte...

Die Menschen sind zum Teil hochqualifiziert, aber das hat für sie heute keine Bedeutung mehr. Eine Qualifikation hat mit Wissen zu tun. Dieses kann einem niemand nehmen. Durch gesellschaftliche Veränderungen ändern sich auch die beruflichen Anforderungen, zum Beispiel durch Automatisierungstechnologien in Industrie und Handwerk. Fehlplanungen oder Fehlinvestitionen und daraus resultierende Fehlentwicklungen tun das ebenso. Arbeitgeber lehnen Arbeitskräfte zum Teil ab, wenn sie keine Erfahrungen auf den gewünschten Gebieten haben, wobei oft übersehen wird, dass man solche Erfahrungen nur durch die Praxis bekommt. Doch das Anlernen ist für einige Arbeitgeber zu zeitaufwändig.

Das wiederum führt für die Betroffenen zu Frust und der Erkenntnis: die wollen mich nicht. Daraufhin wenden sich einige Menschen auch Gegenprojektionen zu. Das bedeutet, dass sie sich resigniert zurückziehen, sich bewusst verweigern und sich eine eigene Realität schaffen. Zum Beispiel sagen einige „Arbeit ist total doof, das will ich gar nicht.“ In Wirklichkeit ist es aber ihr sehnlichster Wunsch, wieder einen Job zu bekommen. Doch aus ihrer Resignation und zum Selbstschutz argumentieren sie auf diese Weise.

Für eine Stelle überqualifizierte Arbeitskräfte werden oft nicht eingestellt, selbst dann nicht, wenn sie mit der geringeren Lohnzahlung gegenüber der ihrer Qualifikation entsprechenden einverstanden sind. Oder man sagt ihnen, sie seien zu alt. Mögliche Ursachen können auch Angst der Arbeitgeber vor geistiger Überlegenheit bzw. höherer Intelligenz der Menschen sein, die diese zu potenziellen Unruhestiftern macht.

Menschen mit universitärer Bildung haben es oft schwer dadurch, dass universitäre Ausbildung zum großen Teil nicht marktorientiert und oft praxisfern ist. Zusätzlich machen sich viele Studierende bei der Auswahl ihres Studienfachs kaum Gedanken über ihre späteren Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

### **2. Die Betroffenen versuchen, ihre gewohnte Lebensweise soweit wie möglich aufrecht zu erhalten.**

Auch mit weniger Geld, welches ihnen zur Verfügung steht, versuchen die Menschen so weiter zu leben wie bisher. Sie schränken sich in Dingen ein, die für sie weniger Relevanz haben und bemühen sich, Geld für Dinge zu haben, die für sie bedeutsam sind – sofern diese finanzielle Mittel erfordern.

Einschränkungen sind Prozesserfahrungen. Man versucht, seinen bisher gewohnten Lebensstil so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Der Abstieg erfolgt allmählich und stufenweise. Irgendwann lässt sich ein Level nicht mehr halten. Doch auch die nächst tiefere Stufe wird so

lange versucht aufrecht zu erhalten, bis es gar nicht mehr geht. Man wehrt sich sozusagen mit Händen und Füßen gegen den sozialen Abstieg. Dazu gehören auch Noterfahrungen, wenn auf einmal wirklich am Ende des Geldes noch Tage vom Monat übrig sind und man sich das Essen für diese Tage nicht kaufen kann.

### **3. Die psychischen Folgen des sozialen Abstiegs sind schwerwiegend.**

Die Erfahrung des allmählichen sozialen Abstiegs, tatsächlich und gefühlt, mit all seinen Konsequenzen ist für alle Betroffenen schlimm.

Dazu kommt das Gefühl, sich immer mehr von seiner Position in der Gesellschaft zu entfernen, oder von der Position, die man innezuhaben meint oder meint, dass sie einem zusteht.

Die Menschen haben Angst, als Versager zu gelten, beschuldigen sich selbst, werten sich ab und empfinden ihre Arbeitslosigkeit als Makel. Der Ansehensverlust seitens der Gesellschaft ist für viele das Schlimmste. Jeder, der arbeitet, egal ob er von diesem Geld leben kann oder nicht, wie klein die Beschäftigung auch immer ist, ist besser angesehen als der, der nicht arbeitet. Dabei wird in keiner Weise reflektiert, wie er in diese Situation geraten ist.

Das bedrückende Szenario ist aber hier noch nicht zu Ende. Einige Menschen, die nach Arbeitslosigkeit wieder ins Berufsleben einsteigen, werten ihrerseits die anderen Arbeitslosen ab. Als versuchten sie, sich von diesem „Makel“ selbst reinzuwaschen und alles daran zu setzen, dass die Gesellschaft weiß, man gehört keinesfalls zu „denen da“, die nicht arbeiten.

Was folgt daraus? Eine weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft. Jeder für sich ist viel schwächer als eine geballte Menge. Doch Wirtschaft und Politik sind in keiner Weise an einer Solidarisierung und gegenseitigen Unterstützung der Menschen interessiert.

### **4. Der Irrtum der Regierung – Hartz IV und Arbeitslosigkeit sind leider oft Dauerzustand.**

Dass Hartz IV-Empfänger so wenig Geld erhalten, dass sie ihr eigenes Vermögen zunächst bis auf einen kleinen Grundstock aufbrauchen müssen und dass sie sich so vielen Restriktionen gegenüber sehen, wird von vielen Parteien oft damit begründet, dass es sich um einen vorübergehenden Zustand handelt und die Menschen einen Anreiz haben sollen, sich um Arbeit zu bemühen. Wir erinnern uns an das Motto „Fordern und Fördern“ der Agenda 2010 unter dem damaligen Bundeskanzler Schröder.

Leider hat es sich gezeigt, dass in vielen Teilen unseres Landes und für viele Menschen Hartz IV kein vorübergehender Zustand ist. Sie müssen sich dauerhaft damit einrichten. Das Arbeitsamt vermittelt vielen Menschen schon lange kaum noch Stellenangebote, sondern ist überwiegend Datenverwaltung, wie die Menschen bitter berichten. Jobangebote, sofern es sie gibt, sind für viele mit Bedingungen verknüpft, die sie nicht erfüllen können.

Meinungen wie „Denen geht's noch nicht schlecht genug.“, „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit.“, „Die faulzen und liegen uns auf der Tasche.“ kennen wir alle. Macht man sich die Mühe, sich Einzelfälle anzusehen, stellt man allerdings fest, dass das Nichtannehmen eines Jobangebots in den allermeisten Fällen nichts mit Unwilligkeit des Arbeitssuchenden zu tun hat.

Trotz Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes können sich die Menschen durch Inflation, Teuerung, gestiegene Energiekosten und Nichtangleichung an die Preissteigerung immer weniger leisten.

Den Betroffenen so real gesehen immer weniger Geld zur Verfügung zu stellen, kann auch nicht die Lösung sein. Vielmehr sollte man – unserer Meinung nach – den Menschen so viel Unterstützung wie möglich zukommen lassen, damit sie, die unfreiwillig und zum allergrößten Teil unverschuldet in diese Situation gekommen sind und damit oft viele Jahre leben müssen, ein würdiges Leben innerhalb der Gesellschaft führen können und nicht an deren Rand.

**5. Wenn wir einschätzen wollen, wie sehr die betroffenen Menschen noch am gesellschaftlichen Leben teilhaben, können wir uns dabei nicht nur auf die Teilhabe an Kunst und Kultur beschränken.**

Ursprünglich gingen wir davon aus, dass sich die von uns vermutete verminderte Teilhabemöglichkeit der Hartz IV-Betroffenen am gesellschaftlichen Leben am besten durch die Betrachtung des Kunst- und Kulturkonsums dieser Menschen verdeutlichen lässt. Das ist aber nicht der Fall.

Verglichen mit einer deutschlandweiten Statistik ergaben unsere Fragebögen, dass die Menschen hier vergleichsweise sogar häufiger ins Theater bzw. Konzert und ähnliche Veranstaltungen gehen. Das mag zum Teil auch mit der guten Kulturlandschaft in und um Jena zu tun haben (Philharmonie, Theater zum Beispiel in Weimar und Rudolstadt). Es ließ sich aber feststellen, dass die Menschen, die durch ihre Erziehung oder ihre Familien mit Besuchen solcher Kulturveranstaltungen vertraut sind, dies soweit wie möglich fortsetzen, auch wenn ihnen weniger Geld zur Verfügung steht. Es ist etwas, dem sie Bedeutung beimessen und auf das sie ungerne verzichten. Angebote der Veranstalter, die der knapperen finanziellen Situation der Betroffenen entgegen kommen (zum Beispiel freier Eintritt für Kulturpassinhaber, kostenloser oder stark verbilligter Eintritt in diversen Veranstaltungshäusern) begrüßen wir in diesem Zusammenhang ausdrücklich.

**6. Mit Hartz IV werden die Menschen ganz bewusst an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Ein Leben inmitten der Gesellschaft wird den Betroffenen verweigert.**

Die Bedingungen unter Hartz IV sind alles andere als komfortabel. Das war von der Regierung auch so geplant. Niemand sollte sich unter diesen Umständen wohl fühlen, sondern man sollte selbst so schnell wie möglich diesem Zustand entkommen wollen und damit selbst aktiv auf Arbeitssuche gehen.

Unter den heutigen Umständen ist Hartz IV für viele allerdings Dauerzustand, obwohl sie alles dafür getan haben und tun, dass es nicht so ist. Kann man wirklich von 382 € im Monat leben? Es gibt eine Reihe von Menschen, die das als Selbstversuch ausprobiert haben und viele von ihnen meinen, dass sei gar nicht so schlimm, man muss sich eben ein bisschen einschränken, im Prinzip aber alles kein Problem. Dabei vergessen sie, dass man von diesem Geld nicht nur die Ernährung sicherstellen muss. Es kommen Kosten dazu, die nicht jeden Monat anfallen, die aber auch gedeckt werden müssen. Kleidung, Schuhe, Möbel, Schulmaterial und so weiter. Für vieles gibt es Zuschüsse, doch schon bei der komplizierten Beantragung geben einige Betroffene resigniert auf. Ämter sind angehalten, so wenig wie möglich zu bewilligen. Die Kraft für einen Anwalt fehlt den meisten, einen geeigneten Fachanwalt zu finden, ist oft nicht einfach.

**7. Der Hartz IV-Regelsatz wurde an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei berechnet.**

Vom aktuellen Hartz IV-Satz sind pro Monat 127 € für Essen und Getränke vorgesehen, 25 € für Möbel und Haushaltsgegenstände, 8 € für Gaststättenbesuche. Diese 8 € zum Beispiel bedeuten auch nicht, dass der Betroffene dafür ruhig in ein Restaurant gehen soll. Vielmehr ist dieser Betrag das Äquivalent zu einem Gaststättenbesuch. Das bedeutet: ich kann mir zu Hause ein Essen für 8 € zubereiten, welches ich in der Gaststätte für einen höheren Betrag bekommen hätte. Denn für Hartz IV-Empfänger ist ein Restaurantbesuch nicht vorgesehen. 34 € für Kleidung inklusive Schuhe, für Gesundheitspflege, also Hygiene und Kosmetik 13 €. Für Bildung 0 €. Kosten für Haustiere? 0 €.<sup>1</sup>

Dabei ist zum Beispiel die gefühlsmäßige Bindung zum eigenen Haustier für die Allermeisten so stark, dass sie sich von ihrem Tier auch in finanzieller Not nicht trennen möchten. Obwohl sie für ihre Tiere im derzeitigen Hartz IV-Regelsatz kein Geld haben, sparen die Menschen lieber bei sich selbst und kratzen das Geld für Futter und Tierarztkosten irgendwie zusammen.

---

<sup>1</sup> <http://www.sozialhilfe24.de/hartz-iv-4-alg-ii-2/regelsatz.html>

Mal ehrlich – kann man so jahrelang leben und sich inmitten der Gesellschaft fühlen? Können Sie das?

### **8. Unsere Überflusgesellschaft funktioniert (noch) und will sich nicht ändern.**

Wir Deutschen tun uns schwer, aktiv für soziale Gerechtigkeit oder andere Dinge, die uns wichtig sind, einzutreten. Wir sind ziemlich gut im Meckern, auf die Straße gehen aber die wenigsten. Viele schauen neidisch auf Nachbarländer wie Frankreich, wo sich schnell ganze Massen von Menschen zu Protesten zusammen finden und gemeinsam erleben können, wie ihren Forderungen Gehör geschenkt wird.

Schaut man sich bei wikipedia das Stichwort „Wirtschaftssektor“ an, sieht man, dass nur circa 26 %, also ein gutes Viertel unserer Bevölkerung in produktiven Gewerben arbeiten.<sup>2</sup> Das umfasst die sogenannte Urproduktion (Ernte, Fischfang, Jagd, Forstwirtschaft, Schlachtung und Wasserkraft)<sup>3</sup>, des Weiteren den industriellen Sektor mit Industrie, Handwerk, Energie, Wasserversorgung und Bau.<sup>4</sup> Dagegen sind heute fast 75 % der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig.<sup>5</sup> Wir können es uns leisten, viele Güter zu importieren, weil das billiger ist, als sie selbst herzustellen. Unternehmen verlagern sich ins Ausland, weil sie dort geringere Kosten zu bestreiten haben. Zusätzlich wird durch immer höhere Automatisierung und bessere Technologien die Zahl der möglichen Arbeitsplätze immer weiter beschränkt.

Arbeit hat in unserer Gesellschaft aber einen sehr hohen Stellenwert und oft werden Menschen, die nicht arbeiten, mit einem abwertenden Stempel versehen.

Wir leben im System der sozialen Marktwirtschaft. Diese definiert sich als „...gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, 'auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden.“<sup>6</sup> Dabei wird der Definition angefügt: „Der Begriff ist interpretationsbedürftig... und wird wegen seiner Vieldeutigkeit zuweilen auch als politisches Schlagwort angesehen“<sup>7</sup>

Das umreißt in gewisser Weise das Problem: jeder interpretiert den Begriff anders. Wenn wir die Wirtschaft der großen Unternehmen vor und nach dem 2. Weltkrieg betrachten, sehen wir, dass die Arbeitgeber einiges für ihre Arbeitnehmer taten. Sie betrieben sozialen Wohnungsbau für ihre Angestellten, bauten Krankenhäuser für sie oder Kindertagesstätten. (Beispiel: Siemens) Oder sie spendeten Geld oder ein Gebäude für die Bevölkerung (Beispiel: Volkshaus Jena, gestiftet von Ernst Abbe). Sie taten das mitnichten aus purer Menschenfreundlichkeit, sondern weil sie wussten, dass zufriedene Arbeitnehmer zu ihrem Unternehmen stehen, auch in schlechten Zeiten. Heute macht kaum noch ein großer Arbeitgeber so etwas. Es sei denn, es ist hoch werbewirksam für ihn und er zieht einen wirtschaftlichen Nutzen daraus (Beispiel: Fußballstadien, benannt nach ihren Finanziers).

Unsere Politiker sprechen davon, dass wir in einer Wachstumsgesellschaft leben. Dabei übersehen sie, dass keine Gesellschaft unendlich wachsen kann – irgendwann kollabiert sie. Trotzdem zählt in der Wirtschaft nach wie vor das schnelle Geld. Quartalsbilanzen sind wichtiger als vorausschauendes Handeln, macht eine Firma weniger Gewinn als vorher, wird das schon als bedenklich hingestellt.

Das große Problem ist: unsere Politik ist der Wirtschaft hörig. Statt regulierend und bestimmend einzugreifen, wozu sie durchaus berechtigt und fähig ist, unterstützt sie das Gebaren der Wirtschaft. Beispiel: Aufstocker. Der Staat bezahlt aus Steuergeldern Geld an Menschen, welches diese eigentlich als Lohn von ihren Arbeitgebern erhalten müssten. Das ist Lohndumping zum Vorteil der Wirtschaft auf Kosten des Steuerzahlers und damit der Gesellschaft.

---

<sup>2</sup> wikipedia.org/wiki/Wirtschaftssektor, Stand 27. August 2013 um 09:03 Uhr.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> wikipedia.org/wiki/Soziale\_Marktwirtschaft.

<sup>7</sup> Ebenda.

Ohne eine Umstrukturierung des gesellschaftlichen Systems wird sich nicht viel ändern. Jeder möchte das Niveau, das er erreicht hat, festhalten. Wir sind gern dabei, Leute, die reich sind, vermögend oder zumindest wohlhabender als wir, zur Kasse zu bitten. Sollen die doch was abgeben! Betrifft es uns ganz persönlich, wehren wir uns mit aller Kraft dagegen. Wir wollen dazu gehören, nicht ausgegrenzt werden. Und wenn wir auf einmal weniger haben als vorher, sind wir vermeintlich dem Abgrund einen Schritt näher gekommen. Das gehört auch zum Wesen des Menschen. Trotzdem sollte uns bewusst sein, dass es ohne Verzicht und ohne grundlegende Veränderung nur noch eine begrenzte Zeit sozialen Frieden geben wird.

# Literatur

Ames, Anne: Hartz IV in Baden-Württemberg. Die Erfahrungen der Betroffenen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB II. Eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, 2008.

Der Dritte Arbeitsmarkt: Konzepte, Ziele und Folgen. Hrsg. vom Aktionsgemeinschaft Nürnberger Arbeitsloser, Nürnberg 2007.

Bartelheimer, Peter: Verwirklichungschancen als Maßstab regionaler Armutsbekämpfung. Beitrag zur Veranstaltung Armut und soziale Teilhabe unter räumlicher Perspektive. Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Universität Duisburg-Essen, MAGS NRW Essen, 30. Juni 2008

Bartelheimer, Peter: Teilhabe als Politikziel – ein soziologischer Beipackzettel. Der Begriff der Teilhabe. Grundlagen und Handlungsperspektiven. 3. Fachgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung, 28. Februar 2007, Berlin

Buestrich, Michael: Ein dritter Arbeitsmarkt – Wozu?, Zweiter Arbeitsmarkt Band 9, LIT-Verlag Dr. W. Hopf Berlin 2008

Engels, Dietrich: Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. Köln 2004

Engels, Dietrich: Gestaltung von Politik und Gesellschaft. Armut und Reichtum an Teilhabechancen. Gutachten zur Vorbereitung des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes. Köln 2007

Farin-Glattacker, Erik: Was ist Teilhabeforschung? Vorstellung eines Diskussionspapiers der DVfR und der DGRW, Freiburg 2011.

Fossgreen, Kirstin: Von Fürsorge zu Teilhabe. Teilhabe im Kontext von Reha und Behindertenorganisationen. (SGB IX) Eine Erörterung. In: <http://www.fdst.de/aktuellesundpresse/imgespraech/wasbedeuteteigentlicheilhabeb/>

Fuchs, Max: Ausgrenzung – auch eine Frage der Kulturpolitik? In: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 130 III/2010; S. 37-41.

Fuchs, Max, „Menschenrechte in Deutschland am Beispiel kultureller Teilhabe, Vortrag 2010

Göhring-Lange, Gabriele: Selbstbestimmte Teilhabe. Von der Theorie zur Umsetzung in der Praxis. Lambertus-Verlag: Freiburg 2011.

Höft-Dzemski, Reiner: Hartz IV - was bleibt da für gesellschaftliche Teilhabe noch übrig?“ Vortrag auf der Konferenz „Armut und soziale Teilhabe“ an der Hochschule RheinMain Wiesbaden, Oktober 2010

Kirchenamt der EKD (Hrsg.) : Gerechte Teilhabe Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Juli 2006.

Kronauer, Martin: Massenarbeitslosigkeit – gesellschaftliche Spaltungen und Massenarbeitslosigkeit und Ausschlüsse. In: SOFI-Mitteilungen, 28 /2000, S. 113-121.

Kronauer, Martin: .: Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart . In: M. Kronauer (Hg.): Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart. Bielefeld 2010, S. 24 – 58.

Kronauer, Martin: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankf./Main: Campus 2010.

Kühne, Stefan: Bildungsverhalten, individuelle Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe – Ein Überblick. 22. Kongress der DGfE, 15.-17. März 2010

Lenze, Anne: „Hartz IV Regelsätze und gesellschaftliche Teilhabe“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2010

Lorenz, Stephan: Tafeln im flexiblen Überfluss. Ambivalenzen sozialen und ökologischen Engagements. Jena 2012

Martens, Rudolf: Mobilitätsbedarf - Ein verdrängtes Thema in der Regelsatzdiskussion. In: in: WSI-Mitteilungen 10/2010, Seiten 531-536

Norbert Sievers: Kulturelle Teilhabe als Voraussetzung und Ziel aktivierender Kulturpolitik  
Fakten und Trends aus der empirischen Kultur- und Publikumsforschung. Vortrag  
auf der Tagung „Kultur bewegt“ in der Ev. Akademie Tutzing vom 22. bis 24. Februar 2008

Sanders, Karin: Armut und soziale Gerechtigkeit – Gedanken zum Umbau des Sozialstaates. In:  
Armut und Teilhabe. Analyse und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit.  
Wiesbaden 2008, S. 14 – 26.

Tiemann, Heinrich: Der Begriff der Teilhabe. Handlungsperspektiven der Politik. (o.J., Tiemann  
ist Staatssekretär im BMAS)